

Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Forum Stadt



46. Jahrgang
3|2019



Aus dem Inhalt:

Johann Jessen/
Isabelle Willnauer
Kleine Städte mit großen
Siedlungen

Franz Irsigler
Außenseiter in der Stadt

Leonie Köhren
Das Torhaus von O. M. Ungers
in Frankfurt am Main

Iris Johanna Bauer
Konflikte um den Abriss
historischer Kirchen

Hannes Tank
Überlagerung von
Verkehrsflächen

Johann Jessen
Otto-Borst-Preis 2019.
Laudatio

Forum Stadt
Verlag



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Jürgen Reulecke und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@email.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 92,- Einzelheft EUR 25,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2019 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Inhalt 3/2019

Abhandlungen

Franz Irsigler

Außenseiter in der Stadt in historischer Perspektive 211

Johann Jessen / Isabelle Willnauer

Kleine Städte mit großen Siedlungen. Probleme und Herausforderungen 229

Leonie Köhren

Ein Hochhaus als Markenzeichen für die Messe Frankfurt und zur
Vergewisserung der eigenen städtischen Geschichte.

Das Torhaus von O. M. Ungers 249

Iris Johanna Bauer

Konflikte um den Abriss historischer Kirchen. Auseinandersetzungen in
der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz am Beispiel der Städte

Leipzig und Bremen (1950-1968) 265

Autorinnen / Autoren 280

Forum

Hannes Tank

Überlagerung von Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen.

Ein wichtiger Baustein für die Europäische Stadt 281

Johann Jessen

Laudatio Otto-Borst-Preis 2019 288

Tilman Harlander / Johann Jessen / Jürgen Zieger

Kurznotiz „Rechte Räume“ 293

Besprechungen

- JÜRIG SULZER/MARTINA DESAX (Hrsg.), Stadtwerdung der Agglomeration.
Die Suche nach einer neuen urbanen Qualität. Synthese des Nationalen
Forschungsprogramms „Neue Urbane Qualität“ (*János Brenner*) 294
- KERSTIN RENZ, Testfall der Moderne. Diskurs und Transfer im Schulbau
der 1950er Jahre (*Martina Hilligardt*) 297
- ERNST SPYCHER, Bauten für die Bildung. Basler Schulhausbauten
von 1845 bis 2015 im schweizerischen und internationalen Kontext
(*Karoline Brombach*) 300
- FABIAN VÖGTLE (Hrsg.), Bunker und Bomben. Jena und das Gedenken
an den Luftkrieg (*Winfried Mönch*) 303

Umschlag:

Siedlungserweiterung durch Wohnungsbau
in Nürtingen-Roßdorf in den 1980er Jahren.

Foto: Isabelle Willnauer

Außenseiter in der Stadt in historischer Perspektive

I.

Sucht man nach Definitionsmerkmalen für Außenseiterexistenzen in der mittelalterlich-frühneuzeitlichen Stadt, so drängt sich ein Element in den Vordergrund, das auch heute noch außerordentlich wirksam ist, der enge Bezug zur Straße. Wir fassen ihn bei fast allen Personen und Personengruppen, die man dem Außenseiter- und Randgruppenmilieu zuweisen kann. Schon in den viel gelesenen *Gesta Romanorum* findet man eine wohl auf das Schachbuch des Reimser Dominikaners Jacobus de Cessolis¹ zurückgehende Kurzgeschichte, in der man unter dem *populares*, den kleinen Leuten, heute den „Bauern“ im Schachspiel, auch einen Außenseiter findet: „Und dann stand vor dem König noch einer mit struppigen und verwirrten Haaren, in der Rechten ein bißchen Geld, in der Linken drei Würfel und am Gürtel ein Ränzlein mit Büchern.“² Der junge Mann wird als Glücksspieler und Verschwender, gleichzeitig als fahrender Scholar auf dem Weg zu einer Hohen Schule, später, im Schachzabelbuch des Konrad von Ammenhausen, aber auch als laufender Bote oder Briefträger und nicht zuletzt als *schelter* (Nörgler) und *ribalde*, d. h. als Gauner oder Spitzbube gedeutet.³

Die Existenz auf der Straße, nicht selten mit Weib und Kindern, kennzeichnet den von Stadt zu Stadt ziehenden, auf diese aber angewiesenen Bettler, der kein Bürger- oder wenigstens Bleiberecht besitzt und nur zeitweilig geduldet wird. Bei jeder größeren Lebensmittelknappheit wird er aus der Stadt vertrieben und dem Mitleid der ebenfalls darbenden Landbevölkerung oder dem Hungertod ausgesetzt. 1482

1 O. Plessow, Mittelalterliche Schachzabelbücher zwischen Spielsymbolik und Wertevermittlung. Der Schachtrakt des Jacobus de Cessolis im Kontext seiner spätmittelalterlichen Rezeption, Münster 2007.

2 W. Trillitzsch (Hrsg.), *Gesta Romanorum*. Geschichten von den Römern. Ein Erzählbuch des Mittelalters, Frankfurt 1973, hier zitiert nach A. Borst, Lebensformen im Mittelalter, Frankfurt a. M. 1973, S. 342.

3 K.-S. Kramer, Bauern, Handwerker und Bürger im Schachzabelbuch. Mittelalterliche Ständegliederung nach Jacobus de Cessolis, München 1995, S. 75 f. u. 109-113.

wurden aus Zürich 750 Störzer, d. h. Bettler und Landstreicher vertrieben.⁴ 1485 lag die Zahl der aus Nürnberg gewiesenen fremden Bettler bei 1.500.⁵ Nur die einheimischen Bettler – immer um die 1.000 – erhielten nach einem „Betexamen“ – man musste das Vaterunser, das Ave Maria und das Credo (auf Deutsch) aufsagen können – ein Bettelberechtigungszeichen,⁶ das jedoch nicht alle tragen wollten, weil sie sich ihrer Armut schämten oder als „Hausarme“ dauerhafte Unterstützung einer wohlhabenden Familie gefunden hatten und für diese Hilfe beteten oder kleinere Dienste verrichteten.

In der zweiten großen Randgruppe, bei den Prostituierten waren, trotz vieler Fälle von Ausbeutung und Bedrückung durch Frauenwirt und Henker, die wenigen in den städtischen Bordellen oder Frauenhäusern dauerhaft untergebrachten und von der Obrigkeit geduldeten Dirnen doch besser gestellt als die verachteten und seit dem Ende des 15. Jahrhunderts von der Syphilis bedrohten Straßenhuren, die ihre Kunden in den Bögen der Stadtmauern, üblen Spelunken und Herbergen, manchmal auch in einer Kirche fanden.⁷ Hochbezahlte, manchmal längere Zeit vom Stadtadel oder reichen Bürgern unterhaltene Kurtisanen fand man nur in Groß- und Weltstädten wie Venedig, Florenz, Rom,⁸ gelegentlich auch in Köln und Hamburg wie etwa die als „Hauptkirche“ im Hanseraum bekannte Hamburgerin Agneta Willeken, die Geliebte des 1537 hingerichteten Lübecker Bürgermeisters und Flottenführers Jürgen Wullenwever.⁹

Auf Straßebettel angewiesen waren die meisten unheilbar kranken oder verkrüppelten Menschen. Von den Leprosen fanden nur wenige, meist solche aus vermögenden Familien, Aufnahme in einem oft Melaten (von *malade* = krank) ge-

4 F. Irsigler/M. Mollat u. a., Art. Bettlerwesen, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. II, München u. Zürich 1983, Sp. 1-8; Chr. Sachsse/F. Tennstedt (Hrsg.), Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte, Reinbek b. Hamburg 1983; F. Graus, Randgruppen der städtischen Gesellschaft im Mittelalter (1981), wieder in: H.-J. Gilomen u. a. (Hrsg.), *František Graus – Ausgewählte Aufsätze* (1959-1989), Stuttgart 2002, S. 303-350, hier S. 310 f. u. 348.

5 E. Schubert, Gauner, Dirnen und Gelichter in deutschen Städten des Mittelalters, in: C. Meckseper/E. Schraut (Hrsg.), *Mentalität und Alltag im Spätmittelalter*, Göttingen 1991, S. 97-128, hier S. 96-101, auch zu Zürich.

6 J. Baader (Hrsg.), *Nürnberger Polizeiordnungen aus dem 13. bis 15. Jahrhundert*, Stuttgart 1861, Nachdr. Amsterdam 1966, S. 317; W. Rüger, *Mittelalterliches Almosenwesen. Die Almosenordnung der Reichsstadt Nürnberg*, Nürnberg 1932, S. 72; F. Graus (s. A 4), S. 311, Anm. 32.

7 F. Irsigler/A. Lassotta, Bettler, Gaukler, Dirnen und Henker. Außenseiter in einer mittelalterlichen Stadt; Köln 1300-1600, München 12. Aufl. 2010; S. 179-227; B. Schuster, *Die freien Frauen. Dirnen und Frauenhäuser im 15. und 16. Jahrhundert*, Frankfurt 1995; J. Rossiaud, *Dame Venus. Prostitution im Mittelalter*, München 1994.

8 J. Rossiaud (s. A 7), S. 59-74.

9 H. Reincke, *Agueta Willeken. Ein Lebensbild aus Wullenwevers Tagen*, Lübeck 1928.

nannten Häusern, wo sie bis zum Tode verköstigt und einigermaßen gepflegt wurden.¹⁰ Die Zahl der arbeitsunfähigen Kriegsversehrten nahm mit der Durchsetzung der Handfeuerwaffen im 15. Jahrhundert spürbar zu. Nur die Zahl der am Antoniusfeuer (Ergotismus) Erkrankten, hervorgerufen – was man damals nicht wusste – durch eine Mutterkornvergiftung, ging um diese Zeit schon rasch zurück und ließ den Antoniterorden zu einem allgemeinen Pflegeorden werden,¹¹ weil der Einsatz feiner Drahtsiebe beim Reinigen des zum Vermahlen bestimmten Korns – anders als beim früher üblichen Worfeln des Getreides mit einem flachen Weidenkorb – den Anteil des Mutterkorns im Getreide und im Brot erheblich reduzierte.¹²

Kein Ruhmesblatt war in Spätmittelalter und Frühneuzeit der Umgang der Gesunden mit den „Kranken von Sinnen und Witzen“, den nicht in der Familie versorgten, sondern ebenfalls auf die Straße angewiesenen, meist harmlosen, manchmal aggressiven Geisteskranken. Man hat sie weggesperrt, physisch zwar am Leben erhalten, aber im Dreck verkommen lassen wie in dem von der reichsten Kölner Familie, den Rinck, gestifteten Irrenhaus, das um 1500 maximal acht Kranke aufnehmen konnte;¹³ man hat sie in den berüchtigten Tollkisten an den Stadttoren oder Ausfallstraßen dem Mitleid, aber auch dem Spott und der Quälerei durch die Mitmenschen preisgegeben, sie nachts an die Betten gekettet (was mit Riemen auch in heutigen Pflegeheimen von Demenzkranken nicht selten passiert) und, wenn sie zu laut schrieten, in die schalldichten Stadttürme gesperrt, so etwa in Nürnberg.¹⁴ Am Rhein setzte man harmlose Geisteskranke, die man loswerden wollte, manchmal einfach mit etwas Geld in einen Nachen und schickte sie mit der Strömung auf die Reise – Narrenschiffe besonderer Art.¹⁵ Gehen wir heute besser mit einem erheblichen Teil unserer Asylbewerber um? Immerhin werden heute Sinti und Roma, anders als die Zigeuner der Frühen Neuzeit in einigen deutschen

10 Siehe *M. Uhrmacher*, *Lepra und Leprosorien im rheinischen Raum vom 12. bis zum 18. Jahrhundert*, Trier 2011, mit umfassenden Literaturangaben.

11 *A. Mischlewski*, *Grundzüge der Geschichte des Antoniterordens bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts*. Unter besonderer Berücksichtigung von Leben und Wirken des Petrus Mitte de Caprariis, Wien 1976; *É. Clementz*, *Les maisons antonines en Lorraine et en Franche-Comté*, in: *M. Pauly* (Hrsg.), *Institutions de l'assistance sociale en Lotharingie médiévale / Einrichtungen der sozialen Sicherung im mittelalterlichen Lotharingen*, Luxembourg 2008, S. 55-91.

12 Der technische Fortschritt bei der Herstellung von engen Drahtsieben wurde bisher in der Forschung nicht beachtet.

13 *F. Irsigler / A. Lassotta* (s. A 7), S. 87-96; *F. Irsigler*, *Mitleid und seine Grenzen. Zum Umgang der mittelalterlichen Gesellschaft mit armen und kranken Menschen*, in: *C. Nolte* (Hrsg.), *Homo debilis. Behinderte – Kranke – Versehrte in der Gesellschaft des Mittelalters*, Korb 2009, S. 165-181, bes. S. 176 f.

14 *F. Irsigler / A. Lassotta* (s. A 7), S. 88 f.

15 *F. Irsigler* (s. A 13), S. 177.

Territorien, nicht mehr zum Abschluss freigegeben,¹⁶ aber überzeugende Ansätze zur Integration dieser größten Minderheit in Europa sehe ich immer noch nicht.

Obwohl man bei diesem Thema noch viele Linien vom Mittelalter bis zur Gegenwart ziehen könnte, möchte ich mich beschränken auf eine auch heute noch problematische Personengruppe, arbeits- und obdachlose Jugendliche, unfreiwillig aus der Bahn geworfen, und ebenfalls, meist aber nur zeitweise auf der Straße lebende Schüler und Studenten, die zumindest in der Gefahr lebten, vom Bettelstudenten zum Dieb und Mitglied einer Räuberbande zu werden. Ich konzentriere mich dabei auf zwei autobiographische Berichte aus dem 16. Jahrhundert, die ein sehr farbiges Bild liefern, und stelle am Schluss einen zunächst erfolgreichen, dann aber in die Verbrechersphäre abgerutschten Studenten vor, den bedeutendsten französischen Dichter des 15. Jahrhunderts, geboren 1431, dessen Spur sich um 1463/64 auf der Landstraße verliert: François Villon, dessen Lieder und Gedichte Bertolt Brecht in der berühmten Dreigroschenoper schamlos ausgebeutet hat.¹⁷

Beginnen möchte ich mit einer kleinen Geschichte, die mit ein paar Veränderungen bei Namen und Zeitstellung auch im Lokalteil einer Kölner Tageszeitung von heute stehen könnte – in der Rubrik „Neues aus dem Gerichtssaal“:¹⁸ Nach einigen Razzien in Obdachlosenheimen, in den Bögen an der Stadtmauer und zweifelhaften Herbergen in der Diebsgasse (Dievegaß/ heute Thieboldsgasse) ist es den Kölner Polizeikräften endlich gelungen, eine aus rheinischen, französischen und

16 Th. Hampe, Die fahrenden Leute in der Vergangenheit, Jena 1924, S. 80 f. mit weiteren Beispielen der aktiven Zigeunerverfolgung bis hin zur ungerechtfertigten Hinrichtung. Vgl. J. S. Hohmann, Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland, Frankfurt/New York 1988, S. 21-47; L. Schilling/ G. Schuck (Hrsg.), Repertorium der Policyordnungen der Frühen Neuzeit, Bd. 3.2: Wittelsbachische Territorien (Kurpfalz, Bayern, Pfalz-Neuburg, Pfalz-Sulzbach, Jülich-Berg, Pfalz-Zweibrücken, Frankfurt a. M. 1999, hier Pfalz-Zweibrücken Nr. 660, S. 1562, Nr. 2423, S. 1764: *Gnädigste Verordnung/ daß auf Zigeuner und Vegabunden/ welche mit Gewehr auf denen Strassen und Waldungen angetroffen/ und sich auf Zurufen nicht ergeben werden/ eben sowohl als auf die Wildpretsdiebe Feuer gegeben und die nemliche Recompense/ wie für diese gereicht werden solle.* 25.10.1770.

17 P. Zech, Das Leben des François Villon, in: Die lasterhaften Balladen und Lieder des François Villon. Nachdichtung von Paul Zech (1946), München 1962,²⁹2012, S. 115-177, hier S. 175. Zech verweist hier auch auf die Villon-Rezitationen durch den jungen Klaus Kinski. – Zu den Plagiaten Bertold Brechts jetzt ausführlich R. Sturm, Brecht und Villon. Materialien zum Streit um vier Songs der Dreigroschenoper, in: ders. (Hrsg.), François Villon. Bibliographie et matériaux littéraires 1489-1988, Vol. 2: Matériaux littéraires pour les études sur l'oeuvre/François Villon. Bibliographie und Materialien 1489-1988, Bd. 2: Materialien zu Werk und Wirkung, München u. a. 1990, S. 328-339. Brecht entschuldigte sich für die vier „Entnahmen“ aus der sehr guten Nachdichtung von K. L. Ammer (=Karl Klammer) von 1907 (Neudruck 1918) im Jahr 1929, ein Jahr nach der Uraufführung der Dreigroschenoper, „mit meiner grundsätzlichen Laxheit in Fragen geistigen Eigentums“ (hier S. 337) und sorgte 1930 für eine Neuauflage der Ammerschen Übertragung: François Villon. Ins Deutsche übertragen und mit einem Nachwort versehen von K. L. Ammer, Berlin 1930. Brecht schrieb hierzu (S. 5) ein Sonett.

18 F. Irsigler / A. Lassotta (s. A 7), S. 62-68.

niederländischen Jugendlichen bestehende Diebesbande dingfest zu machen, die seit mehreren Jahren die Kölner Straßen und Märkte unsicher gemacht hat. Kopf der Bande ist der Thonies, der, wie mehrere der Angeklagten übereinstimmend bezeugen, die Tipps für Einbrüche und Diebereien innerhalb und außerhalb der Stadt lieferte. Zur Companie gehören u. a. Hermann Stark aus dem Moselland, Thomas, der Sohn eines Trommelschlägers, der Niederländer Frentzgen, ein nur unter seinem Spitznamen „Bedtseicher“ bekannter Junge und der 15-jährige Berufsbettler Stoffel aus Istorff bei Paderborn, auch Schenk genannt. Er lebt schon mehrere Jahre vom Betteln, trägt eine Narrenkappe, schläft im Sommer in Fässern auf den Gasen, den Winter über in der Fleischhalle oder in einer Scheune. Einige der Jungen stehen schon zum wiederholten Mal vor Gericht, so der in Latum bei Krefeld geborene Peter, den seine Kumpel Prutteltesch rufen. Als 12-Jähriger hat er sich – beide Eltern sind früh gestorben – nach Köln durchgeschlagen; schon mit 13 stand er wegen Diebstahls vor Gericht. Inzwischen gehört er zu den führenden Kräften der Bande.

Das Verfahren endete nicht mit Jugendarrest, Verpflichtung zur Sozialarbeit oder Aussetzung der Strafe auf Bewährung. Wir sind noch im 16. Jahrhundert, genauer: im Jahr 1595. Die als erwachsen und damit als voll straffähig geltenden Jungen, 15 bis 19 Jahre alt, wurden öffentlich mit Haselruten ausgepeitscht und anschließend aus der Stadt vertrieben, einige, weil sie ihre kriminelle Karriere fortsetzten, wenig später auch zum Tod durch Erhängen verurteilt. Sie hatten keine Chance.

Besser waren die Möglichkeiten, der StraÙe zu entkommen für die meisten Findelkinder, als billige Arbeitskräfte in Handwerker- und Bauernfamilien durchaus willkommen, denen aber eine zünftische Handwerkerlehre meist verwehrt blieb, weil sie begreiflicherweise den Nachweis der ehelichen Geburt nicht erbringen konnten.¹⁹

Nur zeitweilig auf die StraÙe und Wanderleben angewiesen waren auch die meisten Gaukler und Spielleute, die Artisten, Bärenführer, Monster, Pfeifer, Trommler und Lautenschläger, die Schauspieler der Wandertheater und andere Menschen mit besonderer Begabung, solange sie der Schaulust als Grundbedürfnis aller Menschen bis heute und der Unterbrechung des oft doch sehr öden Alltags dienten und auf den Plätzen und Märkten willkommen waren.²⁰

19 K. Schulz, *Handwerk, Zünfte und Gewerbe. Mittelalter und Renaissance*, Darmstadt 2010, S. 52. Vgl. M. Pauly, *Peregrinorum, pauperum ac aliorum transeuntium receptaculum. Hospitäler zwischen Maas und Rhein im Mittelalter*, Stuttgart 2007, S. 276-279, der für Lüttich und das ElsaÙ immerhin vier Findelhäuser nachgewiesen hat, die auch Waisenkinder oder verstoÙene Kinder aufnahmen und ihnen sogar Lehrstellen vermittelten.

20 W. Hertz (Hrsg.), *Spielmannsbuch. Novellen und Verse aus dem 12. und 13. Jahrhundert*, Stuttgart 1905, Nachdruck Walluf 1973, S. 17; F. Irsigler / A. Lassotta (s. A 7), S. 126-144.

II.

Wer von den Scholaren und Studenten aus dem Adel oder aus einer geistlichen Gemeinschaft stammte, konnte damit rechnen, spätestens mit 14 Jahren an einer Universität immatrikuliert zu werden. Begabte Bauern- oder Handwerkerkinder hatten es schwerer trotz der nicht immer gegebenen Förderung durch den Orts-pfarrer oder eine Klosterschule, die Lateinkenntnisse vermittelt haben. Wie den armen Pilgerinnen und Pilgern war es auch den fahrenden Scholaren erlaubt zu betteln, im Spätmittelalter hat man dies auch den zur Wanderschaft verpflichteten Gesellen gestattet und die Bettelerlaubnis der Studenten systematisiert.²¹

Nicht wenige waren (nicht mit einem BAFÖG-Bescheid, sondern) mit einem persönlichen Bettelprivileg ausgestattet. In den Akten der Universität Köln gibt es immer wieder Beschwerden über die ‚Bettelstudenten‘ aus Luxemburg.²²

Auf die frühe gesellschaftliche Kritik an der unproduktiven Lebensweise der fahrenden Scholaren und Vaganten haben diese elegant und witzig reagiert in den oft satirisch überzogenen Vagantenliedern. Das bekannteste Stück ist wohl die Vagantenbeichte des Archipoeta, der am Hof des Kölner Erzbischofs Rainald von Dassel lebte (Nr. 191 der Carmina Burana), sein Bekenntnis zu den „Sünden“ Liebe, Spiel und Wein (nicht: Wein, Weib und Gesang!), zu einer den irdischen Freuden ergebenen, den himmlischen Tugenden ziemlich abgeneigten Lebensauffassung, geprägt von einer tiefen inneren Unrast, die ihn an keinem Ort der Erde festhalten kann, ihn durch die Lande treibt und überall Gefährten im „Orden der Vaganten“ suchen lässt, bis er endlich, berauscht vom Wein und erregt vom Würfelspiel, den Tod in einer Schenke finden wird: *Meum est propositum, in taberna mori [...]*.²³

Im Rahmen der allgemeinen Kritik am unproduktiven Leben der Berufsbettler, Betrüger und Müßiggänger, die in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts einsetzt und sich im 15. und frühen 16. Jahrhundert deutlich verstärkt, trifft man immer wie-

21 Vgl. H. Boehncke/R. Johansmeier, Das Buch der Vaganten. Spieler, Huren, Leutbetrüger, Köln 1987; C. Küther, Menschen auf der Straße, Göttingen 1983, S. 58-61; J. Miethke, Die Studenten, in: P. Moraw (Hrsg.), Unterwegssein im Mittelalter (Zeitschrift für Historische Forschung 1), Berlin 1985, S.49-70.

22 A. Lassotta, Formen der Armut im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit. Untersuchungen vornehmlich an Kölner Quellen des 14. bis 17. Jahrhunderts, Köln 1993, Bd. 1, S. 343-349 (Stiftungen für arme Studenten, die grundsätzlich mit einem Bettelprivileg ausgestattet waren); F. Irsigler/A. Lassotta (s. A 7), S. 44 u. 57 f. (Bettelstudenten).

23 K. Langosch (Hrsg.), Vagantendichtung. Lateinisch und Deutsch, Bremen 1968, Nr. 25, S. 108-111; zum Archipoeta s. B. K. Vollmann, Carmina Burana. Texte und Übersetzungen, Frankfurt 1987, Nr. 191, S. 604-615; P. Landau, Der Archipoeta – Deutschlands erster Dichterjurist. Neues zur Identifizierung des politischen Poeten der Barbarossazeit (Sitzungsberichte/Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 2011/3), München 2011.

der auch die „Bettelstudenten“, nicht selten mit Recht, meist aber zu Unrecht wie heute auch. Der berühmte Straßburger Münsterprediger Geiler von Kaysersberg, der Sebastian Brant viele Anregungen für sein z. T. von Dürer²⁴ illustriertes „Narrenschiff“ gab, kritisierte die verbummelten, zeitweise auch als Pilger oder in der Begleitung von Pilgergruppen auf der Straße lebenden Scholaren und Studenten in einer seiner Predigten:

*Die sibend schel ist. In kunst / in sitten / und in geberden / nitt zunemen unsere armen jungen / wan ir sie ze schulen schicken / so kumen sie widerumb ungelert in kunst / aber boßhafftiger dan vor / da ist etwan schuldig der meister das er hinlessig ist / etwan des jungen eigen boßheit. Sie sollten studieren / so lauffen sie den huren nach / sie leren schirmen / spacieren / sie spilen / sie springen / stein stoßen etc. Da kumpt dan iren vatter und muter groser schad / deren gut sie unnützlich mit den frawen verzeren. Sie hond aber den größten schaden wan sie wider heim kumen / so kunten sie nüt / und werden buchtrucker daruß / gockler / henselin / schlecker / baderknecht etwan schantlichers / von denen schreibet Seneca Vil meister leren ire schuler künsten in dem hirn dar durch ir gemüt gespeiset würt / aber nit tugent darin ir gemüt gebessert würt.*²⁵

Die von Geiler aufgeführten Berufsperspektiven beziehen sich fast ausschließlich auf das Randgruppenmilieu von den unehrlichen, verfeimten Berufen bis zu den Kriminellen.

Kritisch äußerte sich 1508 auch Heinrich Bebel über betrügerische *Scholastici*, die den Bauern allerlei Unsinn beizubringen versuchten, und auch Thomas Murner (ca. 1475-1537) sprach in seiner Narrenbeschwörung von den *bubelierenden* Studenten.²⁶ Geradezu ausfällig wurde in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts Hans Wilhelm Kirchhof, der Verfasser einer umfangreichen Schwänkesammlung namens „Wendunmuth“, er schrieb vom „sonderlichen Orden etlicher böser, fauler Betrüger und nichtsnutziger Buben, die, ob sie schon nicht studierten, betrogen sie doch mit mancherlei geschwinden Griffen, Aufsätzen (d. h. Ränken) und Aber-

24 S. Brant, Das Narrenschiff. Nach der Erstausgabe (Basel 1494) mit den Zusätzen der Ausgaben von 1495 und 1499 sowie den Holzschnitten der deutschen Originalausgaben, hrsg. von M. Lemmer, Tübingen 1968, Nr. 27, S. 69 f.

25 *Des hochwürdigen doctor Keiserspergs narenschiff so er geprediget hat zuo strasbourg in der hohen stiftt daselbst predicant der zeit. 1498. dis gebrediget. Und uß latin in tütsch bracht / darin vil weißheit ist zuo lernen und leert auch die narrenschel hinweck werffen. ist nüt und guot alen menschen*, Erstdruck: Straßburg, Grüninger, 1520, fol. LXIX.

26 G. Bebermeyer (Hrsg.), Heinrich Bebel's Facetien. Historisch-kritische Ausgabe, Leipzig 1931, Buch 1, Nr. 6, S. 6: *Sunt quidam scholastici, qui cum nullius bonae frugis sint neque operis nec studeant nec laborare velint, vagantur hincinde mendicando variisque artibus et illusionibus atque praestigiiis simplices rusticos circumveniunt dicentes: se fuisse in monte Veneris (nescio quem mentientes), ubi omnem magiam didicerint, pollicenturque mirabilia, de quibus multa in Triumpho Veneris' scripsi*. G. Schuhmann (Hrsg.) Thomas Murner und seine Dichtungen, Regensburg 1915, S. 183: *Wen[n] sie sollten Kunst studieren / So laufen sie um bubelieren / Um die ganze Stadt spazier[e]n...*

glauben die armen einfältigen Bauern, alles nur darum, damit sie nicht zu arbeiten brauchten“.²⁷

Die fahrenden Scholaren, die oft betrügerischen „Lesebengel“ sind häufig Mittelpunkt spätmittelalterlich-frühneuzeitlicher Schwankerzählungen. Als Betrug wurde mit Recht die Behauptung ausgelegt, die ‚Schwarze Kunst‘ zu verstehen: Wahrsagen, Goldmachen, Schatzsuchen.²⁸ Die kritische Einstellung gegenüber scheinbar überlegenem, gelehrtem Wissen nahm zu. Nach einer weit verbreiteten, u. a. von Heinrich Bebel in den ‚Facetien‘ überlieferten Anekdote konterte ein selbstbewusster Wagenmacher einen allzu hochfahrend als „Meister der sieben freien Künste“ auftretenden Studenten folgendermaßen: „Und ich weiß viel mehr als du. Denn mit meiner einen, einzigen Kunstfertigkeit ernähre ich mich selbst samt Frau und sieben Kindern; du aber kannst mit deinen sieben Künsten nicht einmal dich allein ernähren, sondern bettelst. Daher solltest du mich ehren, nicht ich dich.“²⁹

Wie elend das Leben als fahrender Schüler und mittelloser Student tatsächlich sein konnte, zeigen die autobiographischen Texte von Johannes Butzbach genannt Piemontanus (1478-1516)³⁰ aus Miltenberg in Franken und des Schweizer Thomas Platter (1499-1582),³¹ der es vom Hirtenknaben im Wallis bis zum Lehrer, Buchdrucker und Buchhändler in Basel brachte und als Humanist großes Ansehen genoss. Beide wurden noch im Knabenalter jeweils als „Schützen“ einem älteren Scholaren übergeben, der sie auf der Wanderschaft zu Schul- und Universitätsstädten in Deutschland und Böhmen (Prag) unterrichten und auf den Universitätsbesuch vorbereiten sollte. Da in beiden Fällen das Geld der Scholaren nicht reichte und sich die Hoffnungen auf einen freien Platz in einer Burse, d.h. ein Stipendium, nicht erfüllten, ergaben sich üble Abhängigkeitsverhältnisse, die Butzbach wie Platter zum Betteln und Stehlen zwangen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die vermeintlichen Lehrmeister. Butzbach schreibt über seinen Scholaren, der ebenfalls aus Miltenberg stammte:

27 H. W. Kirchhof, *Wendunmuth*, 4 Bde., hrsg. von H. Oesterley, Stuttgart 1869, Nachdruck Stuttgart 1980, hier Bd. 1, S. 167 (I, Nr. 137).

28 Diese Kunst lernen sie auf dem Venusberg = Zauberberg; vgl. G. Bebermeyer, *Heinrich Bebel's Facetien* (s. A 26), Buch 1, Nr. 6, S. 6 u. S. 175.

29 Ebda., Nr. 6, S. 7: *Ego multa plura scio quam tu, nam una tantum arte et artificio me et septem liberos cum uxore mecum ego solus nutrio et educo. Tu autem te solum cum septem artibus non potes nutrire, sed mendicas: inde me honorabis, non ego te.*

30 L. Hoffmann (Hrsg.), *Wanderbüchlein des Johannes Butzbach, genannt Piemontanus, Prior zu Maria Laach: Aus dem Leben eines fahrenden Schülers*, Berlin 1984, Graz 1988; G. Jancke, *Selbstzeugnisse im deutschsprachigen Raum. Autobiographien, Tagebücher und andere autobiographische Schriften 1400-1620*; www.geschkult.fu-berlin.de/e/jancke-quellenkunde [02.07.2019]; Einträge zu Johannes Butzbach und Thomas Platter, jeweils mit umfassenden Quellen- und Literaturverweisen.

31 A. Hartmann (Hrsg.), *Thomas Platter, Lebensbeschreibung, mit einem Vorwort von Walter Muschg*, Basel 1944, ³2009.

„Er zwang mich ferner auch in dreckigen und sumpfigen Orten zu betteln, wo ich mich dann bis zu den Knöcheln oder manchmal sogar bis zu den Waden in Dreck wie in einem Teig festtrat, so dass ich weder vorwärts noch rückwärts gehen konnte. Oftmals gingen auch riesige Hunde auf mich los, und zwar so schrecklich, dass sie mich wohl oftmals gänzlich in kleine Stücke zerrissen hätten, wenn ich nicht von Einwohnern, die mir zu Hilfe eilten, errettet worden wäre. Er selbst scheute sich zu betteln, weil er nämlich fürchtete, dass er beim Betteln wegen seiner Größe von den Bauern ausgelacht würde, dass er faul sei und nicht arbeiten wolle, und damit er sich nicht dreckig machen musste, denn er wusste genau, dass der Dreck zur Regenzeit in den Dörfern tief stand; ferner, damit er von den Hunden nicht belästigt wurde. So war er es gewohnt, die Dörfer auf den Feldern oder über die Wiesen zu umgehen, aber mich zwang er, hindurchzugehen und um ein Gnadenbrot zu betteln. Dieses Vorgehen eignete er sich bald nach unserer Abreise von Nürnberg an und er hielt sich strikte daran, bis wir die Stadt Kadan in Böhmen erreichten, und in der ganzen übrigen Zeit, wenn ich mit ihm irgendwohin ging.“³²

Der Zwang durch den alteren Scholaren hielt an:

„Oh – wie quälte und plagte mich doch der Beanus dort unablässig während des ganzen Winters! Als ich ihm beim Betteln nicht genug für seinen Lebensunterhalt einnehmen konnte, wollte er gar, dass ich heimlich zu stehlen anfing.“

Wenig später heißt es:

„Oftmals schickte er mich auch mit dem Schützen eines seiner Mitschüler zu den Dörfern, um Hühner und Gänse zu stehlen. Er gab sich alle Mühe, dass ich in solcherlei Dingen fleissig und lerneifrig war, beim Lernen aber der Schriften und der guten Sitten überhaupt nicht. Ich weiss nicht einmal, ob ich jemals von ihm ein einziges lateinisches Wort gelernt habe, denn er selbst konnte nichts; und aus diesem Grund vermied er die berühmten Schulen, wo er gezwungen wurde, sich ins Studium zu schicken; lieber besuchte er die billigen und elenden Schulen, wo er von den Schülern wegen seiner Größe für gelehrt angesehen wurde.“³³

Thomas Platter, ein Halbweise, von seiner Mutter als Hütejunge an die Schwestern seines Vaters abgetreten, dann – mit zehn Jahren – einem Pfarrer zur Schulerziehung übergeben, der ihm wenig beibrachte, ihn aber fast täglich prügelte, trat als Vierzehnjähriger in den ‚Dienst‘ eines vagierenden und studierenden Vetters, für den er singen, betteln und stehlen musste. Wie Butzbach wurde auch er immer wieder das Opfer seiner Leichtgläubigkeit und Treuherzigkeit. Schlimm erging es ihm auf dem Weg von Dresden nach Breslau:

[...]miesten vill hunger underwägen erliden, also das wier ettlich tag nütz den ziblen row gsaltzen assen, ettlich tag bratten eichlen, holtz öpfell und biren, manche nacht under hei-

32 J. Butzbach, *Odeporicon*, eine Autobiographie aus dem Jahre 1506, hrsg. von A. Beriger, Weinheim 1991, S. 179.

33 *Ebda.*, S. 181 u. 187.

*terrem himel ligen, das man uns nienert by den hüsren wolt liden, wie frie wier umb herberg batten; etwen hetzt man die hünd an uns.*³⁴

Als er sich nach einigen Jahren, 1517, aus der ‚Leibeigenschaft‘ seines Vettters freimachen konnte und im Elsaß, in Schlettstadt, eine wirklich gute Schule fand, sollte – wenn auch nicht ohne Rückschläge – der allmähliche Aufstieg beginnen.³⁵

III.

François Villon, der ewige Vagant, wird 1431 in der Nähe von Paris geboren, im Jahr der Verbrennung der Jeanne d’Arc, in der Schlussphase des 100-jährigen Krieges.³⁶ Sein Vater heißt Montcorbier, „Rabenberg“, wie der Galgenanger von Paris, wo er vielleicht sogar als Henker fungiert haben kann. Vor dem frühen Schicksal eines Verfeimten, eines Ausgestoßenen bewahrt den 5-jährigen, der in der großen Hungerkrise von 1436/37 beim Brotstehlen ertappt und öffentlich geprügelt wird, Pater Guillaume de Villon, dessen Namen er später übernimmt. Im Kloster bekommt er die Schulbildung, die ihm mit 12 Jahren den Zugang zur Universität ermöglicht, mit 18 wird er Baccalaureus, mit 21 Magister Artium. Seine Studienzeit verbringt er im exklusiven Kollegium Navarra.

Das Studium fällt ihm leicht, er erwirbt eine umfassende Bildung und wird zu einem glänzenden Redner und Dialektiker, aber ebenso gewandt ist er mit dem Degen, immer wieder in nächtliche Raufereien verwickelt. Bei seinen Streifzügen durch die mehr als 4.000 Pariser Schenken und Weinstuben lernt er Trinken und den Umgang mit leichten Mädchen. Dem Wunsch seines Ziehvaters, in den geistlichen Stand einzutreten, kann er nicht folgen; er wird Hilfsschreiber bei einem Advokaten, gibt das Wenige, das er verdient, gleich wieder bei Wein und Dirnen aus, entwickelt sich zu einem Raufbold erster Güte, der keinem Degenduell ausweicht.³⁷ Seine dichterische Begabung äußert sich schon in seiner Studentenzeit, aber weiteren Kreisen wird er erst durch die frechen „Chansons sans Gêne“, die

34 A. Hartmann (s. A 31), S. 42 f.

35 E. Le Roy Ladurie, Eine Welt im Umbruch. Der Aufstieg der Familie Platter im Zeitalter der Renaissance und Reformation, Stuttgart 1998; W. Meyer (Hrsg.), Plattneriana-Beiträge zum 500. Geburtstag des Thomas Platter (1499?-1582); Basel 2002.

36 Zur Biographie vgl. J. Favier, François Villon, Paris 1982; P. Brockmeier, François Villon, Stuttgart 1977; zum Werk und Nachleben vgl. R. Sturm (Hrsg.), François Villon (s. A 17). Eine zweisprachige Ausgabe: François Villon. Sämtliche Werke, hat C. Fischer, München (DTV) 2007 vorgelegt, deren Text durch ein Verzeichnis der Eigennamen und Begriffe (S. 291-329) sehr gut erschlossen ist.

37 Eine sehr lebendig geschriebene Vita verdanken wir P. Zech, Die lasterhaften Balladen und Lieder des François Villon. Nachdichtung. Mit einer Biographie über Villon (1931), München (DTV) ²⁹2012, S. 115-177, hier S. 127.

schamlosen Lieder, bekannt, darunter Spottgedichte auf Damen, bei denen er abgeblitzt ist, weil seine Sprache allzu frei war. Aber es sind auch wunderbar traurige Lieder dabei, die weibliche Schönheit und ihren Verfall in einem langen Dirnenleben in fast bestürzender Weise präsentieren, vor allem in der Jammer-Ballade von Marie, der Dirne aus dem ‚Bordell zum Goldenen Helm‘, die hier präsentiert werden muss,³⁸ weil sie die perfekte Beschreibung weiblicher Schönheit im Mittelalter bietet, die sogar Pietro Aretino (1492-1556), der Erfinder der frühneuzeitlichen Pornographie,³⁹ in seinen Kurtisanengesprächen rezipiert hat:

*Marie, ein Prachtweib einst in dem Bordell
zum „Goldenen Helm“, hielt mich am Rockschoß fest:
„So eilig heute und so stumm, Gesell?“
Setz dich zu mir, obwohl ich nur ein Rest
noch bin, von dem, was einst ich war, auch dir.
Man bleibt nicht ewig jung bei dem Pläsier,
das steht schon bei Johann, dem Täufer, aufgeschrieben.
Und ihr habt es mit mir viel ärger noch getrieben.

Ihr alle, die ihr mich von weitem schon
betastet habt mit Augen langgestielt:
die Pfaffen, Krämer, Offiziers, auch du, mein Sohn.
So mancher hat vortrefflich in mein Herz gezielt*

38 Ich habe mich für die Nachdichtung von P. Zech entschieden: Die lasterhaften Balladen (s. A 37), S. 19 f.; nach C. Fischer (s. A 36), S. 323, war die Schöne Helmschmiedin um 1375 geboren; 1394 wurde sie aus ihrem Haus im Klosterbezirk von Notre-Dame vertrieben. Als Villon die ihr gewidmete Ballade schrieb (1461), war sie deutlich über 80 Jahre alt. Eine von Zech, S. 86-89 gebotene Variante wird als „Jammerballade einer alten Klempnersfrau“ vorgestellt.

39 P. Aretino, Kurtisanengespräche (wohl 1525), Übertragung ins Deutsche von E. O. Kayser, München 1965, S. 75 f. Nanna, die Protagonistin des Romans, Nonne, Ehefrau und schließlich Kurtisane, verliebt sich als junge Nonne in einen Bakkalaureus, der ihr einen Liebesbrief mit Anleihen bei François Villon schrieb, den sie begeistert rezipiert: *Mit den Haaren fing er an, die mir in der Kirche abgeschoren worden waren. Er sagte, er hätte sie gesammelt und sich 'ne Halskette daraus machen lassen. Meine Stirn wäre heiterer als der Himmel, meine Augenbrauen glichen jenem schwarzen Holz, woraus man die Käämme macht, und meine Backen wären wie Milch und Karmoisin. Mit einer Perlenkette verglich er meine Zähne und meine Lippen mit Granatblüten. Auf meine Hände stimmte er einen großen Lobgesang an und pries sie bis auf die Nägel herab. Meine Stimmt gliche dem Gesang des Gloria in excelsis. Dann kam er zu meinem Busen. Von dem sagte er Wunderdinge. Zwei Äpfel wären dran weiß wie Schnee. Zum Schluss stieg er hinab bis zum Gnadenquell, aus dem er, wie er sagte, unwürdig getrunken hätte. Manuschristi tröffe daraus, und die Härchen drumrum wären von Seide [...]. Der gefangen in Eurem schönen Busen lebt, von heißer Lieb' getrieben, schreibt Euch dies!* Zur Person des Autors vgl. A. Semerau, Pietro Aretino. Ein Bild aus der Renaissance, Wien 1925. Der nicht übersetzte Begriff *manus christi* wird in A. Davidson (Hrsg.), The Oxford Companion to Food, Oxford³ 2014, S. 493 wie folgt erklärt: „[...] an interesting turn used in sugar CONFECTIONERY, mainly in the 17th century, when it usually referred to a sugar sweetmeat, often perfumed with rose water and sometimes having gold leaf mixed in.“ Aretino meint hier wohl einen nach Rosenwasser duftenden Ausfluss. Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Dr. Niels Bohnert, Trier.

*und nicht geknausert, nicht zurückgehalten,
und ich fiel auch nicht auf den Mund
und ließ auch sonst nicht die Natur bloß walten;
ich gab mich aus bis auf den letzten Grund.*

*Doch das allein hats nicht gemacht,
daß ich so grau bin wie die Katzen in der Nacht,
ich habe manchem auch die hintere Partie
gezeigt, wenn sein Gesicht mir nicht gefiel,
und bin doch reingefallen auf ein Vieh,
auf dieses doppelzüngige Reptil,
das außer seinem Fisch 'nen Quark besaß
und mir vom Brot die Butter fraß.*

*Wie hat er mich herumgehetzt und schikaniert
und jede Tollheit mit mir ausprobiert.
Gerochen hat er wie ein Pferdestall,
und wenn ich ihm in meiner Lust den Mund
ganz wund gebissen habe, diesem Hund,
dann warf er an die Wände mich wie einen Ball.
Oft lag ich auf dem Bauch, mußst Erde fressen,
und doch hab ich ihn gern besessen.*

*Von meiner Schönheit ist nicht eine Spur
mehr da, von meinen Brauen, wie der Sichelmond
so schön gewölbt, und von der Perlenschnur
der Zähne, von den Augen glutbewohnt,
von meinen Lippen feucht und feuerrot
wie die Korallen, die das Meer bespült,
von meinem Haar, daß sich noch weicher angefühlt
als Seidenzeug aus dem Chinesenland.*

*Von meiner Schulter hellem Elfenbein,
von meinem Hals wie Schwänenflaum, so zart und weiß,
und dann die kleinen festen Brüste, mein
geliebtes Apfelpaar, so glühend heiß,
daß jeder Feuer fing, ging er mit einem Kuß darüberhin,
dazu die schlanken Hüften und der kleine Bauch
mit seinem goldgelockten Myrtenstrauch
und einer roten Muschel mittendrin...*

*Dahin, wie ein vom Hagel abgegrastes Feld,
verrunzelt alles, Wangen, Stirn und Kinn,
von Blatternarben böse entstellt
bis zu den abgegriffnen Brüsten hin,
die hängen auf dem Lumpensack,
auf meinem grauen Bauch herum.
Ach Gott, wie hat das Männerpack
mich stumpf gemacht und wurzelkrumm.*

*Da kraucht man wie ein Wurm daher,
als wög' der Buckel viele Zentner schwer.
Da hockt man ohne Sinn und glotzt ins Feuerloch
und denkt an all das Böse auf der Welt
und daß uns aus dem schweren Joch
und diesem Hungerleben ohne Geld
der Tod erlösen möchte, morgen schon,
das wäre ein verdienter, ein gerechter Lohn.*

In den Pariser Spelunken und Bordellen findet Villon Kontakt zu der Geheimgesellschaft der „Coquille“, zu den Muschelbrüdern, die als Erkennungszeichen die Pilgermuschel unter den Kleidern tragen. Diese Organisation war begründet worden von ehemaligen Söldnern aus dem Hundertjährigen Krieg, aber im Gegensatz zu späteren Räuberbanden lag ihre Basis nicht auf dem Land, sondern mehr in den Armenvierteln der Städte, in denen sich Diebe und Falschspieler, Fälscher und Einbrecher, Beutelabschneider und bezahlte Mörder sammelten. In diesem Kreis finden wir eine ganze Reihe unehrlicher Berufe, Badstuber und Barbieri, Bettler und Dirnen, sesshafte und mobile Elemente. Die innere Organisation ist hochentwickelt. Diese Gesellschaft der Krummen überzieht das ganze Land, Hauptstützpunkte sind Paris, Dijon, Orléans und andere Städte, das Nachrichtensystem ist schneller als die berittenen Boten des Königs; man benutzt eine Geheimsprache, das Argot,⁴⁰ und eine Geheimschrift, verwendet bestimmte Zeichen an den Häusern, die wir noch heute als Bettlerzinken kennen;⁴¹ es gibt eine Unterstützungskasse für in Not geratene Mitglieder, die aus Überfällen und Beutezügen gespeist wird.

François Villon wird so etwas wie der Sekretär der Gesellschaft, er schreibt für die Coquille Eingaben und Bittgesuche an die Behörden, übersetzt Briefe in fremde Sprachen und verbreitet den Mythos der Coquillarden in seinen Räuberballaden, wobei er sich aus Sicherheitsgründen manchmal auch des Argot, der Gaunersprache, bedient.

Nach einer Messerstecherei, in der er einen Kleriker tödlich verwundet hat, muss er zum ersten Mal Paris verlassen und macht sich auf die Landstraße nach Dijon in Burgund, dem nach Paris wichtigsten Zentrum der Coquille.⁴² Die erste Rast macht er in der Barbierstube von Bourg-la-Reine, deren Inhaber Perrot Girart ein berüch-

40 Vgl. J.-P. Colin, *Dictionnaire de l'argot française et de ses origines*, Paris 1990, 21999.

41 H. Streicher, *Die graphischen Gaunerzinken*, Wien 1928; H. Friesen, *Räuberbanden, Diebestouren, Gaunerzinken und Bockreiter*, Duisburg 1992; P. Zech (s. A 37), S. 132; dort auch Näheres zur Organisation der Coquille (S. 131 ff.).

42 P. Zech (s. A 37), S. 133-135.

tigter Hehler und Mitglied der Coquille ist. In der Ballade von einem netten kleinen Barbier hat er ihm ein Denkmal gesetzt.⁴³ Im Schutz der Bruderschaft reist er weiter von Ort zu Ort, hat einen neuen Namen angenommen. Aus Paris bekommt er eine Route der sicheren Herbergen und Wirtshäuser sowie Geld nachgeschickt. Im Nonnenkloster von Port Royal, dessen Äbtissin Huguette du Hamel ebenfalls zur Bruderschaft gehört – „Rotwelsch sprach ihre Zunge links und rechts Latein“⁴⁴ – eine treffende Charakterisierung! – verbringt er einige tolle Tage als Ehrengast. Man schätzt ihn, weil er so unterhaltsam ist und phantastische Geschichten aus der großen Stadt Paris erzählt, weil er Räuberballaden zur Laute singt in der Sprache des Volkes, ja, in der Gaunersprache der Landstraße. Der Ruhm seiner Lieder eilt ihm voraus; darin steckt eine große Gefahr, man kennt ihn, erwartet ihn, reicht ihn weiter. In Dijon, das Nachrichtensystem der „Coquille“ funktioniert, entgeht er knapp einer großangelegten Razzia. Endlich ermöglichen zahlreiche Bittgesuche seiner früheren Gönner 1456 die Rückkehr nach Paris; das Gerichtsverfahren wird eingestellt.⁴⁵

Die Lehrzeit auf der Straße hat ihn noch nicht ganz verändert. Da er für die kriminelle Arbeit der Bruderschaft noch nicht eingesetzt wurde, versucht er, sich abzusetzen, zeigt sich lange nicht in den Treffpunkten der Coquillards, arbeitet wieder als Schreiber bei einem Steuereinnahmer, versucht sesshaft, bürgerlich zu werden.

Aber eine angeborene Abneigung gegen bürgerlichen Lebenserwerb, der Misserfolg bei der Werbung um die schöne und vornehme Catherine de Vaucel, den er in einem bitteren Spottgedicht verarbeitet,⁴⁶ und schließlich der freche Einbruch in den Tresor des reichen Kollegs Navarra, bei dem er im Dezember 1456 mit vier Gesellen 500 Ecu d'or erbeutet,⁴⁷ werfen ihn wieder aus der Bahn. Anfang 1457 muss er Paris zum zweiten Mal verlassen. Erste Stationen der Flucht sind Chartres und dann Le Mans, wo er vorübergehend als Briefmaler arbeitet, in der Hoffnung, bei René von Anjou⁴⁸ als Dichter eine Anstellung und Schutz vor dem Pariser Geistlichen Gericht zu finden. Doch vor den Häschern des Châtelet muss er weiter fliehen und nun, abseits der großen Städte, lernt er das ganze Elend der Landstraße kennen.⁴⁹

43 C. Fischer (s. A 36), S. 120/121 u. 304; P. Zech (s. A 37), S. 21 f.

44 P. Zech (s. A 37), S. 50 u. 133.

45 Ebda., S. 134 f.

46 C. Fischer (s. A 36), S. 8-13; P. Zech (s. A 37), S. 13 f. u. 138 f.

47 P. Zech, die lasterhaften Balladen (s. A 37), S. 140-142.

48 Ebda. S. 142-150.

49 Ebda., S. 111.

*Ich, Francois Villon, ein Dichter und Vagant,
 Franzose und verbannt aus meinem Vaterland,
 Mich kitzelt der Geruch der großen Stadt,
 Ich brauche Raum und habe nicht einmal
 Für meinen Kopf ein Futteral.
 Ich hab' den Hetzhund endlich satt,
 Der mich durch die verfaulten Wälder treibt.
 Ich bin ein ganzes Jahr schon unbeweibt.
 Und noch ein paar Zeilen aus den großartigen Nachdichtungen von Paul Zech:⁵⁰
 Wir haben nie, wie ihr, in einem weißen Bett gelegen
 Wir lagen Nacht für Nacht im schwarzen Regen,
 Vom Wind zerfressen und vom Wurm zerschabt.*

Villon wandert, mal allein, mal mit Gesellen; ein Stück Wegs begleitet ihn die „schwarze Leyla“, der er mit einer Liebesballade dankt:⁵¹

*Als man mich verstieß ins Unbekannt,
 Warst Du, schwarzes Tier, mein Vaterland.
 Leg mir deine Wurzelhand aufs Haar,
 Schenk mir deinen roten Muschelmund;
 Daß ich herrenloser Straßenhund
 Wieder weiß, wer ich vor Jahren war,
 Dichter manchmal, manchmal auch Soldat,
 Den die Welt wie einen Wurm zertrat.
 Waisenkinder sind wir beide jetzt,
 Angespion und herumgehetzt.
 Aber unser Blut ist noch so rot,
 Daß wir tanzen müssen, wenn es wild
 Durch die Adern rinnt und, nie gestillt,
 Uns im Traum noch quält bis an den Tod.
 Bei dem lauen Wind der Mitternacht
 Hat der Mohn uns sanft ein Bett gemacht.*

In dieser Zeit der Wanderschaft beteiligt sich François Villon auch an Überfällen der Coquillards auf Reisende. Ein Zitat aus dem kleinen Testament:⁵²

*[...] doch hat er sich nicht bloß mit einer Pulle Wein begnügt,
 Er nahm, von wem's grad kam, auch Reisegeld.*

Mehrmals gerät er in Haft, entgeht wenigstens zweimal nur ganz knapp dem Galgen, als eine allgemeine Amnestie auch ihm zur Freiheit hilft oder als der Richtplatz nicht rechtzeitig fertig ist:⁵³

50 Ebda., S. 109.

51 Ebda., S. 99.

52 Ebda., S. 45.

53 Ebda., S. 79.

*Aus harter Haft bin ich zurückgekehrt,
Es ging der Strick mir beinah an den Kragen,
Von Glück kann man in diesem Fall nicht sagen,
Ein Zufall hat den Zugriff abgewehrt.*

So etwas wie Galgenhumor spricht noch aus dem Vierzeiler, den er 1462 nach der Verkündigung des Todesurteils auf „Erhängen und Erwürgen“ schreibt:⁵⁴

*Ich bin Franzose, was mir gar nicht paßt,
Geboren in Paris, das jetzt tief unten liegt;
Ich hänge nämlich meterlang an einem Ulmenast
Und spür am Hals, wie schwer mein Arsch jetzt wiegt.*

Nur vorübergehend werden die Jahre der Flucht und der Wanderschaft durchbrochen; bei Herzog Karl von Orléans, dem Dichterfürsten, und bei Jean Bourbon am Hof in Moulins findet Villon eine Bleibe als Hofpoet und Anerkennung als Dichter. Sogar König Ludwig XI. lässt sich die Dichtungen des Maître Villon von seinen Schreibern und Malern abschreiben und illustrieren.⁵⁵

Unter der energischen Regierung dieses Königs, den die Pariser Unterwelt „König Spinne“ nennt und der das Argot angeblich so gut gesprochen hat wie ein echter Coquillard, schwindet die Macht der Muschelbrüder.⁵⁶ Am 3. Januar 1463 wird Villon zwar begnadigt, aber gleichzeitig wegen seines schlechten Rufes und Lebenswandels auf zehn Jahre aus der Stadt und der Grafschaft Paris verbannt.⁵⁷ Im Lauf des Jahres 1463 verliert sich seine Spur auf der Landstraße. Eine Generalamnestie Ludwigs XI. im Jahr 1467 kommt zu spät. Sein Grab ist nicht bekannt; eine Grabinschrift, die man mit schwarzem Teer auf einen rohen Feldstein schreiben sollte, hat er selbst entworfen.⁵⁸

*Schreibt einfach so: Hier ruht in seinem eigenen Dreck,
In seinem letzten heimlichsten Versteck,
Ein armer Teufel, ein Vagant:
François Villon genannt.*

*Er hatte nie ein eigen Dach
Sein Lebtag überm Kopf gehabt.
Er schritt dahin, zerbeult und abgeschabt,
Den Fürsten zum Gespött, den Pfaffen zum Verlach.
Er gab den Armen hin, was er besaß,
Und gibt sich jetzt den Maden noch zum Fraß.*

54 Ebda., S. 105 u. 165.

55 Ebda., S. 160 f. u. 176, Die Abschrift einiger Balladen organisierte Louis Malet de Graville.

56 Ebda., S. 159.

57 Ebda., S. 166.

58 Ebda., S. 74.

Paul Zech hat Villon mit Recht einen „Fanatiker der totalen Unabhängigkeit“ genannt.⁵⁹ Die Helden seiner Balladen und Lieder und der mit autobiographischen Details gespickten Fassungen seiner „Testamente“⁶⁰ sind die Mädchen aus dem Bordell „Zum Goldenen Helm“, die treulose Cylaea, die dicke Margot und die schöne Yssabeau, die Galgenbrüder aus Flandern, der Jean, der Jacques, der Nicola, die so jung am Galgen landen,⁶¹ die erfolglosen Coquillards im Hohlweg von Laon,⁶² der Bettelbruder Jean Cotard,⁶³ der rote Coquillard Pierre⁶⁴ und der nette kleine Barbier, schließlich die Vogelfreien in den weiten Wäldern Frankreichs, die Ehrlosen und Ausgestoßenen der Gesellschaft, die gezwungen sind, eine Anti-Gesellschaft der Krummen aufzubauen, deren Solidarität auf Angst, Hunger und Haß gegründet ist. Villon wird für sie zum Dichter des sozialen Protests. So scharf wie er prangert keiner die ungerechte Verteilung des Reichtums und der Lebenschancen an, die Korruption der Juristen, die Härte der städtischen Obrigkeiten, den Zynismus der adeligen und geistlichen Führungsschicht bei der Ausbeutung ihrer Eigenleute.⁶⁵

*Als Lazarus einst in der Asche hocken mußte,
Den Leib von Eiterschwären ganz entstellt;
Wer von den treuen Nachbarsleuten wußte,
Was Elend heißt? Sie lebten nur dem Geld
Und rührten keinen Finger für die Armen.
Sie sagten: wen Gott straft mit harter Hand,
Dem darf kein Christ sein Mitleid schenken und Erbarmen,
Sonst macht der Mann Geschäfte mit dem Höllenbrand
Allüberall, wo sich die Menschen drängen;
Denn wer's lang hat, der läßt es auch lang hängen.*

*Sie wußten wohl, warum sie diesen Spruch
Herunterschnurren, diese Seelenfänger
Und Oberhäupter aller Kirchengänger,
Sie standen bei den Armen nie in einem Wohlgeruch.*

59 Ebda., S. 174.

60 Paul Zech hat die beiden „Testamente“ nur zum größeren Teil übertragen. Den vollen Text bietet *Cl. Thiry*, François Villon. Poésies complètes, Paris 1991; leider nicht vollständig durch den Verzicht auf die vermischten Gedichte und die Gaunerballaden ist: *F. Villon*, Das kleine und das große Testament. Französisch-deutsch hrsg. von *F.-R. Hausmann*, Stuttgart 1989.

61 Sie waren beteiligt an dem Einbruch in das Kolleg Navarra; *Zech*, Die lasterhaften Balladen (s. A 37), S. 26 f.

62 Ebda., S. 23 f.

63 Ebda., S. 17 f.

64 Ebda., S. 25.

65 Ebda., S. 39: Ballade von den Armen und den Reichen.

*Sie lagen bei den Weibern vorn, bei Männern umgekehrt.⁶⁶
Sie fraßen Fleisch und ließen ihre Schäflein fasten.
Ich sah noch keinen Fürsten krank und abgezehrt,
Sie darbtten nie, sie sofften nur und praßten,
Und zogen, wenn's nicht langte an den Glockensträngen;
Denn wer's lang hat, der läßt es auch lang hängen.*

66 Zum Thema Homosexualität im Mittelalter vgl. *B.-U. Hergemöller*, Sodom und Gomorrha. Zur Alltagswirklichkeit und Verfolgung Homosexueller im Mittelalter, Hamburg 2000; *ders.*, Sodomiter. Erscheinungsformen und Kausalfaktoren des spätmittelalterlichen Kampfes gegen Homosexuelle, in: *ders.*, Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft, Warendorf 2001, S. 388-431.

Kleine Städte mit großen Siedlungen

Probleme und Herausforderungen

1. Einleitung

Großsiedlungen gibt es auch in Klein- und Mittelstädten. Sie haben bisher kaum nennenswerte publizistische, fachliche und politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie sind „vergessene Quartiere“. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich bisher vor allem auf die Analyse von Großsiedlungen in Großstädten, weil dort die Problem- und Konfliktlagen deutlicher zutage traten. Auch waren und sind es nach wie vor die „spektakulären Einzelfälle“ in den großen westdeutschen Städten wie Hamburg Kirchdorf-Süd, Berlin Märkisches Viertel, Bremen Osterholz-Tenever, München Neuperlach oder Köln Chorweiler oder aber in Ostdeutschland wie Berlin Marzahn oder Leipzig Grünau, die immer wieder als Referenzen für die wohnungspolitischen, sozialplanerischen und städtebaulichen Herausforderungen dieses Gebietstypus herangezogen wurden.

In diesem Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse der ersten Untersuchung vorgestellt, die sich gezielt mit diesem Gebietstypus in Klein- und Mittelstädten befasst.¹ Die Studie setzte sich mit folgenden übergreifenden Fragestellungen auseinander:

- ▷ Welches sind die spezifischen Problemlagen aus der Sicht der beteiligten Akteure – der Stadt, der Wohnungseigentümer, der Bewohner und Nutzer sowie der dort engagierten zivilgesellschaftlichen Organisationen?
- ▷ Welches sind die bisher verfolgten stadtplanerischen und wohnungswirtschaftlichen Strategien im Umgang mit diesen Beständen, welche Instrumente wurden eingesetzt und mit welchem Ergebnis?
- ▷ Welche spezifischen Handlungsempfehlungen lassen sich für die Akteure in den Großsiedlungen von Klein- und Mittelstädten auf dieser Basis formulieren?

1 *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), *Große Siedlungen in kleinen Städten. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven*, Ludwigsburg 2018; Autoren: *Ch. Baumgärtner, J. Jessen, I. Willnauer*. Die Studie wurde im Auftrag der Wüstenrot Stiftung in den Jahren 2014-2016 durchgeführt.

Damit fügt sich die Studie in einen aktuellen Schwerpunkt der Stadt- und Wohnungsforschung ein, der sich mit verschiedenen Ausschnitten des Nachkriegsstädtebaus befasst, so etwa den Gebieten des Einfamilienhausbaus² und des mehrgeschossigen Wohnungsbaus³ jenseits der großen Siedlungen, die aus Gründen der physischen und „moralischen“ Alterung ebenfalls als zukünftige Gebietskulissen der Stadterneuerung zu sehen sind und je eigene Strategien und Konzepte erfordern. Eine wichtige Grundlage bildet auch die breit angelegte Studie zum Thema Großsiedlungen, die vom Kompetenzzentrum Großsiedlungen e. V. gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt wurde.⁴

Zunächst wird ein Überblick über die quantitative Bedeutung der Großsiedlungen in Klein- und Mittelstädten und ihre räumliche Verteilung gegeben. Hierzu wurden die verfügbaren statistischen Unterlagen ausgewertet und durch eigene Recherchen ergänzt (2.). Dann werden für acht gezielt ausgewählte Großsiedlungen in den westdeutschen Bundesländern die Ergebnisse der Fallstudien resümiert: zur Entwicklung und aktuellen Situation von Großsiedlungen in Klein- und Mittelstädten (3.), zu den bisher in diesen Siedlungen verfolgten Aufwertungs- und Erneuerungsstrategien und zur Bewertung der aktuellen Situation aus der Perspektive der Gemeinde, der lokalen Wohnungswirtschaft und Vertretern der Zivilgesellschaft (4.). Am Ende steht ein knapper Ausblick auf die politischen und planerischen Herausforderungen für die Kommunen und andere beteiligte Akteure (5.).

2. Wie viele Großsiedlungen in Klein- und Mittelstädten gibt es?

Es gibt keine eindeutige und verbindliche Definition von Großsiedlung. Da sich unsere Analyse im Kern auf den Großsiedlungsbericht 1994 der damaligen Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) – heute BBSR – stützt, übernehmen wir die dort zugrunde gelegte Definition von Großsiedlung. Als Merkmale werden genannt, dass es sich bei den entsprechenden Siedlungsprojekten um in einem „Guss“ gebaute Gesamtplanungen handelt, deren Finanzierung und Belegung im Westen im Zuge des Sozialen Wohnungsbaus erfolgte und im

2 *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), *Die Zukunft von Einfamilienhausgebieten aus den 1950er bis 1970er Jahren. Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung*, Ludwigsburg 2012; Autoren: A. Bernd-Kaiser, K. Bläser, R. Danielzyk, R. Fox-Kämper, K. Hopfner, S. Siedentop, Ch. Simon-Philipp, P. Zakrzewski.

3 *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), *Das Wohnungsbauerbe der 1950er und 1970er Jahre. Perspektiven und Handlungsoptionen für Wohnquartiere*, Ludwigsburg 2013; Autoren: K. Hopfner, Ch. Simon-Philipp.

4 *Kompetenzzentrum Großsiedlungen e. V.* (Hrsg.), *Perspektiven großer Wohnsiedlungen. Studie Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen*, Jahrbuch 2015, Berlin 2015.

Osten durch die Plattenbauweise charakterisiert ist.⁵ Als weitere gemeinsame Eigenschaft wird die planerische Konzeption nach dem Leitbild der funktionalistischen Moderne genannt.⁶ Für diese statistische Erfassung werden Siedlungen mit 1.000 Wohneinheiten und mehr zugrunde gelegt,⁷ die zwischen 1950 und 1980 nach dem Leitbild der funktionalen Stadt (Entwurfsprinzipien Funktionstrennung, Durchgrünung und autogerechte Verkehrsplanung) errichtet wurden. Unsere Klassifikation von Klein-, Mittel- und Großstädten orientiert sich an der klassischen Definition der Gemeindestatistik, der auch das BBSR folgt: Kleinstädte 5.000 bis 20.000 EW; kleine Mittelstädte 20.000 bis 50.000 EW; große Mittelstädte 50.000 bis 100.000 EW; Großstädte 100.000 EW und mehr.

Die genaue Zahl der Großsiedlungen nach der obigen Definition ist nicht bekannt. Auch der Großsiedlungsbericht von 1994, der 722 Großsiedlungen ausweist, erhebt nicht den Anspruch, eine systematische Vollerhebung zu sein. Wir haben nachrecherchiert und zusätzlich folgende weitere Quellen ausgewertet: Die Dokumentationen der Bundesdemonstrativbauvorhaben, die Förderlisten der Städtebauförderprogramme Soziale Stadt und Stadtumbau West, die Internetseite machmaplazda.com, Architekturführer der 1950er und 1970er Jahre und Fachzeitschriften der 1950er bis 1970er Jahre. Durch die Nacherhebungen konnte die Gesamtzahl um 80 Quartiere auf 802 erweitert werden – über zwei Drittel von ihnen befinden sich in Klein- und Mittelstädten.

Die Großsiedlungen in Deutschland befinden sich keineswegs nur in Großstädten, sondern verteilen sich gleichmäßig auf solche mit über und unter 100.000 Einwohnern (Tab. 1). Räumlich konzentrieren sich die Großsiedlungen vor allem im Osten

BRD		
< 50.000 EW	303	37,8%
50.000 – 100.000 EW	105	13,1%
100.001 – 500.000 EW	176	21,9%
> 500.000 EW	218	27,2%
gesamt	802	100%
West		
< 50.000 EW	61	15,1%
50.000 – 100.000 EW	55	13,6%
100.001 – 500.000 EW	136	33,8%
> 500.000 EW	151	37,5%
gesamt	403	100%
Ost		
< 50.000 EW	242	60,7%
50.000 – 100.000 EW	50	12,5%
100.001 – 500.000 EW	40	10%
> 500.000 EW	67	16,8%
gesamt	399	100%

Tab. 1: Großsiedlungen nach Gemeindegrößenklassen..

5 Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Großsiedlungsbericht 1994. Deutscher Bundestag, Drucksache 12/8406, Bonn 1994, S. 11.

6 Ebda., S. 27.

7 Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Stadtentwicklung und Städtebau in Deutschland. Ein Überblick. Berichte, Bd. 5, Bonn 2000, S. 64.

der Bundesrepublik. In Klein- und Mittelstädten der westdeutschen Bundesländer stehen insgesamt beachtliche 116 Großsiedlungen, in den ostdeutschen Städte gleicher Größenklasse sind es sogar 292 Siedlungen, in den westdeutschen Städten unter 50.000 Einwohner gibt es 61 Großsiedlungen, in den entsprechenden ostdeutschen Städten mit 242 Siedlungen fast das Vierfache. In keinem Fall handelt es bei diesem Gebietstyp aber um eine vernachlässigbare Größe. Auch Großsiedlungen in Klein- und Mittelstädten westdeutscher Bundesländern kommt – entgegen den landläufigen Erwartungen – quantitative Bedeutung zu: Immerhin liegen dort fast 30 Prozent aller Großsiedlungen.

3. Fallstudien

Um die besonderen Merkmale, Problemlagen und Handlungserfordernisse der Großsiedlungen in kleinen Städten zu identifizieren, wurden acht Siedlungen intensiver untersucht. Sie sollten Antworten auf folgende Fragen liefern: Gibt es signifikante Charakteristika? Was haben die Siedlungen gemeinsam? Welche Unterschiede weisen sie auf? Wie haben sie sich seit dem Zeitpunkt des Erstbezugs verändert?

Die Auswahl der Fallstudien aus den insgesamt 292 Großsiedlungen in kleinen und mittleren Städten in Deutschland erfolgte gezielt. Vorab ausgeschlossen wurden alle Siedlungen in den neuen Bundesländern, da diese im Zuge des Förderprogramms Stadtumbau Ost bereits auf planerischer, politischer und fachwissenschaftlicher Ebene ausführlich analysiert wurden.⁸ Dieser Logik folgend blieben auch die Siedlungen in den westdeutschen Bundesländern unberücksichtigt, die bereits in einem der entsprechenden Förderprogramme (Stadtumbau West / Soziale Stadt) vertreten waren und für die somit schon Modernisierungsmaßnahmen und Erneuerungsstrategien auf den Weg gebracht worden waren. Die so reduzierte Grundgesamtheit war damit auf 70 Fälle (damit 2/3 aller westdeutschen Großsiedlungen) eingegrenzt. Die endgültige Auswahl erfolgte dann gezielt nach den Kriterien der Lage und Verteilung nach Bundesländern (Abb. 1). Als Fallstudien sind untersucht worden:

- ▷ Amberg St. Sebastiansviertel (Bayern)
- ▷ Haar Jagdfeldring (Bayern)
- ▷ Neuwied Raiffeisenring (Rheinland-Pfalz)
- ▷ Neu-Isenburg Gravenbruch (Hessen)

8 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Stadtumbau Ost: 10 Jahre Stadtumbau Ost – Berichte aus der Praxis. 5. Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, Berlin 2012.



Abb. 1: Standorte der Untersuchungsgemeinden; eigene Darstellung.

- ▷ Nürtingen Roßdorf (Baden-Württemberg)
- ▷ Unna Berliner Allee (Nordrhein-Westfalen)
- ▷ Wedel Gartenstadt Elbhochufer (Schleswig-Holstein)
- ▷ Wertheim Wartberg (Baden-Württemberg)

Die Untersuchungsmethoden bestanden in einer Literatur- und Webrecherche sowie Begehungen und Expertengesprächen vor Ort mit Vertreterinnen und Vertretern der planenden Verwaltung, der Wohnungswirtschaft und der sozialen Initiativen, die sich in den Siedlungen engagieren.

3.1 Was kennzeichnet Großsiedlungen in kleinen Städten? Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Gemeinsam ist allen Siedlungen das städtebauliche Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt. Baulich dichtere Strukturen nach dem Leitbild „Urbanität durch Dichte“ wurden in den kleineren Kommunen auch in den 1970er Jahren offenbar kaum errichtet. So sind die städtebauliche Anmutung und das Straßensbild der Siedlungen durchweg sehr ähnlich, ohne dass man hier signifikante regionale oder zeitliche Unterschiede feststellen könnte. Dies ist insofern nicht trivial, als Alter und Standort stark streuen, von der holsteinischen Siedlung Wedel Elbhochufer (Baubeginn Mitte der 1950er Jahre), bis zur oberbayrischen Siedlung Haar Jagdfeldring (Fertigstellung: Beginn der 1970er Jahre). Dieser Eindruck einer erstaunlich hohen Homogenität im äußeren Erscheinungsbild geht insbesondere in den Geschossbauten bis in die Dachformen, Fassadengliederung, Fensterformate und bezieht sich gleichermaßen auf Gestalt, Farbigkeit und Materialität. Hier wird nicht nur die vereinheitlichende Wirkung städtebaulicher Leitbilder, sondern auch der Normvorgaben des sozialen Wohnungsbaus sowie der Richtlinien zum Ausbau von Straßen (RAST) sichtbar.

Entsprechend diesem Leitbild erfolgt die Haupteerschließung häufig über eine Ringstraße, von der dann in klassischer Hierarchie Stichstraßen und Wohnwege abzweigen; die privaten Stellplätze sind in aller Regel als ebenerdige Stellplatzanlagen oder Garagenhöfe ausgebildet, Tiefgaragen sind die Ausnahme. Allen Siedlungen gemeinsam ist auch die Mischung verschiedener Gebäudetypen und Rechtsformen. Insbesondere der Mix der verschiedenen Wohnbautypen – vom Einfamilienhaus über die Wohnzeile bis zum Punkthochhaus – ist in den Schwarzplänen (Abb. 2) sehr gut abzulesen. Hierzu gehören auch die raumgreifenden Erschließungssysteme und die Gliederung der Siedlungen durch Grünzüge, in denen in aller Regel die öffentlichen Versorgungsinfrastrukturen, namentlich die Schulen und Kindergärten, platziert sind.

Die Großsiedlungen haben in Klein- und Mittelstädten eine hohe quantitative Bedeutung für die örtliche Wohnungsversorgung; im Mittel umfassen sie 13 % aller Wohnungen in der Gemeinde, im übrigen damit einen sehr viel größeren Anteil als in Großstädten, wo sie im Mittel nur 2 % des Gesamtwohnungsbestands ausmachen. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den untersuchten Siedlungen:



Abb. 2: Schwarzpläne der Fallsiedlungen; eigene Darstellung.

In Amberg, Wedel und Wertheim liegen 10 % des kommunalen Gesamtwohnungsbestandes in den jeweiligen Großsiedlungen. In Neu-Isenburg und Haar fällt der Anteil mit bis zu 30 % besonders groß aus.

In allen Siedlungen ohne Ausnahme kommt den Mietwohnungsbeständen eine große Bedeutung für die Versorgung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen mit bezahlbarem Wohnraum zu. Obgleich es mittlerweile kaum noch sozial gebundene Wohnungen gibt, gehört das kommunale Mietwohnungsangebot in diesen Siedlungen bis heute zum preiswerten Marktsegment, was gerade für die Kommunen in der Nähe von Großstädten mit ihren gegenwärtig stark angespannten Wohnungsmärkten von großer Bedeutung ist.

Unterschiede bestehen hinsichtlich der Lage in der Stadt. So dominieren ohne Frage die Siedlungen in bewusst gewählter exponierter Randlage: Wertheim Wartberg liegt auf der Höhe oberhalb des Maintals gegenüber der historischen Altstadt; ähnliches gilt für Nürtingen Roßdorf; Neu-Isenburg Gravenbruch ist gezielt in den Wald hinein gebaut worden, eine heute kaum mehr vorstellbare Standortentscheidung. Deutlich werden die Vor- und Nachteile des Trabantenkonzepts. Meist wird die landschaftliche Vorzugslage damit erkaufte, dass die Siedlungen mit der Stadt verkehrlich nicht eng vernetzt sind (Abb. 3).



Abb. 3: Siedlung Wartberg in Wertheim; Quelle: *I. Willnauer*.

Man ist in den Nachkriegsjahren keineswegs immer diesem Ideal des Trabanten gefolgt, sondern vernetzte die neue Siedlung eng mit dem bestehenden Stadtgefüge, so in Neuwied und in Amberg. Ob dies aus einem nicht weiter reflektierten Pragmatismus heraus geschah oder man sich bewusst gegen das damalige dominante Konzept des Trabanten positionierte, lässt sich nicht mehr feststellen.

Weitere Unterschiede zeigen sich in der Zusammensetzung der Eigentümerstruktur. Siedlungen, in denen es einen höheren Anteil an Geschosswohnungsbau gibt, haben überwiegend auch einen höheren Mietwohnungsanteil, der bei den meisten Siedlungen bei 70 % liegt. Diese wurden oft durch ein oder zwei Träger errichtet. Eine Ausnahme bildet das Sebastiansviertel in Amberg, in dem sehr viele unterschiedliche Einfamilienhäuser gebaut wurden und nur wenig Geschosswohnungsbau entstanden ist. Dort liegt der Anteil selbstnutzender Eigentümer seinerseits bei 70 %. Einen Sonderfall bildet hier nur Neu-Isenburg Gravenbruch. Dort wurden die Wohnungen nach der Fertigstellung umgehend als Wohneigentum an Einzeleigentümer verkauft. Von Beginn an waren die Geschossbauten im Besitz von Wohneigentümergeinschaften.

Das Quartiersleben ist in den Siedlungen unterschiedlich stark ausgeprägt. Besonders vielfältig sind öffentliche Beteiligungsangebote und Formen des Bürgerengagements in Nürtingen, Unna, Wedel und Wertheim, wo Kommune, Kirche, Freie Träger und Selbstorganisationen der Bewohner das Zusammenleben gestalten. Wo viele Träger zusammenwirken, sind die Angebote auch breit gefächert und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. In Unna, Wedel und Wertheim werden die Angebote durch ein Stadtteilzentrum bzw. Quartiersmanagement erfolgreich miteinander vernetzt, sodass mehr Menschen teilhaben und auch Synergien entstehen.

Angesichts der kleinen Fallzahl lässt sich nur in aller Vorsicht verallgemeinern, dass das organisierte Quartiersleben und das Bürgerengagement in den Traban-

tensiedlungen in besonderem Maße ausgeprägt sind: je stärker die räumliche Isolation, desto ausgeprägter der Grad der Selbstorganisation. Auffällig war auch, dass in den Siedlungen, in denen die sozialen Probleme der Bewohnerschaft besonders groß sind, die Regelangebote der Kommunen stärker ausfallen. Dies ist unter anderem in Unna der Fall, wo die Initiative zur Stabilisierung und Aufwertung vom Jugendamt ausgeht.

3.2 Wie haben sich die Großsiedlungen verändert?

Auffallend war, wie wenig sich die Siedlungen in baulich-räumlicher und in funktionaler Hinsicht in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben. Nirgendwo hat es – mit wenigen Ausnahmen und im Unterschied zu den meisten Großsiedlungen in Großstädten – strukturverändernde Eingriffe durch Umbau, Abriss, Erweiterung oder Nachverdichtung gegeben. Dies lässt sich zum Teil auch mit der gezielten Auswahl von Siedlungen, die noch nicht in eines der Bund-Länder-Förderprogramme aufgenommen wurden, erklären.

Es gibt eine einzige Ausnahme: Durchweg gewandelt hat sich die Ausstattung mit privaten Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs. Ursprünglich hatten alle Siedlungen zumindest ein Ladenzentrum mit privatem Einzelhandel, meist in der Mitte der Siedlung oder an der Haupteerschließungsstraße, oft um einen Platz gruppiert; es überwog hier die zeittypische eingeschossige Pavillonarchitektur. Der Strukturwandel im Einzelhandel und die veränderten Einkaufsgewohnheiten haben schon sehr früh dazu geführt, dass die meisten Nahversorger ihren Standort aufgeben mussten und oft nur Restnutzungen wie Bankfilialen verblieben. Das Angebot ist inzwischen, wenn überhaupt vorhanden, stark ausgedünnt. Die schwache Nahversorgung stellt vor allem ältere Bewohner vor Probleme.

Allerdings konnten erstaunliche Anpassungsstrategien beobachtet werden. In Nürtingen etwa haben Bewohner der Siedlung einen Genossenschaftsladen gegründet, um den Fortzug des Supermarktes zu kompensieren. Dieser bietet auch Lieferdienste für Bewohner mit stark eingeschränkter Mobilität an und hat sich darüber hinaus durch Angebote wie eine kirchliche Sprechstunde als sozialer Treffpunkt etabliert (Abb. 4). In Unna hat sich das familiengeführte Lebensmittelgeschäft „Maxi-Markt“ darauf spezialisiert, die verschiedenen Vorlieben seiner multikulturellen Kundschaft zu bedienen. Dort gibt es Regalzeilen mit türkischen, polnischen und russischen Produkten. Diese Strategie erweist sich als so erfolgreich, dass der Inhaber nun zu expandieren plant, nachdem zuvor große Supermarktketten den Standort aufgegeben hatten.

Für die augenfälligste Veränderung in den Siedlungen sorgt die Natur durch die „Verwaldung“ der Freiflächen. Die Bäume, die zur Bauzeit gepflanzt wurden, sind



Abb. 4: Das genossenschaftliche ‚Roßdorf-Lädle‘ in der Siedlung Roßdorf in Nürtingen;
Quelle: I. Willnauer.

mittlerweile hochgewachsen. Dies macht eine besondere Qualität der Siedlungen aus, führt aber auch dort, wo sie nicht genügend gepflegt und zurückgeschnitten werden, zu einer Verschattung der Südfenster. Auch die ursprüngliche städtebauliche Gliederung der Siedlung durch die Grünflächen ist oft kaum noch spürbar.

Selbstverständlich hat es in den letzten Jahrzehnten Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den Mietwohnbauten gegeben wie Isolierverglasung, Wärmedämmung, Austausch der Heizungsanlagen, Sanierung der Balkone etc. In den Siedlungen, die durch eine Vielfalt der institutionellen Wohneigentümer geprägt sind, ist das Gesamtbild in Abhängigkeit von den Geschäftsstrategien der Eigentümer auffallend uneinheitlich. Hier finden sich wie in Unna, Wedel oder Wertheim kürzlich erneuerte Bestände und umsichtig aufgewertete private Freiflächen neben sichtbar vernachlässigten Gebäudekomplexen und abgenutztem Wohnumfeld (Abb. 5 und 6).

Über die Jahre hat es grundlegende Veränderungen der Eigentümerstruktur gegeben, nicht anders als in den Großsiedlungen der Großstädte. So ist der Anteil der Eigentumswohnungen durch Umwandlung von Mietwohnungen in vielen Siedlungen gestiegen. Auch hat sich die Zahl der Wohnungsunternehmen durch Verkauf erhöht. In einigen Fällen haben international agierende Immobilienfondsgesellschaften einzelne oder kleinere Gruppen von Geschosswohnbauten gekauft, die sie dem Anschein nach als Abschreibungsobjekte nutzen. In manchen Sied-



Abb. 5: Umfassend sanierter Geschosswohnbau des Bau- und Sparvereins Dortmund eG in der Berliner Allee, Unna; Quelle: *I. Willnauer*.



Abb. 6: Unzureichend instandgehaltene Geschosszeile im Besitz privater Einzeligentümer, ebenfalls Unna; Quelle: *I. Willnauer*.

lungen hat es außerdem mehrfache, teils schnell aufeinanderfolgende Eigentümerwechsel gegeben, die spekulative Praktiken vermuten lassen. Diese Tendenzen werden begleitet von einer kontinuierlichen Verringerung des „geschützten“ Wohnungsbestandes durch Auslauf der Sozialbindungen, so dass die wichtige Funktion der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum perspektivisch gefährdet ist.

Die Einfamilien- und Reihenhäuser sind überwiegend von Selbstnutzern errichtet worden. Je nach Alter der Siedlungen sind der Generationenwechsel und der damit verbundene Erbübergang unterschiedlich weit vorangeschritten. In den älteren Siedlungen wie in Wedel ist er fast abgeschlossen, in den jüngeren wie etwa in Nürtingen gibt es noch einen großen Anteil von Erstbeziehern, die inzwischen meist als Rentnerhaushalte allein in ihren Häusern leben. Beim Eigentümerwechsel kommt es häufig zu Sprunginvestitionen, etwa mit Anbauten, Aufstockungen und durchgreifender Erneuerung der Haustechnik.

Wie in allen Großsiedlungen dieser Epoche hat sich auch die Bewohnerzahl über die Jahre nicht nur verringert, die Wohnbevölkerung ist auch älter geworden. Den Alterungsprozess abschwächend, hat sich gleichzeitig kontinuierlich der Migrantenanteil in den Mietwohnungen erhöht, wobei Russland-Deutsche unter ihnen, insbesondere in Wertheim, Amberg, Neuwied und Nürtingen, auffallend stark vertreten sind. Eine Erklärung hierfür ist darin zu suchen, dass die massive Zuwanderung der Russland-Deutschen Ende der 1980 Jahre zusammenfiel mit dem ersten Generationswechsel in diesen Siedlungen, die damals noch über einen deutlich höheren Anteil an sozialgebundenen Wohnungen verfügten. Darüber hinaus gibt es in fast allen Siedlungen einen im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittlichen Anteil an Bewohnergruppen, die von Transfereinkommen abhängig oder in anderer Weise sozial belastet sind.

Fast alle Siedlungen haben über die Jahre einen Imagewandel erfahren. Bei Erstbezug wurden sie noch uneingeschränkt positiv bewertet. Die Bewohner waren stolz auf ihre modernen und komfortablen Wohnungen im Grünen; die Stadt war stolz auf das große städtebauliche Projekt, das sie ihr gelungen war. In den Anfangsjahren boten die Siedlungen noch Motive für Ansichtskarten (Abb. 7). Über die Jahre hat sich das Image der Siedlungen mit den Veränderungen der Sozialstruktur – auch durch den Zuzug ausländischer Familien und Russlanddeutscher – allmählich, aber spürbar verschlechtert; letztere imageprägend wie in Nürtingen, wo die Siedlung Roßdorf den Spitznamen „Russdorf“ trägt. Gleichwohl ist das Ausmaß der Stigmatisierung der Siedlungen nicht vergleichbar mit den Großwohnsiedlungen in den Großstädten, die häufig schon unmittelbar nach Erstbezug als Inbegriff sozialer Brennpunkte galten.

Stabil positiv ist das Außenbild vor allem in den Siedlungen mit einem hohen Anteil selbstnutzender Eigentümer. Über die Zeit gleichbleibend hohe Wertschät-



Abb. 7: Ansichtskarte der Siedlung Neu-Isenburg Gravenbruch; Quelle: *I. Willnauer*.

zung genießt etwa das als Bundesdemonstrativbauvorhaben errichtete Sebastiansviertel in Amberg, das die Bewohner bis heute in Anlehnung daran liebevoll „D-Programm“ nennen. In den letzten 15 Jahren hat sich die Außenwahrnehmung nach Auskunft der lokalen Experten vielerorts wieder verbessert. Sie führen dies auf die bessere Integration der Migranten und auf die diesbezüglichen Anstrengungen der sozialen Einrichtungen und ihre passgerechten Angebote zurück.

4. Planungspraxis – punktuell und fragmentiert

Keine der untersuchten Fallkommunen verfolgt bisher für ihre Siedlung eine explizite Strategie. Dies verweist vorderhand auch auf die Tatsache, dass gezielt nur Siedlungen ausgewählt wurden, die bisher noch nicht in Förderprogramme des Bundes und der Länder aufgenommen wurden. Gleichwohl lassen sich unterschiedliche Haltungen oder „Politikstile“ der Gemeinden im Umgang mit der Siedlung identifizieren. Diese bewegen sich zwischen zwei Polen: Zum einen haben manche kommunalen Verwaltungen die Entwicklungen in der Siedlung stets im Blick und betreiben im Sinne der Prävention aufmerksam eine „proaktive Instandhaltung“, andere dagegen halten sich ausdrücklich zurück und intervenieren erst dann, wenn Forderungen durch die Bürger an sie herangetragen werden oder Umstände sie dazu zwingen, etwa Schäden oder Konflikte.

4.1 Was bisher geschah

Auffallend ist, wie wenig die kommunale Planungsverwaltung und andere beteiligte Akteure über die aktuelle Situation und die bisherige Entwicklung der Siedlungen wissen. Die Kenntnisse sind insgesamt veraltet, lückenhaft und wenig systematisch; dies bezieht sich auf alle zentralen Aspekte: auf den baulichen-technischen Zustand der Gebäude und öffentlichen Räume sowie auf die Alters- und Sozialstruktur der Bewohner und deren Veränderung in den letzten Jahrzehnten. Schmerzhaft empfunden wird vor allem, dass es in der Regel keine Informationen über die Eigentümerstruktur gibt. Wem welche Wohnung gehört und welche Gründe für Eigentümerwechsel vorliegen, ist den kommunalen Planungsverwaltungen weitgehend unbekannt.⁹

Zu diesem Informationsdefizit trägt auch bei, dass es in aller Regel keinen wechselseitigen oder nur punktuellen Austausch zwischen der planenden Verwaltung und den Eigentümern der Mietwohnungen gibt. Etwas besser ist die Informationslage über den baulichen Zustand allein dort, wo die kommunale Wohnungsbaugesellschaft noch mit einem großen Anteil an Wohnungen in der Siedlung vertreten und der unmittelbare Kontakt institutionell gegeben ist.

Für keine der Siedlungen gibt es ein städtebauliches Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung und Modernisierung im Sinne eines Rahmenplans. Es besteht auch nicht die Absicht, für die Großsiedlung die Aufnahme in eines der Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung zu beantragen. Eine Ausnahme bildet die Stadt Unna, die sich mit ihrer Siedlung inzwischen erfolgreich um Aufnahme in das Programm Soziale Stadt beworben hat. In Wertheim wurde ein Gutachten zur Abschätzung der mittel- und langfristigen Perspektiven des Wohnungsbestands der Großsiedlung auf dem regionalen Wohnungsmarkt in Auftrag gegeben.¹⁰

Jenseits dieser grundsätzlichen kommunalpolitischen und planungsstrategischen Zurückhaltung fand gleichwohl ein breites Spektrum sehr unterschiedlicher kommunaler Aktivitäten in den Siedlungen, teils in Abstimmung mit den Wohnungsanbietern, statt. Städtische Wohnungsunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften spielen darin häufig eine tragende Rolle. Städtische Investitionen fließen vor allem in die Instandhaltung und Modernisierung der technischen und sozialen Infrastruktur (Erschließung, Ver- und Entsorgung), erfolgen aber nach Bedarf und punktuell.

9 Vgl. hierzu allgemein auch *Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V.* (s. A 7), S. 152 und *Wüstenrot Stiftung* (s. A 6), S. 191 f.

10 *Ch. Baumgärtner / J. Jessen / I. Willnauer*, *Strukturanalyse Wertheim-Wartberg*, Stuttgart 2015.



Abb. 8: Erneuerter Kinderspielplatz in Wertheim; Quelle: I. Willnauer.

Beispiel Freiflächen: In der Regel wurden die öffentlichen Spielplätze saniert und Spielgeräte erneuert (Abb. 8). Unterschiedliche Auffassungen der Freiraumgestaltung und -pflege werden in der Intensität sichtbar, mit der das ursprüngliche Konzept fließender Freiräume und sonnenbeschienener Fassaden durch Zurückschneiden der Vegetation aufrecht erhalten wird. Manche halten Sichtachsen frei, andere lassen die Siedlung „verwalden“. Weitreichendere Umgestaltungen der Grünräume durch Umnutzung sogenannter Abstandsflächen zu Mietergärten oder neue Formen des „Urban Gardening“ werden nur punktuell verfolgt. Insgesamt jedoch vermitteln die grünen Freiflächen in allen Siedlungen als Ganzes einen gut gepflegten Eindruck – mit nur wenigen Ausnahmen im Umfeld einiger untätiger Wohnungsbaugesellschaften.

Beispiel Erschließungs- und Stellplatzflächen: Sie erscheinen weitestgehend unverändert gegenüber dem Zeitpunkt des Erstbezugs. In Nürtingen Roßdorf wurden einzelne Straßen erneuert und einige öffentliche Stellplätze ergänzt, ähnlich auch in Wedel. Im Wesentlichen wird aber in allen Siedlungen der Bestand als noch hinreichend funktionsfähig angesehen. Es hat keine durchgreifenden Maßnahmen zur Sanierung und zum Umbau der Netze gegeben, etwa den Rückbau überdimensionierter Erschließungsflächen, die Neugestaltung und den Ausbau der Fuß- und Radwege (zum Beispiel im Hinblick auf Barrierefreiheit), die Anpassung der Stellplatzanlagen oder Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durch Mischflächen



Abb. 9: Erweiterung der Siedlung durch Wohnungsbau in Nürtingen Roßdorf in den 1980er Jahren; Quelle: *I. Willnauer*.



Abb. 10: Neue Mitte in Haar Jagdfeldring mit Ziersee (2004-2008); Quelle: *I. Willnauer*.



Abb. 11: Stadtteilzentrum in der Gartenstadt Elbhochufer, Wedel (gebaut 1990); Quelle: I. Willnauer.

wie sie in vielen Großsiedlungen der Großstädte inzwischen Standard sind. Auch Standorte für Car-Sharing und Mietfahrrad-Stationen oder ähnliche neuere Mobilitätskonzepte in Quartieren gibt es bisher nicht.

Größere Interventionen in die Struktur der Siedlungen sind bisher die Ausnahme. In einigen Siedlungen hat es in den 1980er und 1990er Jahren kleinere Erweiterungen der Siedlungen durch Wohnungsneubau gegeben, so in Nürtingen (Abb. 9) und in Wertheim. Heraus sticht die Schaffung der Neuen Mitte Haar Jagd-feldring. Dort wurde zwischen 2004 und 2008 das damals desolate Ladenzentrum grundlegend erneuert. In Verbindung mit dem Bau eines Bürohochhauses, eines Stadtteilkinos und neuen Einzelhandelsflächen wurden zusätzliche Wohnungen geschaffen, gruppiert um einen neuen öffentlichen Platz, dessen Mittelpunkt ein Ziersee bildet (Abb. 10). Der Bau eines Stadtteilzentrums im Jahre 1990 in der Gartenstadt Elbhochufer in Wedel ist das einzige Beispiel für eine umfassende spätere bauliche Ergänzung der Versorgungsinfrastruktur (Abb. 11). Insgesamt ist die Versorgung der Siedlungen mit öffentlicher Infrastruktur (Schulen, Kindergärten) gut gesichert, die Gebäude wurden laufend instandgesetzt und modernisiert. Nachträgliche durchgreifende Anpassungen und Umbauten waren bisher nicht erforderlich.

In diesem Zusammenhang sind auch die ambitionierten sozialpolitischen Strategien zu erwähnen, die die Stadt Unna in der Siedlung Berliner Ring verfolgt. Sie

hat ein aktives Belegungsmanagement eingerichtet, um die Bewohnerstruktur der einzelnen Häuser zu stabilisieren: Hierzu wurde ein Aktionsbündnis aus Stadt und Wohnungswirtschaft gebildet. In Regie des Sozial- und Jugendamtes wurde ein Stadtteilbüro eingerichtet, von wo aus ein Quartiersmanager eine Fülle von gruppenspezifischen Angeboten für die Bewohner koordiniert.

4.2 Warum so wenig geschah

Wie ist diese insgesamt große planerische und stadtpolitische Zurückhaltung der untersuchten Gemeinden in diesen Siedlungen zu erklären? Dies steht im starken Kontrast zur Praxis in den Großstädten, in denen die Großsiedlungen schon seit Jahrzehnten immer wieder im Fokus von Nachbesserungs-, Erneuerungs- und Umbaustrategien standen. Die Gründe für diese Zurückhaltung sind vielfältig und mögen sich in ihrem Zusammenspiel auch von Fall zu Fall unterscheiden:

- ▷ Insgesamt können die Großsiedlungen in den Klein- und Mittelstädten als stabile bzw. stabilisierte Siedlungen gelten. In Klein- und Mittelstädten sind die sozialen Konflikt- und Problemlagen nicht oder deutlich schwächer ausgeprägt, die die Großstädte zu ihren planerischen und wohnungspolitischen Dauereinsätzen in ihren Großsiedlungen veranlassen.
- ▷ Vorhandene Probleme und Defizite werden daher noch als beherrschbar bzw. akzeptabel gesehen. Wegen der insgesamt geringeren Herausforderungen sind Politik und Planung in den kommunalen Verwaltungen der Klein- und Mittelstädte sowie die lokale Wohnungswirtschaft bisher durchaus in der Lage gewesen, die anfallenden Aufgaben in diesen Siedlungen zu bewältigen. Darauf verweisen der insgesamt gute Zustand der öffentlichen Versorgungseinrichtungen, namentlich der Schulen und Kindertagesstätten und auch des öffentlichen Freiraums.
- ▷ Hinzu kommen die knappen personellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen, die den Verwaltungen kleiner Städte zur Verfügung stehen. Die kommunalen Vertreter verwiesen darauf, dass sie gezwungen sind, auch mit planerischer Aufmerksamkeit haushälterisch umzugehen. Angesichts der aktuell stabilen Situation in ihren Großsiedlungen werden andere kommunale Probleme, vor allem der drohende Funktionsverlust der Citylagen, als vordringlicher angesehen. Hier spielen auch die begrenzten Verwaltungskapazitäten eine Rolle, die Klein- und Mittelstädte zu Schwerpunktsetzungen zwingen. Schließlich habe die Erfahrung gezeigt, dass insbesondere die kleineren Städte (unterhalb 50.000 Einwohner) bei der Bewerbung um die Aufnahme in B-L-Programme der Städtebauförderung kaum Chancen haben, wenn sie bereits mit einer Maß-

nahme in einem der Programme vertreten sind. Dies wurde zumindest als einer der Gründe für die Zurückhaltung angeführt.

- ▷ Schließlich mag auch eine Rolle spielen, dass die Bewohner der Großsiedlungen in der Regel nicht im Gemeindeparlament und in den städtischen Organisationen so stark repräsentiert sind, wie es ihrer quantitativen Bedeutung entspräche; dies gilt insbesondere für die Bewohner mit Migrationshintergrund. Insofern haben die Belange dieser Siedlungen im Vergleich zu den anderen Ortsteilen meist eine schwache kommunalpolitische Lobby.

5. Ausblick – Erneuerung als Zukunftsaufgabe

So stabil und konsolidiert sich die Situation in den Großsiedlungen der untersuchten Klein- und Mittelstädte derzeit auch darstellt, zeichnen sich gleichwohl auf unterschiedlicher Ebene Problemlagen ab, die aber bisher noch nicht oder nur teilweise virulent sind und auch durch die aktuelle Nachfragesituation auf dem Wohnungsmarkt überdeckt werden.

Baulich-räumlicher Erneuerungsbedarf: Die Siedlungen sind inzwischen in der Regel zwischen 40 und 50 Jahre alt. Trotz laufender, meist punktueller Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den letzten Jahren werden der öffentliche Raum, die privaten Stellplatzanlagen sowie die technische Infrastruktur mittelfristig grundlegend zu erneuern sein. Hier sind neuere Anforderungen an Stadtmobilität und Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Die oft schwierige Orientierung im Raum und die Vernetzung mit der umgebenden Landschaft sind zu verbessern; das Umfeld der meist funktionsgeschwächten Siedlungszentren ist aufzuwerten. Die energetische Ertüchtigung der Wohnungsbestände steht trotz der zahlreichen Einzelmaßnahmen der Vergangenheit unverändert auf der Agenda.

Wohnungsmarktlage: Aus zwei unterschiedlichen Richtungen können die Siedlungen in wohnungspolitischer Perspektive unter Druck geraten. In den Wachstumsregionen sind auch Klein- und Mittelstädte aufgerufen, ihren Beitrag zur Bewältigung der Versorgungsengpässe auf dem regionalen Wohnungsmarkt zu leisten. Zwar gibt es in den untersuchten Siedlungen keine Wohnungsleerstände. Keiner der interviewten Vertreter der Wohnungsanbieter berichtete von Vermietungsproblemen. Diese sind angesichts des Wohnungsmangels, insbesondere an den agglomerationsnahen Standorten wie Wedel (Region Hamburg) oder Haar (Region München), in naher Zukunft auch nicht zu erwarten. Allerdings gibt es keinen Zweifel darüber, dass die Wohnungsbestände in Großsiedlungen kleiner und mittelgroßer Städte in Zeiten entspannter Wohnungsmärkte mit Vermietungsproblemen zu rechnen haben. Die übergreifenden Tendenzen des demographischen Wandels und der großräumigen Wanderungsbewegungen werden derzeit durch

die Zuwanderung von Migranten nur überlagert. Gerade die Gemeinden fern der Ballungsräume werden mittelfristig davon ausgehen müssen, dass die Wohnungsbestände ihrer Großsiedlungen unter Vermarktungsdruck stehen werden. Hinzu kommt, dass es mit dem sozialen Wandel mittelfristig zu Veränderungen in der Wohnungsnachfrage auch in den Mittel- und Kleinstädten kommen wird, denen das Wohnungsangebot in den Siedlungen nicht mehr immer gerecht werden kann. *Migration und Integration*: Schließlich haben die Proteste von Russland-Deutschen in den von uns untersuchten Siedlungen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in ihrer Umgebung Ende des Jahres 2015 auf einen bisher zu wenig beachteten und auch noch nicht näher untersuchten Sachverhalt aufmerksam gemacht. Offensichtlich sind gerade die Großsiedlungen der Klein- und Mittelstädte besonders prägnante Orte, in denen die getrennten Lebenswelten von Russland-Deutschen einerseits und der übrigen Wohnbevölkerung andererseits auf engem Raum nebeneinander bestehen. Dieser Tatsache und den damit verbundenen Konsequenzen sind sich die beteiligten Akteure, insbesondere die kommunalen Verwaltungen und die Wohnungsbaugesellschaften, aber auch die Stadtgesellschaft nicht immer in ihrer ganzen Tragweite bewusst. Hier gibt es einen erheblichen Informations- und Kommunikationsbedarf, der weit über den hier untersuchten Siedlungstypus hinausweist, sich dort aber in besonderer Weise manifestiert.¹¹

Vor diesem Hintergrund ist die Erneuerung von Großsiedlungen in Klein- und Mittelstädten eine wichtige Zukunftsaufgabe. Nur so werden sie ihre wichtige Funktion zur Sicherung der Wohnungsversorgung weiterhin erfüllen können. Hierfür sind Gemeinden auf Unterstützung von außen angewiesen. Die Anforderungen an die Erneuerungskonzepte und -verfahren gleichen im Grundsatz den bewährten Vorgehensweisen, wie sie in großstädtischen Großsiedlungen entwickelt und erprobt wurden; gleichwohl müssen die Konzepte auf die besonderen Voraussetzungen in Klein- und Mittelstädten angepasst werden.¹²

Wie schon der Bau der Siedlungen sollte ihre Erneuerung als eine Gemeinschaftsaufgabe begriffen werden, für die die Gemeinden die Unterstützung von Bund und Ländern in Anspruch nehmen können. Wegen ihrer Größe und strategischen Bedeutung ist es des Weiteren sehr wichtig, dass die Erneuerung der Großsiedlungen in Strategien der Stadtentwicklung und sozialorientierter Wohnungspolitik eingebunden wird.

11 S. Worbs/E. Bund/M. Kohls/Ch. Babka von Gostomski, (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine aktuelle Analyse aktueller Daten- und Forschungsergebnisse, Forschungsbericht 20, Bundesamt für Migration und Flüchtling, Nürnberg 2013.

12 Hier sei auf die detaillierten Empfehlungen für die Kommunen verwiesen, die in der Studie erarbeitet wurden; vgl. *Wüstenrot Stiftung* (s. A 1), S. 151 ff.

Ein Hochhaus als Markenzeichen für die Messe Frankfurt und zur Vergewisserung der eigenen städtischen Geschichte

Das Torhaus von O. M. Ungers

Obwohl sich die Stadt Frankfurt am Main in den 1980er Jahren von ihrem seit nahezu zwei Jahrzehnten hartnäckig vorherrschenden Image als reine Wirtschafts- und Finanzmetropole distanzieren und sich als Kulturstadt mit architektonischem Anspruch etablieren wollte, wurde zeitlich parallel zur Errichtung der neuen Museumsbauten in der Frankfurter Altstadt und am sogenannten Museumsufer ein ebenso ehrgeiziger und von international bekannten Architekten begleiteter Ausbau der Messe in Angriff genommen, der bis heute das Bild der Stadt entscheidend prägt. Es entstanden Bauten wie das Messe-Torhaus von Oswald Mathias Ungers (Abb. 1) und der Messeturm von Helmut Jahn (Abb. 2), die in Frankfurt eine neue Ära der Hochhausarchitektur einleiteten und die im Zusammenhang mit der von außen wahrnehmbaren Fernwirkung und ihrer Symbolhaftigkeit bis heute als Markenzeichen der Messe gelten.

Insbesondere in Frankfurt galten Hochhäuser, die seit den 1950er Jahren das Stadtbild zu dominieren begannen, noch bis in die 1970er Jahre hinein als Symbole für den selbstzerstörerischen Umgang einer Stadt mit ihrem historischen Erbe und dem öffentlichen Raum. Hochhäuser für Banken und Großunternehmen entstanden hier unter umstrittenen Bedingungen mitten in zentrumsnahen Wohngebieten wie dem Westend und sorgten ab Ende der 1960er Jahre nicht nur für die Vertreibung der ansässigen Bewohner, sondern auch für den Abriss zahlreicher historischer Altbauten in den ehemaligen Gründerzeitvierteln. Die Monotonie der Hochhauskisten nach dem Vorbild eines banalisierten *International Style* und die oftmals nüchternen Rasterfassaden taten ihr Übriges zur negativen Wahrnehmung.

Das Bewusstsein darüber, dass sich etwas an dem Bild der Stadt ändern muss, hatte bereits Anfang der 1970er Jahre eingesetzt und dazu geführt, dass die Stadtverwaltung begann, nach stadtplanerischen Möglichkeiten zu suchen, um dem eindimensionalen und negativen Bild in der Außenwahrnehmung entgegenzuwirken. Da für dieses in erster Linie die verloren geglaubte städtische Identität und die zunehmende Entfremdung der Bürger mit ihrer Stadt verantwortlich schien, fand



Abb. 1: Frankfurt a. M.: Messe, Torhaus;
Quelle: *Bildarchiv Foto Marburg / Waltraud Krase.*



Abb. 2: Frankfurt a. M.: Messeturm;
Foto: *L. Köhren, 2017.*

konsequenterweise die Frage, mit welchen Mitteln es gelingen könne, eine neue Identität für Frankfurt zu generieren, Eingang in das planerische Denken. Der Versuch der Schaffung einer neuen städtischen Identität, welche die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt fördern sollte, bildete daher die entscheidende Komponente bei der städtebaulichen Erneuerung, die in den 1970er Jahren in Gang gesetzt wurde und die zugleich eine Imagekorrektur der Stadt bewirken sollte.

Trotz der weit verbreiteten negativen Wahrnehmung versprach die Stadt sich gerade im Bild des Hochhauses Möglichkeiten der Identifikation. Nicht nur galten Hochhäuser für den späteren Oberbürgermeister Wolfram Brück (SPD) als bedeutende „identitätsstiftende Gestaltungsmittel“, die man als genuinen Teil der Frankfurter Kultur betrachtete,¹ zunehmend setzte man auch seit dem Ende der 1970er

1 Vgl. *W. Prigge, Mythos Metropole. Von Landmann zu Wallmann*, in: *ders./H. Schwarz* (Hrsg.), *Das neue Frankfurt. Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozess 1925-1988*, Frankfurt a. M. 1988, S. 222.

Jahre bei der Errichtung von Bank- und Bürogebäuden – im Unterschied zu den in den Jahren zuvor realisierten Hochhäusern und Verwaltungsbauten – mittels internationaler Stararchitekten auf ästhetische Qualitäten der Architektur. Gleichmaßen fanden mit den aus Amerika stammenden Ideen der Postmoderne kontextuelle Bezüge Eingang in die Hochhausarchitektur, die bis dahin zumeist völlig vernachlässigt worden waren. So versuchten Architekten und Stadtplaner, das urbane Umfeld miteinzubeziehen und mittels räumlicher als auch formaler Bezüge Verbindungen zum Ort herzustellen. Die variantenreiche Architektur von Torhaus und Messturm zeigt exemplarisch, wie neue Antworten auf die anspruchsvolle Bauaufgabe Hochhaus gefunden werden und auf individuelle Weise Bezüge zur Geschichte des Ortes und seiner baulichen Elemente hergestellt werden können. Den Standort der Frankfurter Messe, der sich an der Peripherie der Innenstadt befindet, haben die beiden Türme entscheidend aufgewertet und zu einer Wiedererkennbarkeit beigetragen, die mit ihrer entsprechenden Werbe- und Fernwirkung von besonderer Bedeutung für die Messebetreiber ist. Ebenso wie die zahlreichen Neu- und Erweiterungsbauten der Museen waren demnach auch die Neubauten auf dem Messegelände daran beteiligt, das Image von Frankfurt als lebenswerter und kulturell wertvoller Stadt, in der eine anspruchsvolle zeitgenössische Architektur ihren Platz hat, zu fördern. Die baulichen Maßnahmen verbesserten nicht nur die kulturelle Infrastruktur der Stadt, sondern trugen auch erheblich zum äußeren Erscheinungsbild der Stadt bei, die so in der Lage war, einerseits ihre Attraktivität als Tourismusdestination zu steigern, andererseits zum entscheidenden Identitätsträger für die Bewohner der Stadt zu werden.

Begründet wurde das heutige Messegelände in unmittelbarer Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs mit dem repräsentativen Kuppelbau der Festhalle, der 1907 aus einem offenen Architektenwettbewerb hervorgegangen und 1909 fertiggestellt war. Die Frankfurter Messe, die zuvor an wechselnden Orten in Frankfurt stattgefunden hatte, erhielt mit der von Friedrich von Thiersch entworfenen Halle am damaligen Hohenzollernplatz erstmals einen festen und repräsentativen Ort für Ausstellungen und Veranstaltungen jeglicher Art.² Bis zu diesem Zeitpunkt war das Gelände westlich der Friedrich-Ebert-Anlage allein durch den hier gelegenen Güterbahnhof geprägt. Nach der nahezu vollständigen Zerstörung des Ausstellungsgeländes während des Zweiten Weltkrieges, darunter auch der Festhalle und des größten Teils der erst in den 1920er Jahren entstandenen Bauten, begann die Stadt bereits im Jahr 1948 mit dem systematischen Aus- und Aufbau des Messegeländes. 1980-1989 erfuhr der Standort dann durch die Neubau- und Moderni-

2 Vgl. H.-O. Schembs, Weither suchen die Völker sie auf. Die Geschichte der Frankfurter Messe, Frankfurt a. M. 1985, S. 69-79.

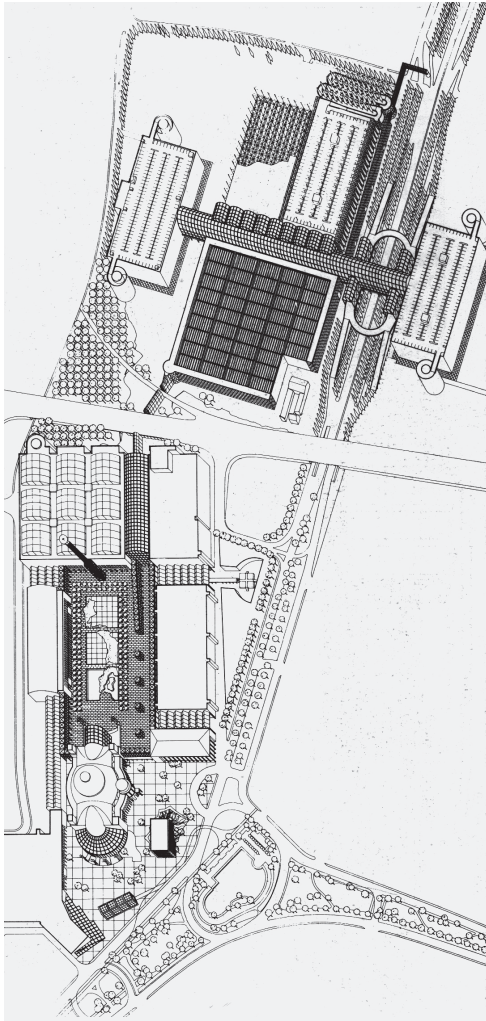


Abb. 3: O. M. Ungers: Messe Ostgelände, Gutachten 1980, Isometrie, aus: Jahrbuch für Architektur (s. A 3), S. 197.

sierungsmaßnahmen unter der Ägide von Horstmar Stauber als Geschäftsführer der Messe Frankfurt die größten Veränderungen, die bis heute nicht nur das Bild der Messe bestimmen, sondern prägend für die gesamte Stadtgestalt Frankfurts sind. Bereits in den Jahren 1979/80 hatte das Frankfurter Büro *Speerplan* im Auftrag der Messe- und Ausstellungsgesellschaft Frankfurt einen umfassenden Strukturplan für das Messegelände erarbeitet,³ der im Wesentlichen vorsah, zwei unabhängige Messebereiche östlich und westlich der hier verlaufenden, trennenden Bahnlinien zu entwickeln. Für die Realisierung des vorgesehenen Planungskonzeptes wurden in zwei Gutachterverfahren mehrere europäische und amerikanische Architekten zur Erarbeitung von Vorschlägen eingeladen. Infolgedessen entstand neben den Neubauten von Helmut Jahn und Oswald Mathias Ungers auch die 1982-1984 vom Münchener Architektenteam Groethuysen, Maurer, Otzmann und Wirsing errichtete Halle 4, die den zentralen Platz des Messegeländes mit einer breit gelagerten Glasfassade abschließt. Die 1909 fertiggestellte Festhalle als das alte Wahrzeichen der Messe wurde in diesem Zuge ebenfalls einer Renovierung unterzogen und 1986 wiedereröffnet.

Während aus dem Wettbewerb zur Neugestaltung des östlichen Messegeländes 1984 der Entwurf des heutigen Messeturms mit Eingangspavillon und Halle 1 hervorging, der vom Chicagoer Büro Mur-

3 Vgl. *Speerplan*, Vorschlag zur Neugestaltung des westlichen Messegeländes, in: Jahrbuch für Architektur, Das Neue Frankfurt 1, hrsg. vom Deutschen Architekturmuseum und Heinrich Klotz, Braunschweig 1984, S. 193-195.

phy/Jahn unter der Leitung von Helmut Jahn erarbeitet worden war, konnte Oswald Mathias Ungers den Gutachterwettbewerb, den die Messegesellschaft für die Planung des westlichen Messegeländes durchgeführt hatte, für sich entscheiden. In seiner 1980 vorgelegten Studie schlug der Architekt vor, das gesamte Messegelände wie eine Stadt in der Stadt zu entwickeln, die an verschiedenen Stellen besondere Anziehungspunkte ausbildet. Demzufolge sah er etwa im westlichen Bereich des Geländes einen glasgedeckten Passagenraum zwischen zwei Messehallen vor sowie eine „Agora“ als monumentale Platzanlage auf dem Ostgelände, die von einer großen Ausstellungshalle umgeben ist (Abb. 3). Ungers beabsichtigte mit dem Einsatz solcher urbaner Motive, „dem Messegelände eine unverwechselbare Identität [zu] geben und einzelne Erlebnisräume für die Besucher [zu] schaffen.“⁴ Im Zuge dieser städtebaulichen Studie erhielt Ungers den Auftrag zur Realisierung der Messehalle 9 und der sogenannten *Galleria*, die dem Architekten zufolge „das Eingangstor von Westen zur Innenstadt Frankfurt“ bilden sollten.⁵ Aus seinen Überlegungen zur Neuordnung des Messegeländes ging später auch das „Hochhaus am Gleisdreieck“ hervor, das heute als Torhaus bekannt ist und in jenem ersten Entwurf zur Neugestaltung des Messegeländes noch gar nicht vorgesehen war. Ungers entwickelte den für die Messegesellschaft vorgesehenen Büroturm erst später als Teil seiner Gesamtplanung, konnte den Bauherrn jedoch auch von diesem Entwurf überzeugen, sodass er direkt mit der Ausführung des Hochhauses beauftragt wurde.⁶

Das sogenannte Torhaus ist wie der einige Jahre später erbaute Messeturm bereits kurz nach seiner Fertigstellung im Jahr 1984 zu einem regelrechten Markenzeichen der Messe Frankfurt geworden. Über seine Funktion als Büroturm hinaus sollte es durch seine einprägsame Form bewusst als Tor zum Messegelände wahrgenommen werden.⁷

Die symbolhafte Wirkung als Tor wird dem von Ungers entworfenen Bau bis heute als das entscheidende Merkmal zugeordnet, das ihn nicht nur von anderen Hochhäusern der Stadt explizit unterscheidet, sondern auch als gelungenes Beispiel zeitgenössischer Hochhausarchitektur auszeichnet.⁸ Mit diesem Bauwerk habe Un-

4 O. M. Ungers, Planungsvorschlag für die Neuordnung des Messegeländes, in: *ebda.*, S. 195–212.

5 *Ebda.*, S. 196.

6 Vgl. P. Croset, Sockel Steinhaus Glashaus, in: O. M. Ungers, *Messehochhaus Frankfurt*, Zürich 1988, S. 1–8. Heinrich Klotz zufolge habe sich der damalige Messechef, Horstmar Stauber, derart von dem 1981 begonnenen Architekturmuseum „beeindrucken lassen“, dass Ungers direkt mit der Ausführung von Messehalle mit angrenzender *Galleria* und später mit dem Hochhaus im Zentrum des Messeareals beauftragt worden war. Vgl. H. Klotz, *Weitergegeben. Erinnerungen*, Köln 1999, S. 98.

7 Seiner ikonenhaften Gestalt widmete man 1985 sogar das Titelbild einer *MERIAN*-Ausgabe.

8 Architekturkritiker Dieter Bartetzko urteilte etwa: „Ungers' Bau war der erste Höhepunkt einer Serie von Hochhausneubauten, denen ein Gutteil des Wandels der Stadt von der häßlichsten zur attraktivsten Metropole der Bundesrepublik zugeschrieben wird. [...] Das Messehochhaus ist,

gers den Frankfurtern gezeigt, dass Bürotürme auch „attraktiv und unverwechselbar“ sein können.⁹ Vor dem Hintergrund dieser Deutung soll im Folgenden die Frage geklärt werden, was den Bau tatsächlich von den Hochhäusern der älteren Generation abhebt, welchen Beitrag die Postmoderne hinsichtlich des Hochhausbaus in Frankfurt leistet, und inwiefern für den Entwurf über die Funktion als Markenzeichen hinaus auch der Bezug zur Geschichte der Stadt Frankfurt, der bisher nur am Rande Erwähnung fand und für die Postmoderne doch von so großer Bedeutung ist, eine Rolle spielte.

Die Bauaufgabe sah zunächst vor, ein mit Büroflächen ausgestattetes Bauwerk zu errichten, das zur Überbauung des Gleisdreiecks an der Emser Brücke und als verbindendes Glied zwischen den beiden durch die Bahnlinie getrennten Geländeabschnitten der Messe dienen sollte. Der Bauplatz lag demnach an einer städtebaulich exponierten Stelle mitten im Zentrum der Frankfurter Messe, die einerseits den zentralen Schnittpunkt zwischen dem östlichen und westlichen Messeareal markiert, andererseits durch das markante dreieckige Grundstück zwischen den Eisenbahngleisen bereits vorgeprägt war. Dem Architekten zufolge lag es deshalb nahe, „an dieser Stelle an die Errichtung eines signifikanten und – wenn möglich – auch symbolhaften, zumindest jedoch thematisch bestimmbar Bauwerks zu denken“, das „den Sinn der Messe als internationalen Handelsplatzes [sic] nach außen demonstrieren“ sollte.¹⁰

Als Wahrzeichen für die Messe gedacht, musste Ungers für das geforderte Bürogebäude eine einprägsame Form finden, die über die Errichtung eines Hochhauses am geeignetsten zu realisieren schien. Das Torhaus erhebt sich dementsprechend als schlanke Hochhaus Scheibe über einem wuchtigen, sechsgeschossigen Sockelbauwerk, das den gesamten dreieckförmigen Raum zwischen den Gleisen einnimmt. An der Westseite nimmt der Sockelbau mit einer asymmetrisch geschwungenen Glasfassade die Richtung der Schienen auf. Der in die Höhe strebende Bau mit 30 Stockwerken gliedert sich in einen rechteckigen Baukörper aus rötlichen Betonwerksteinen sowie einen deutlich höheren, gläsernen Gebäudekern, der als schmale

gemessen an den Ansprüchen postmodernen Bauens, eines dessen gelungenster Bauwerke.“ Vgl. D. Bartetzko, „Frankfurth ist ein curiöser Ort“. Streifzüge durch städtische Szenerien und Architekturen, Frankfurt a. M. 1991, S. 52; Ungers' *Torhaus* habe sich Ulf Jonak zufolge „aufgrund seiner unverwechselbaren Zeichenhaftigkeit gegenüber den anderen Skyscraperstars behauptet und gilt unter Fachleuten unbestritten als beispielhaftes zeitgenössisches Hochhaus.“ Vgl. U. Jonak, *Die Frankfurter Skyline. Eine Stadt gerät aus den Fugen und gewinnt an Gestalt*, Frankfurt a. M. 1997, S. 116.

9 R. Hollenstein, *Frankfurter Skyline. Von „Frankfurt“ nach „Mainhattan“*, in: *Neue Züricher Zeitung*, 17.12.2014.

10 Ungers, zit. n. H. Klotz (Hrsg.), *O. M. Ungers. 1951-1984. Bauten und Projekte*, Braunschweig/Wiesbaden 1985, S. 248.

Scheibe aus dem steinernen Rechteck herauszuwachsen scheint. Um die eingeschobene Scheibe sichtbar zu machen, ist das Mauerwerk an beiden Schmalseiten eingeschnitten und öffnet sich an Vorder- und Rückseite im Mittelteil mit einem riesigen Quadrat, das über mehrere Stockwerke reicht. Die quadratische Öffnung lässt ein überdimensioniertes Fenster entstehen und erzeugt auf diese Weise die charakteristische Form eines Tores.

Mit der Steinfassade des Torhauses zitiert Ungers ein typisches Baumaterial des alten Frankfurt. So hat der Architekt den rötlichen Beton hier bewusst gewählt, um Assoziationen zum roten Mainsandstein der Umgebung herzustellen. Ein Großteil der historischen Frankfurter Bauten wie die als Kaiserdom bezeichnete Pfarrkirche St. Bartholomäus, die ehemaligen Bürgerhäuser und die Arkaden der Fachwerkhäuser bestand aus dem roten Sandstein, der auch bei der Festhalle aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem Messegelände Verwendung fand. Auch die von Ungers entworfene Halle 9 und der tragende Unterbau des Torhauses ist abgesehen von der Glasfassade an seiner konkav geschwungenen Seite mit Betonwerksteinen in der rötlichen Farbe jenes ortsüblichen Mainsandsteins verkleidet, der bis heute in Frankfurt – etwa bei der Gestaltung der Erdgeschoss-Fassaden in der „neuen“ Altstadt – Verwendung findet.

Das gesamte Gebäude beruht wie Ungers' Architekturmuseum am Frankfurter Schaumainkai nicht nur auf der typischen Haus-im-Haus-Konstruktion, die aus zwei ineinander gestellten Baukörpern besteht – in diesem Fall aus einem 117 Meter hohen, gläsernen Turm innerhalb einer Betonhülle –, sondern auch auf einem einheitlichen Raster, das ebenso die Halle 9 als Ordnungsmodul überzieht. So ist nicht nur die Fassade von regelmäßigen quadratischen Fensteröffnungen überzogen, auch im Inneren ist das Quadrat das prägende Gestaltungsmotiv. Im Inneren des Glaskörpers öffnet sich ein Innenhof diesen Zuschnitts, der sich über mehrere Geschosse erstreckt und einen hohen Lichtschacht entstehen lässt, der von geschossüberspannenden Brückenstegen gegliedert ist. Im Café auf der zweiten Ebene, einem nahezu komplett verspiegelten Raum, bedecken quadratische Marmorplatten den Boden, und ein würfelförmiger Brunnen markiert das Zentrum, während die Wände von Platten und Öffnungen sowie die Decke von Spiegeln bedeckt sind, die ebenfalls jener gestaltbestimmenden geometrischen Form entsprechen (Abb. 4). Das Quadrat, das für den Architekten eine geradezu metaphysisch aufgeladene Form darstellt, wie Ungers bereits im Deutschen Architekturmuseum eindrucksvoll demonstriert hat, wird auch in den Innenräumen seines Torhauses zu Lasten der Funktionalität eingesetzt. So ist der Empfangsraum im Stockwerk der Geschäftsführung ebenfalls mit dem für Ungers typischen Mobiliar ausgestattet, dessen charakteristische Form des Würfels mehr der Huldigung des Architekten an das Quadrat als der Bequemlichkeit dient. Im Äußeren verleiht die strenge geometri-



Abb. 4: Torhaus, Café Fontana;
Quelle: Ekkehard Mantel.

sche Symmetrie dem Bauwerk jedoch eine Ausgeglichenheit, die auch auf der durchdachten Balance zwischen Vertikalen und Horizontalen basiert, dem Gebäude jedoch nichts von seiner insbesondere durch die massive Sandsteinverkleidung hervorgerufenen Monumentalität nimmt.

Die monumentale Wirkung des Bauwerks ist dabei nicht nur seiner massigen Verkleidung mit sandsteinähnlichen Platten zu verdanken, sondern auch seiner formalen Anlehnung an ein monumentales Motiv der Architekturgeschichte, dem Stadttor bzw. dem Triumphbogen. Ungers hat das Torhaus bewusst als riesige Eingangspforte zur Stadt von Westen her konzipiert und ihm ein überdimensionales quadratisches Fenster in die Fassade eingeschrieben, das die Assoziation eines Stadttores hervorruft. Die Verschachtelung zweier Gebäude und die symbolische Verwendung zweier Materialien Stein und Glas, die einander durchdringen, lassen das Hochhaus wie ein Eingangstor erscheinen. Heute als Schaufenster des internationalen

Handelsplatzes und damit als dezidiertes Symbol der Messe verstanden und als solches selbstverständlich anerkannt, traf Ungers bei seinen Zeitgenossen angesichts einer solchen bildhaften Gestaltung hingegen auf Unverständnis.

Im November 1983 etwa, als sich das Torhaus noch in der Entwurfsphase befand, hatte Ungers seine Idee auf einer Architektenkonferenz in Charlottesville (USA) vorgestellt. Anstelle der später realisierten geschlossenen Fassade mit der durchgehenden Glasscheibe beabsichtigte Ungers anfangs, die große Öffnung in der Mitte auch durch den inneren Glasturm zu führen (Abb. 5). Dies veranlasste einige Teilnehmer der Konferenz wie die amerikanischen Architekten Jaquelin Robertson und Michael Graves, das von Ungers beabsichtigte „Tor“ zur „Guillotine“ zu degradieren.¹¹

¹¹ J. Robertson/S. Tigerman (Hrsg.), *Der Postmoderne Salon. Architekten über Architekten*, Basel

Die funktionslose Öffnung sowie die Verschränkung eines steinernen und eines gläsernen Baukörpers, aber auch die Ausmaße des Torhauses stießen bei dem Großteil der Architekten auf Ablehnung. Auf die Frage des New Yorker Architekten Robert Siegel, warum Ungers im Inneren eines Steingebäudes einen Glasbau gesetzt habe, versuchte Ungers dies zwar zunächst mit der entsprechenden Verteilung der Funktionen im Inneren des Gebäudes zu begründen,¹² doch musste er zugleich dem amerikanischen Architekten Stanley Tigerman Recht geben, der behauptete, dass es Ungers wohl „vor allem um ein ganz bestimmtes Image [ginge]: ein riesiges Fenster, ein Tor – auf jeden Fall um einen Hauch Surrealismus“.¹³

Die Aussage von Tigerman macht deutlich, dass nicht die Zweckmäßigkeit der Architektur entwurfsbestimmend war, sondern eindeutig ihr Symbolgehalt.

Das Torhaus erreicht durch seinen changierenden Charakter zwischen Tor und Turm eine erzählerische Kraft, die es nach der Definition des Kunsthistorikers Heinrich Klotz als dezidiert postmodernes Gebäude ausweist.¹⁴ Für Ungers resultiert der Torcharakter dabei aus der konkreten Beschäftigung mit dem Ort: „Das Gebäude ist ein Tor. Man kann es nicht stellen wohin man will. Es wurde konkret für diese Situation entworfen. [...]Mein Interesse galt einem bestimmten Thema an

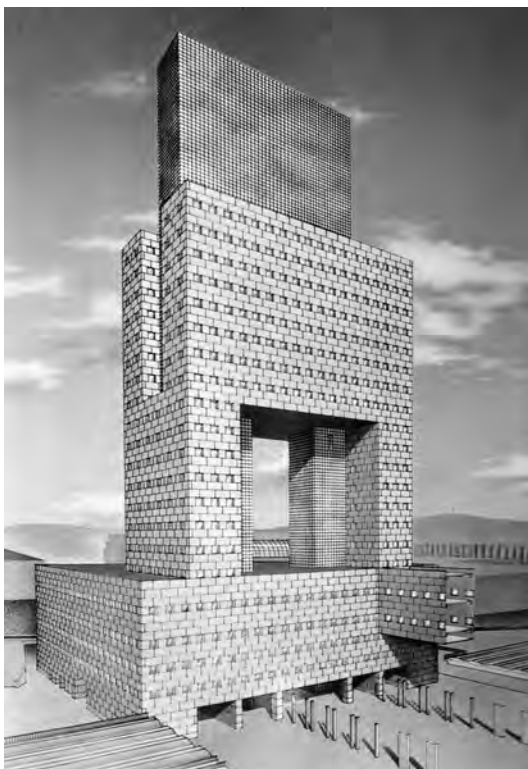


Abb. 5: O. M. Ungers: Torhaus, Entwurf 1983, aus: *O. M. Ungers, Architektur 1951-1990*, Stuttgart 1991, S. 151.

1991, S. 52.

12 „Weil sich im oberen Teil des Glaskörpers zahlreiche Konferenzräume und Büros befinden. Die unterschiedliche Verwendung der Materialien korrespondiert also unmittelbar mit der Funktion. Im unteren Teil des Gebäudes befinden sich ausgedehnte Ausstellungsräume.“ Ungers, zit. n. ebda., S. 54.

13 S. Tigerman, zit. n. ebda.

14 Vgl. H. Klotz, *Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960-1980*, Braunschweig/Wiesbaden 1984.

einem besonderen Standort.¹⁵ Ungers erhebt das einprägsame Bild der Messe als Tor und Fenster zur Welt zum Thema seines Gebäudes und zur tragenden Idee seiner Gestaltung, die geradezu als Werbezeichen der Messe in Erscheinung tritt. Mehr noch aber als eine symbolhafte Eingangspforte zur Messe bildet das Torhaus an diesem zentralen Standort inmitten zweier Bahnlinien ein verbindendes Scharnierstück zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil des Messegeländes, das hier eher als ‚inneres Tor‘ und als Durchgangsort, der mit seinem Café aber auch zum Verweilen einlädt, wahrgenommen wird.

Das Torhaus dient jedoch nicht nur als inneres Tor der Messe und zugleich als Eingang zum westlichen Messegelände, sondern bildet Ungers zufolge „gewissermaßen auch ein Eingangstor zur Stadt“¹⁶ selbst, auf die sich der Architekt explizit mit der zeichenhaften Gebäudeform des „Stadttore“ bezieht. Mit dem besonderen Standort spielt Ungers demnach nicht nur auf die Messe, sondern insbesondere auch auf die Stadt Frankfurt an. Als Symbol weist das Tor auf jenes mittelalterliche Frankfurt, das 1330 durch die von Kaiser Ludwig dem Bayern erstmals genehmigte Frühjahrsmesse einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte und zur bedeutenden Handels- und Messestadt aufstieg. Die Ausweitung der Messtätigkeit brachte zugleich eine Ausdehnung der Stadt nach Norden mit, die ab 1333 durch die Genehmigung des Kaisers neben der alten Staufenermauer einen weiteren Mauerring mit fünf Stadttoren erhielt. Den Stadttoren, deren Durchlässe mit einem Falltor verschlossen werden konnten, kam als eine Art Grenzübergangsstelle eine erhebliche Bedeutung für den Handel der Stadt zu. Neben ihrer militärischen Funktion als Teil der Befestigungsanlage besaßen sie den vornehmlichen Zweck, den Personen- und Güterverkehr in die und aus der Stadt zu regeln und zu kontrollieren. Stadttore wie das einst am südlichen Römerberg gelegene Fahrort dienten als Zollstelle, an der man für die Einführung von Waren bestimmte Abgaben entrichten musste, die während der Messe noch zusätzlich erhöht wurden.¹⁷ Das Stadttor, auf das Ungers’ Gebäude anspielt, ist demnach auch als Symbol für den Handel und die Marktrechte, die eine Stadt früher bekam, um Handel treiben zu können, zu verstehen und damit als direkter Verweis auf die Historie der Stadt Frankfurt selbst, die entscheidend zum Selbstverständnis der Stadt als älteste deutsche Messestadt beiträgt.

Ungers’ Torhaus beschwor jedoch – wie die Aussagen auf der Architektenkonferenz in Charlottesville 1982 beweisen – nicht nur das symbolträchtige Bild des Stadttore als Schwelle für den Handel herauf, sondern auch weniger mit positiven Merkmalen behaftete Assoziationen wie jene der „Guillotine“ oder der „Falltür“.

15 Ungers, zit. n. J. Robertson/S. Tiggerman (s. A 13), S. 55.

16 O. M. Ungers, Das ‚Torhaus‘, in: *Baumeister*, H. 7, 1985, S. 18.

17 Vgl. M. Rothmann, Die Frankfurter Messen im Mittelalter, Stuttgart 1998, S. 119.

Auch wenn die Assoziation der Guillotine von Ungers sicherlich nicht beabsichtigt war, so hat sie dem FAZ-Redakteur Matthias Alexander zufolge doch eine sinnfällige, tiefere Bedeutung. Hier werde nämlich „eine sieche Epoche der Architekturgeschichte beseitigt.“¹⁸ Und tatsächlich wird die Bedeutung von Ungers' Torhaus erst greifbar, wenn man die architektonische Gestaltung vor der Folie der 1960er und 1970er-Jahre-Architektur, ihrer Betonung von reiner Funktionalität und der bewussten Abkehr von dieser, betrachtet. Bereits 1985 stellte der Architekturkritiker Mathias Schreiber die Vermutung auf: „Der künstlerisch kühne Kraftakt im Gleisdreieck könnte durchaus Architekturgeschichte machen – als Rückkehr der neutralen Bürohülle zur erkennbaren Symbol-Form, als Abschied vom schieren Funktionieren.“¹⁹ Auch der ab 1979 in Frankfurt als Direktor des Deutschen Architekturmuseums tätige Kunsthistoriker und Publizist Heinrich Klotz war sich bereits vor der Realisierung des Torhauses sicher, dass, wenn dieser Entwurf realisiert werden würde, dann wäre „es das erste bedeutende Hochhaus in Frankfurt. Dann erst hätte die problematische Entwicklung des Frankfurter Hochhausbaus ein bedeutendes Resultat gezeitigt.“²⁰

Glaut man den Ausführungen des Architekturkritikers Pierre-Alain Croset, so wusste Ungers von Anfang an, „daß nur eine grundlegend neue, unverwechselbare Form eines Hochhauses, ein Gebäude, das sich deutlich von allen andern banalen Bauten dieses Typus in Frankfurt abhebt, die Bauherrschaft für seine Pläne gewinnen“ konnte.²¹ Es ging schließlich darum, eine klare Repräsentationsarchitektur zu schaffen, „dessen Werbefunktion den kommerziellen Erfolg des Unternehmens garantieren“ könne.²² Aus diesem Grund musste die Architektur nicht nur die Bedeutung der Messe symbolisieren, sondern sich auch deutlich von der bisherigen Architektur der Großbanken in Frankfurt abheben.

Doch was unterscheidet das Torhaus konkret von jenen Hochhäusern der Nachkriegsmoderne? Die Ausbildung als schlichtes Scheiben-Hochhaus ist schließlich zunächst eine Reminiszenz an die klassisch moderne Hochhausarchitektur, wie sie in den 1950er Jahren in New York mit Bauten wie dem *Lever House* oder dem *Seagram Building* mit sichtbarer Stahlskelettbauweise ihre markantesten Vertreter fand und später auch in ihrer lokalen Ausprägung in Frankfurt zur Entfaltung kam – insbesondere in der Zeit des Wirtschaftsbooms in den 1960er und 1970er Jahren,

18 M. Alexander, Quadratisch, unpraktisch, schön, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.09.2006.

19 M. Schreiber, Stadtor und Sturmvogel. Zwei neue Hochhäuser in Frankfurt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.1985.

20 H. Klotz, zit. n. Deutsches Architekturmuseum Frankfurt (Hrsg), Die Klotz-Tapes. Das Making-of der Postmoderne, ARCH+, Nr. 216, Berlin 2014, S. 175.

21 P. Croset (s. A 6), S. 4.

22 Ebda.



Abb. 6: Blick von der Hessischen Landesbank auf das FBC und das Selmi-Hochhaus;
Quelle: *Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, S7C Nr. 1998-365, Klaus Meier-Ude.*

als die Stadt mit dem Ausbau ihrer Hochhaus-Skyline begann. Bauten von Verwaltungen und Großbanken im Bahnhofs- und Bankenviertel wuchsen zunehmend als Spekulationsobjekte in den Himmel und ließen von den eleganten, amerikanischen Hochhaus scheiben meist nur noch reine Behälterarchitekturen ohne jegliche städtebauliche Einbindung übrig. 1972-75 entstand an der Mainzer Landstraße etwa das von Richard Heil entworfene Frankfurter Büro-Center (FBC) als nüchterner Stahlskelettbau und typisches Scheibenhochhaus (Abb. 6), das als exemplarisch für die Hochhausarchitektur der Nachkriegsmoderne gelten kann, bei den Bürgern der Stadt damals aber stark umstritten war²³ – ebenso wie das mit einer bronzefarbenen Aluminiumfassade ausgestattete City-Haus im Westend, das sich in Farbgebung und Form zweier gleich hoher Scheiben an Mies van der Rohes *Seagram Building* orientiert und 1971 als Selmi-Hochhaus bekannt geworden ist. Infolge seines in Brand geratenen Rohbaus im Jahr 1973 wurde es gar zum Sym-

²³ Vgl. P. Sturm/P. Schmal (Hrsg.), *Hochhausstadt Frankfurt. Bauten und Visionen seit 1945*, München 2014, S. 136.

bol der Stadtzerstörung. All diesen Bauten ist gemein, dass sie durch ihre rein auf Zweckmäßigkeit beruhende architektonische Gestaltung und die weitgehende Ignoranz der städtebaulichen Umgebung weder Ortsbezogenheit aufweisen noch Orientierung im Stadtraum bieten. In Missachtung amerikanischer Vorbilder konzipierte man die Frankfurter Hochhäuser meist als unzugängliche Solitäre, die weder einen erkennbaren Eingang aufwiesen noch die Möglichkeit zum Aufenthalt oder eines öffentlichen Durchgangs boten.²⁴

Die Verwendung der klassischen Hochhauscheibe bei Ungers kann vor diesem Hintergrund zunächst als Referenz an die internationale Hochhausgeschichte gelten, die ihm mit berühmten Vertretern wie dem *Seagram Building* als Vorbild für eine der Moderne verpflichteten Architektur dient. Zugleich weist Ungers' Turm in Form eines gläsernen Rechtecks dezidiert auf das moderne Frankfurt der der 1960er und 1970er Jahre, als Hochhäuser überwiegend negativ konnotiert waren und sie als Beispiele eines geschichtsvergessenen Städtebaus des sogenannten Bauwirtschaftsfunktionalismus angeführt wurden. Dennoch dienen sie Ungers als Bezugspunkt, um den Unterschied zu einer neuen, erzählerischen Architektur noch deutlicher vor Augen zu führen. Der rechteckige Baukörper aus rotem Betonwerkstein schließlich zitiert den typischen Mainsandstein des historischen Frankfurt des 19. Jahrhunderts. Die



Abb. 7: Frankfurt a. M.: Türme der Deutschen Bank, Ansicht von der Taunusanlage; Foto: L. Köhren, 2015.

24 Das ehem. BfG-Hochhaus (heute Eurotower) von 1977 kann hier als Ausnahme gesehen werden. Es stand erstmals für ein Hochhaus mit einer vermehrten Stadtqualität, nicht nur aufgrund seiner komplexeren Form, sondern auch wegen der Integration von Restaurant und Läden in den Sockel.

Betonwerksteinverkleidung lässt aber nicht nur an die steinernen Patrizierhäuser des alten Frankfurt denken, sondern erinnert mit seinem Fugennetz auch an die hohen Backsteinbauten eines Louis Sullivan, wie Architekturkritiker Dieter Bartzko anmerkte²⁵ – etwa an das 1891 entworfene *Wainwright Building* in St. Louis, das als Ikone der frühen Hochhausarchitektur gilt. Mit diesem Gebäude gelang es dem Amerikaner erstmals, die für den Hochhausbau revolutionäre Erfindung des Stahlskeletts durch eine geschossübergreifende vertikale Pfeilergliederung mit dem Ausdruck eines in die Höhe strebenden Hochhauses zu verbinden. Indem Ungers die gläserne Hochhausscheibe der 1970er Jahre mit der von Mies entwickelten gläsernen Stahlrasterfassade mit jenem „Steinhaus“ ummantelt, steigert er die Hochhausarchitektur der Nachkriegsmoderne nicht nur formal, indem er auf die Innovationen der frühen Moderne in Amerika rekurriert, sondern verleiht ihr eine zusätzliche bildhafte Dimension, die den Bau bewusst von einer austauschbaren Zweckarchitektur abheben möchte.

Der Dualismus von Stein und Glas, den Ungers bereits im Nebeneinander von steinerner Halle 9 und gläserner *Galleria* als bewussten Gegensatz vor Augen führt, verdeutlicht den Unterschied zwischen der alten Architektur der Vormoderne und der modernen Glasarchitektur, zwischen dem Frankfurt des 19. Jahrhunderts und dem modernen Frankfurt der Nachkriegsjahrzehnte. Zugleich kennzeichnen das Spiel mit der Materialität, das bewusst auf eine effektreiche Durchbildung eines im Grunde genommen streng geometrisch angelegten Baukörpers abzielt, und die Verwendung von gleichermaßen lokalen und internationalen Architekturzitaten das Bauwerk unweigerlich als postmoderne Architektur, die eine „ironisch gebrochene Distanz zum einstigen und zum eigenen Formenrepertoire“²⁶ einnimmt. Das Torhaus von Ungers beweist eindrucksvoll, dass Postmoderne nicht die Abkehr von der Moderne ist, sondern sich lediglich gegen das Dogma der Moderne, nämlich den Bezug zur Geschichte auszulöschen, wendet. Wie Ungers' Torhaus lässt die Postmoderne wieder Geschichtsbezüge zu und nimmt dabei gleichermaßen Bezug auf Errungenschaften der Moderne. Die Reminiszenz an die klassisch moderne Hochhausarchitektur bei Ungers sowie die gleichzeitig bewusste Abgrenzung von Frankfurter Hochhäusern der 1970er Jahre durch eine formal reichere Gestaltung, die nicht nur die frühen Hochhäuser Chicagos, sondern auch Elemente des historischen Frankfurts des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts aufgreift, legen Zeugnis ab von jenem postmodernen Gestaltungswillen.

Die ungefähr zeitgleich fertiggestellten Türme der Deutschen Bank (Abb. 7) weisen eine völlig andere Architektursprache auf, die einerseits noch der Hochhausar-

25 Vgl. D. Bartzko, *Architektur kontrovers*. Schauplatz Frankfurt, Frankfurt a. M. 1986, S. 285.

26 D. Bartzko (s. A. 8), S. 52.

chitektur der 1970er Jahre verpflichtet ist, andererseits bereits auf die Postmoderne der 1980er Jahre verweist und sich deutlich von der vereinfachenden, stereometrischen Architektur Mies van der Rohes unterscheidet. Die beiden prismenförmigen Hochhäuser erheben sich über einem breiten, fünfgeschossigen Sockel, der beinahe das gesamte Grundstück einnimmt. Die gegeneinander versetzten Türme mit der markanten silberblauen Spiegelglashülle wirken anders als die früheren Hochhaus-scheiben eher wie eine bewegte, „verspiegelte Bauskulptur“,²⁷ die ebenso wie das Torhaus der Messe bewusst als Imageträger dienen sollte.

Mit Hochhäusern wie den Türmen der Deutschen Bank oder der Bank für Gemeinwirtschaft war Mitte der 1970er Jahre in Frankfurt erstmals ein Wandel in der Gestaltung von Hochhäusern erkennbar, der sich nicht mehr am Internationalen Stil, wie ihn Mies van der Rohe geprägt hat, orientierte, sondern eigenständige Formen annahm und versuchte, über den Sockel auch Bezüge zum Stadtraum herzustellen. Mit dem Torhaus ging Ungers 1984 noch einen Schritt weiter, denn er machte eine vieldeutige Zeichenhaftigkeit und den Bezug zur Geschichte zum Thema der architektonischen Gestaltung. Die Architektur des Torhauses bezieht sich mittels der spezifischen formalen Gestaltung, der Verschränkung zweier Baukörper sowie der Kombination von Stein und Glas, die eine monumentale Öffnung entstehen lassen, sowohl auf die Geschichte und Entwicklung der Hochhausarchitektur als auch auf Frankfurt als traditionsreiche Messestadt seit dem Mittelalter, dessen Stadttore Ungers als unmittelbares, symbolhaftes Vorbild für die Gebäudeform dienen und deren Torwirkung er gleichermaßen zu einem dezidierten Zeichen für einen der wichtigsten Handelsplätze erhebt.

Der Frankfurter Messe hat Ungers mit seinem Torhaus ein regelrechtes Merkzeichen gesetzt, das einerseits als Abbild der Messe dient, die sich als „Tor zur Welt“ verstanden wissen möchte, andererseits die (architektonische) Vergewisserung für die eigene städtische Identität wie auch für die Außenwirkung schafft, dass Frankfurt als älteste deutsche Messestadt einen bedeutenden historischen Wert besitzt, über den sich die Wirtschaftsstadt sehr stark definiert. Vor diesem Hintergrund nimmt man das Torhaus als entscheidendes Identifikationsobjekt wahr, das aus der Stadtlandschaft nicht mehr wegzudenken ist und das ebenso wie der von Helmut Jahn entworfene Messeturm einen erheblichen Anteil daran hatte, dass das Ansehen der Bürotürme in Frankfurt gestiegen und aus einem unübersichtlichen Gelände mit funktionalen Flachbauten am Rande der Innenstadt ein stadträumlich und architektonisch qualitätvolles Areal entstanden ist. Den eher tristen Fassaden der älteren Hochhausgeneration setzte der Architekt ein Spiel mit geometrischen Elementen

27 P. Sturm/P. Schmal (s. A 23), S. 123.

und mit unterschiedlichen Materialien entgegen, ebenso wie die Verwendung klassischer Formen von Repräsentationsarchitektur, die anhand des monumentalen Triumphtor-Symbols in Erscheinung tritt. Mehr noch als mit dem Architekturmuseum hat Ungers hier demnach zum Wandel des Stadtbildes beigetragen, als unter Horstmar Stauber im Rahmen der Umgestaltung des Messegeländes gleichermaßen ein Imagewechsel vollzogen wurde, den bereits Oberbürgermeister Walter Wallmann Ende der 1970er Jahre für die gesamte Stadtgestalt umfassend eingeleitet hatte. Anhaltende Modernisierungen und Erweiterungen der Messe zeugen auch heute noch von der besonderen Stellung einer innovativen Architektur, die zwar nichts von ihrer Qualität eingebüßt hat, doch kaum noch etwas von der starken Symbolhaftigkeit und dem Geschichtsbezug der beiden postmodernen Hochhaustürme von Ungers und Jahn erkennen lässt.

Konflikte um den Abriss historischer Kirchen

Auseinandersetzungen in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz am Beispiel der Städte Leipzig und Bremen (1950-1968)¹

1. Einführung

Die Feststellung, dass es während der vierzigjährigen Herrschaft der SED zu zahlreichen Kirchenabrissen in den ostdeutschen Städten kam, ist weder eine Überraschung noch eine Neuigkeit. 2018 jährte sich zum fünfzigsten Mal die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig. Das aus dem 13. Jahrhundert stammende Bauwerk musste dem Neubau der Universität Leipzig weichen und stellte aufgrund seiner Kriegsunversehrtheit und der ab 1960 entstandenen großen Protestwelle innerhalb der Leipziger Bevölkerung gegen die Sprengung den wohl spektakulärsten Fall eines Kirchenabrisses in der DDR dar.²

Von der geschichtswissenschaftlichen Forschung vernachlässigt ist jedoch der Umstand, dass es in den Jahrzehnten des Wiederaufbaus auch in Westdeutschland zum Abriss von Kirchen kam, um Platz für moderne Einrichtungen zu schaffen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel stellt hier die Stadt Bremen dar. 1959 wurde – nach einem jahrelangen emotionalen Konflikt zwischen Stadt, Kirche und Zivilgesellschaft – die aus dem 13. Jahrhundert stammende und vom Krieg schwer beschädigte St. Ansgarikirche³ in der Bremer Innenstadt zugunsten des Baus eines Hertie-Warenhauses abgerissen. Die Kirchengemeinde zog einen Neubau der Kirche außerhalb der Innenstadt dem Wiederaufbau ihrer Traditionsstätte vor.⁴

1 Der Beitrag beruht in weiten Teilen auf meiner Masterarbeit „Moderne Stadt und alte Kirchen. Konflikte um historische Kirchenbauten in Leipzig und Bremen nach 1949“, eingereicht 2018 an der Universität zu Köln.

2 Es ist der einzige Fall eines Abrisses einer intakten und vielgenutzten Kirche auf dem Territorium der DDR. Ausführlich zum Abriss der Universitätskirche: A. Demshuk, *Demolition on Karl Marx Square: Cultural Barbarism and the People's State in 1968*, New York 2017; C. Winter, *Gewalt gegen Geschichte. Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche Leipzig*, Leipzig 1998; K. Löffler, *Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig*, Leipzig 1993.

3 Vereinzelt auch als Ansharikirche bezeichnet.

4 Ausführlich zur historischen Bedeutung der Kirche und zur Abrissgeschichte: I. J. Bauer, *Abschluss mit der Vergangenheit: Die Konflikte um den Abriss der Kirchenruinen von St. Ansgarii und St. Wilhadi in Bremen (1946-1964)*, in: *Bremisches Jahrbuch 98 (2019)*, (im Erscheinen).



Abb. 1: Federzeichnung der St. Ansgarii Kirche in Bremen um das Jahr 1839; Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:St._Ansgarii_church_-_Bremen_-_1839.jpg [17.06.2019]



Abb. 2: Die Universitätskirche in Leipzig 1968 kurz vor der Sprengung im Jahre 1968; Quelle: *Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.*

Für die Städte Leipzig und Bremen waren diese beiden Kirchenabrissse keine Einzelfälle.⁵

Im vorliegenden Beitrag soll weder die historische Bedeutung der beiden Kirchen noch ihre Abrissgeschichte im Vordergrund stehen. Vielmehr wird der Versuch unternommen, den Abriss von historischen Kirchen als ein gesamtdeutsches Phänomen der Nachkriegszeit zu charakterisieren. Der Fokus des Beitrags liegt auf der politischen Dimension der Konflikte um den Abriss der beiden Kirchen. Diese wird erfahrbar, wenn man sich vor Augen führt, dass die Kirchen zugunsten zweier moderner Gebäude abgerissen wurden, die als Manifestation des Modernitätsverständnisses des jeweiligen politischen Systems in den beiden Stadträumen gelesen werden können. Außerdem spielte politische Kritik sowie das jeweils eigene und das jeweils andere politische System auch in den Argumenten der Kritiker und Befürworter der Abrissse eine wichtige Rolle.

5 Weitere Fälle in Leipzig vgl. *H. v. Preuschen*, *Der Griff nach den Kirchen. Ideologischer und denkmalpflegerischer Umgang mit kriegszerstörten Kirchenbauten in der DDR*, Worms 2011, S. 130-135; weitere Fälle in Bremen vgl. *H. Beseler/N. Gutschow*, *Kriegsschicksale deutscher Architektur. Verluste – Schäden – Wiederaufbau. Eine Dokumentation für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland* (1), Neumünster 1988, S. 113-115 f; *E. Syring*, *Bremen und seine Bauten. 1950-1979*, Bremen 2014, S. 104, 248; *Weser Kurier* 01.05.1957.

2. Die Sozialistische Universität als bauliches Symbol eines politischen Modernitätskonzepts

Inwiefern kann der ab 1968 erstellte Neubau der Universität Leipzig, die 1953 in Karl-Marx-Universität (KMU) umbenannt worden war,⁶ als bauliches Symbol eines politischen Modernitätskonzepts bezeichnet werden? Die 1960er Jahre standen in der DDR unter dem staatlich verordneten Motto der „wissenschaftlich-technischen Revolution“. Wissenschaftliche Erfolge, u. a. auf dem Gebiet der Raumfahrt, führten im gesamten sowjetischen Einflussgebiet zu einer euphorischen und zukunfts zugewandten Grundstimmung. In ihnen sah man einerseits ein Mittel, den kapitalistischen Feind, im Sinne des Wettstreits der Systeme, zu besiegen und damit die eigene Ideologie – nach der der Sozialismus das modernere System war – bestätigt zu sehen. Andererseits sollten diese Erkenntnisse auch zu einer allgemeineren Verbesserung der Lebensbedingungen und in die verheißungsvolle kommunistische Zukunft führen.⁷

Diese Vorstellungen hatten auch Auswirkungen auf das Bauwesen. Spätestens ab den 1960er Jahren stand fest: Sozialistisches Bauen ist Bauen auf dem „wissenschaftlich-technischen Höchststand“.⁸ Die Anforderungen an die Umsetzung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ bestanden jedoch vor allem in der angestrebten Förderung der Wissenschaften. In diesen Kontext ist die sogenannte dritte Hochschulreform der DDR einzuordnen, die durch eine Verkürzung der Studienzeit und den Fokus auf die Naturwissenschaften, vor allem auf die wirtschaftliche Nutzbarkeit des Studiums und der weiteren ideologischen Durchdringung der Universitäten abzielte.⁹ Durch den Neubau der KMU, der ganz im Sinne der Hochschulreform gestaltet werden sollte, konnte man diese Aspekte miteinander vereinen. Auch der Standort am zentralen Karl-Marx-Platz, als dem politischen Zentrum Leipzigs, sollte Ausdruck des Sozialismus sein: Während das kapitalistische Stadtzentrum als Manifestation der Macht der Konzerne wahrgenommen wurde, so sollte das sozialistische Stadtzentrum durch Bauten wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen gekennzeichnet sein. Dass das Universitätsgebäude in

6 *Universitätsarchiv Leipzig (UAL)*, G. Meyer, Rektor, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, 13.02.1953, R. 156 a Bl. 1.

7 S. Wollé, *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971*, Bonn 2011, S. 153-157, 314-317.

8 *Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SächStAL)*, Staatliche Plankommission, Realisierung der komplexen Gestaltung der Westseite des Karl-Marx-Platzes der Stadt Leipzig, 06.04.1964, 21123 Nr. IV/A/2/6/262; *UAL*, Auszug aus dem Beschluß Nr. 121/68 der Stadtverordnetenversammlung Leipzig vom 23.05.1968 zum weiteren Aufbau des Stadtzentrums, R. 0199 Bl. 16.

9 H. Laitko, *Umstrukturierung statt Neugründung: Die dritte Hochschulreform der DDR*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 21 (1998), S. 144 f., 148, 151 f.



Abb. 3: Leipzig, Karl-Marx-Platz; Neues Universitätshochhaus 1982; Quelle: www.commonswiki.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-1982-0905-103.

dieser Reihe einzuordnen war, lag auf der Hand. Außerdem wollte man sich auch hier dezidiert von der zu dieser Zeit im Westen etablierten Praxis des Bauens von Universitäten am Stadtrand abgrenzen.¹⁰

Dem hier skizzierten Wissenschaftsbild und dem damit verbundenen Fortschrittsglauben war jedoch ein aggressiver Atheismus inhärent. Als Juri Gagarin 1961 aus dem Weltall zurückkam und verkündete, er habe im Himmel keinen Gott gesehen, wurde das in den sozialistischen Ländern als der endgültige Beweis der Inexistenz Gottes gefeiert. In den Schulen und in der Erwachsenenbildung wurden Wissenschaft und Religion als Antagonisten aufgefasst und gelehrt. Religion wurde mit der Vergangenheit (mit dem überkommenen System des Kapitalismus) und Wissenschaft mit der Zukunft gleichgesetzt. Vor allem das Hochhaus der Universität Leipzig wurde als baulicher Ausdruck eben dieses Modernitätsverständnisses errichtet und sollte das Aufwärtstreben in der Geschichte symbolisieren und den Stadtraum dominieren. Ein großer Anhänger dieser Auffassung war auch Paul

¹⁰ UAL, Argumentation zur endgültigen Gestaltung des Karl-Marx-Platzes. Auszug aus der Rede des Oberbürgermeisters W. Kresse, 15. Tagung der Stadtverordnetenversammlung, 23.05.1968, R. 0199 Bl. 20; *Stadtarchiv Leipzig (StadtAL)*, Studienarbeiten zur Theoretischen Konferenz 1960. Die Entwicklung des Stadtzentrums im Städtebau des Kapitalismus, StVuR Nr. 8824 Bl. 147; Grundsätze des Städtebaus. Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 25. Juli 1950 beschlossen, in: *Deutsche Bauakademie* (Hrsg.), Handbuch für Architekten, Berlin 1954, S. 102; P. Fröhlich, Leipzigs Traditionen und Gegenwart verpflichtet zu Leistungen, die vor der Zukunft bestehen, in: *Leipziger Volkszeitung*, 25.05.1968, S. 3.

Fröhlich, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, der als wichtigster Befürworter des Neubaus der Universität und der Sprengung der Universitätskirche gilt. Den Gegnern der Vernichtung der Kirche unterstellte man per se, zu den reaktionären kirchlichen Kräften zu gehören, die konspirativ auf die Wiedereinführung des Kapitalismus hinwirkten. Sie wurden somit als politische Feinde wahrgenommen, mit denen man – bis auf wenige Ausnahmen – nicht in den Dialog trat.¹¹

Diese Interpretation, dass es sich beim Neubau der KMU um ein bauliches Symbol des Wissenschaftsverständnisses der DDR der 1960er Jahre handelte, verdeutlichen die Zeilen einer Vertreterin des Kulturbundes, die sich anlässlich des Neubaubeschlusses im Mai 1968 im SED-Organ Leipziger Volkszeitung zum Neubauprojekt äußerte: „Universitäten, das waren im 12. Jahrhundert ursprünglich Domschulen, auf denen Priester ausgebildet wurden. Jahrhunderte später, als die Wissenschaft zum markanten Faktor wurde und man gebildete Laien brauchte, wandelte sich das Gesicht der Alma mater. Aus ihr wurde mehr und mehr eine weltliche Bildungsstätte. Heute erleben wir den Vollendungsakt jener Metamorphose, die vor 400 Jahren eingeleitet wurde.“¹² In der Sprengung der alten Universität mit Kirche und dem Bau einer modernen Universität ohne Kirche sah man also einen der historischen Entwicklung folgenden symbolischen Akt. Die Kultursoziologin Monika Wohlrab-Sahr sieht in diesem propagandistisch verbreiteten Wissenschaftsbild eine Voraussetzung für die weitgehende Entkirchlichung des ostdeutschen Raums.¹³

3. Das westdeutsche Warenhaus als bauliches Symbol eines politischen Modernitätskonzepts

Dass es zum Bau eines Warenhauses auf dem Gelände einer mittelalterlichen Kirche in der Bremer Innenstadt kam, kann als Folge der Etablierung der westlichen Marktwirtschaft gelesen werden. Der Konzern Hertie setzte sich in dem langjährigen Konflikt mit seinen Interessen durch. Alle von den Abrissgegnern in die Diskussion eingebrachten alternativen Nutzungskonzepte mit Erhaltung der Ruine

11 S. Wollé (s. A 7), S. 102-106; M. Wohlrab-Sahr, Erfolg und Folgen verwissenschaftlichter Religionskritik. Das Experiment DDR und die Spannungen der Moderne, in: U. Barth (Hrsg.), Aufgeklärte Religion und ihre Probleme. Schleiermacher, Troeltsch, Tillich, Berlin 2013, S. 54 f.; UAL, Vorlage für den Rat der Stadt, Politisch-ideologische Konzeption der künstlerischen Gestaltung des Karl-Marx-Platzes, 08.01.1969, R. 0199 Bl. 59; Leipziger Volkszeitung, Religion vertritt die Belange der Ausbeuter. Genosse Paul Fröhlich sprach vor den Arbeitern von VTA über „Arbeiterklasse und Religion“, 30.12.1955, S. 4.

12 T. Richter, Ausdruck unserer neuen Gesellschaftsordnung, in: Leipziger Volkszeitung, 25.05.1968, S. 3.

13 M. Wohlrab-Sahr (s. A 11), S. 48.



Abb. 4: Die St. Ansgarii-Ruine kurz vor ihrem Abriss Ende der 1950er, Foto: Karl Edmund Schmidt, Quelle: *Staatsarchiv Bremen* 10,B-1960-102.

scheiterten letztlich am Geld. Dies verdeutlicht den großen Einfluss der Wirtschaft auf den westdeutschen Wiederaufbau, der von Stadtplanern – auch in Bremen – kritisiert wurde.¹⁴

In einer erweiterten historischen Perspektive erscheint das „moderne Warenhaus“¹⁵ – wie es in den Quellen genannt wird – jedoch auch als ein bauliches Symbol eines politischen Modernitätskonzepts, doch inwiefern? Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhardt bezeichnete schon am 14. März 1951 die freie Konsumwahl als eines der „wesentlichen demokratischen Grundrechte“.¹⁶ Demokratisch war der Konsum vor allem durch seinen inklusiven Charakter, der sich insbesondere in Erhardts berühmter Parole „Wohlstand für alle“ aus dem Jahr 1957 ausdrückte. Das demokratische System fand in der postdiktatorischen Gesellschaft Westdeutschlands anfangs wenig Zustimmung oder Begeisterung. Die Mehrheit der Westdeutschen zeigte kaum Interesse an Politik, die Konsumfreiheit hingegen – als demokratisches Grundrecht – stieß auf breite Zustimmung und führte auch zur Diskreditierung des Sozialismus als mögliche politische Alternative. Die Histori-

14 F. Rosenberg, *Vom Wiederaufbau und von der Stadterweiterung in Bremen in den Jahren 1949-1970*. Ein subjektiver Bericht verfasst 1981, Bremen 1981, S. 125.

15 Bremer Nachrichten, Ansgarii-Grundstück bleibt unbebaut. Senat billigte Bebauungsplan – Wird die Stadt das Grundstück kaufen?, 05.10.1955; *Staatsarchiv Bremen (StAB)* 4,111/8-1153.

16 A. Andersen, *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute*, Frankfurt a. M. 1997, S. 15.



Abb. 5: Das Warenhaus Hertie während des Sommerschlussverkaufs im Jahr 1977, Foto: Junker, Quelle: *Staatsarchiv Bremen* 10,B-1977-102.

kerin Andrea Westermann spricht daher von einem „konsumvermittelten Demokratiebegriff“ und definiert das politische System der jungen Bundesrepublik als „Verbraucherdemokratie“,¹⁷ für die die Dauererwartung eines Anstiegs der Prosperität und damit eine Einpassung in die Zukunftsorientierung der Moderne charakteristisch war. Dem Wohlstandsversprechen war im Sinne der „sozialen Marktwirtschaft“ auch das Prinzip der sozialen Sicherheit inhärent, zum Beispiel in Form der 1957 erfolgten Rentenreform. Die rasch wachsende Prosperität führte – so der Historiker Arne Andersen – zu einem „klassenübergreifenden Grundkonsens in der bundesdeutschen Gesellschaft“.¹⁸ Aus dieser Erfahrung resultierte neben einer Stabilisierung des neuen politischen Systems auch eine veränderte Wahrnehmung der Zeit: Sah man unmittelbar nach dem Krieg noch weitestgehend pessimistisch in die Zukunft, führten der erlebte Anstieg des Wohlstands und die Erfahrung der Sicherheit zu einem überwiegend optimistischen Blick nach vorne.¹⁹

Inwiefern kann man das 1960 eröffnete Hertie-Warenhaus als einen baulichen Ausdruck dieses politischen Konzepts deuten? Schon 1948 äußerte sich der spätere

17 A. Westermann, *Plastik und politische Kultur in Westdeutschland*, Zürich 2007, S. 9, 10.

18 A. Andersen (s. A 16), S. 17.

19 A. Schildt, *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre*, in: W. Faulstich (Hrsg.), *Die Kultur der fünfziger Jahre*, München 2007, S. 19; C. Kleinschmidt, *Konsumgesellschaft*, Göttingen 2008, S. 137; A. Westermann, *Plastik und politische Kultur in Westdeutschland*, Zürich 2007, S. 9 f., 12.

Senator Jules Eberhard Noltenius (CDU), der den Abriss der Kirchenruine zugunsten des Warenhauses allerdings kritisch sah, dahingehend, dass der Wiederaufbau der Innenstadt nur dann gelingen könne, wenn sie zu einem „Einkaufszentrum“ werde. Die Interessen des Einzelhandels seien letztlich die Interessen aller, „denn schließlich ist jedermann auch, oder richtiger: in erster Linie Konsument.“²⁰ Nach anfänglichen Bedenken der Stadtplanungsbehörde wegen einer befürchteten Zunahme des innerstädtischen Verkehrs empfand man ab Mitte der 1950er Jahre das Areal um die Ruine der Ansgariikirche als besonders geeignet für die Ansiedlung von Warenhäusern.²¹ In der Sitzung des Senats, die zur Aufhebung des Denkmalschutzes über die Ansgariikirche führte und damit den Weg zum Bau des Warenhauses ebnete, bezog der Senator für die Wirtschaft Hermann Wolters (SPD) Stellung für die Ansiedlung Herties, da so die „mangelhaften Wettbewerbsverhältnisse“ verbessert und die „Attraktion des Einkaufes für die Bevölkerung der umliegenden Landgebiete vergrößert [sic!]“ werde.²² Die SPD-nahe Bremer Bürgerzeitung, die sich seit 1955 für einen Abriss der Ruine aussprach, begrüßte die Ansiedlung Herties mit den Worten: „Vom Verbraucher-Standpunkt gesehen, kann ein neues Warenhaus niemals unwillkommen sein.“²³

Die hier geschilderten Beispiele aus dem untersuchten Quellenmaterial verdeutlichen die Nähe zwischen der Debatte um die Ansiedlung des Warenhauses am Ort der ehemaligen Ansgariikirche und dem oben geschilderten politischen Modernitätskonzept der jungen Bundesrepublik. Die Städte mussten den Erfordernissen des Konsums gerecht werden, um nicht an Attraktivität zu verlieren.

Die 1960 eröffnete Hertie-Filiale verdeutlichte den Anspruch eines „modernen Warenhauses“ auch äußerlich durch eine konsequent moderne Architektur – mit den Materialien Stahl, Beton und Glas – selbstbewusst im Stadtraum. Bald nach der Ansiedlung Herties folgten weitere Warenhäuser in der unmittelbaren Nähe. Die Bremer Innenstadt vollzog damit in den 1950er und 1960er Jahren eine Metamorphose hin zu einem „Einkaufparadies der Massen-Konsumenten“.²⁴ Daher ist der Einschätzung des Historikers Georg Wagner-Kyora beizupflichten, bei der Umge-

20 J.E. Noltenius, Über den Wiederaufbau der bremischen Innenstadt. Wirtschaftlicher Lagebericht, in: Der Wiederaufbau. Mitteilungsblatt des Vereins „Wiederaufbau-Gemeinschaften Stadtmitte Bremen“ 2 (1948), S. 2 f.

21 F. Rosenberg (s. A 13), S. 92 f.

22 StAB, Auszug aus dem Senatsprotokoll, 01.07.1958, 4,111/8-1153.

23 Warenhauskonzern bietet 1,7 Millionen DM. Angebot befristet bis 31.12.1955. Schicksal des Ansgari-Platzes wird spruchreif – „Stadt kann sich den Ankauf nicht leisten“, in: Bremer Bürgerzeitung, 17.12.1955; StAB, 7, 111-35.

24 G. Wagner-Kyora, Die neue City in der kriegszerstörten Altstadt: Das „Wiederaufbau“-Image Bremens (1946-1964), in: D. Münkel/L. Seegers (Hrsg.), Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt a. M. 2008, S. 314.

staltung der Bremer Altstadt zur „Neubau-City“ handle es sich um die Schaffung eines „durch den Konsum geöffneten, demokratisierten Erlebnisraum[s]“. ²⁵ Die Ansgariiruine war letztlich ein Opfer dieses Wandels. ²⁶

Diese Entwicklung hatte jedoch auf Bundesebene noch eine weitere Komponente: In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre stieg in Westdeutschland die Zahl der Kircheng Austritte stark an. In der historischen Forschung wird die Ursache hierfür in Modernisierungsprozessen innerhalb der Gesellschaft gesehen – im sogenannten Wertewandel, aber auch im wirtschaftlichen Aufschwung der 1950er Jahre. Durch die ökonomische Sicherheit, den Wohlstand und den Ausbau der Konsum- und Unterhaltungsindustrie schwand die Attraktivität der Teilnahme an religiösen Veranstaltungen. Man orientierte sich zunehmend an materiellen Lebenszielen. ²⁷

Bezieht man diese Erkenntnisse in die Betrachtung des Konflikts um die Erhaltung der Ansgariiruine ein, so erhält der Abriss der Kirche zugunsten eines Warenhauses geradezu symbolischen Charakter. Überspitzt kann man formulieren: Der Konsum als moderner Lebensstil trat an die Stelle der Religion.

4. Die Konflikte um den Abriss der Kirchen als Forum der Kritik an den neuen politischen Systemen

In erster Linie waren die Konflikte um den Abriss der Kirchen in Leipzig und Bremen Aushandlungsprozesse von Modernitäts- und Traditionsvorstellungen in den jeweiligen Stadtgesellschaften. Die Kritiker der Kirchenabriss setzten sich sowohl in Leipzig als auch in Bremen überwiegend aus Angehörigen des Bildungsbürgertums zusammen, der christliche Hintergrund trat bei vielen untersuchten Eingaben deutlich hervor. In beiden Städten wurde das durch die Neubauten auf den Kirchengrundstücken symbolisierte Modernitätsverständnis von den Abrissgegnern nicht geteilt. Diese argumentierten stattdessen, man müsse das kulturelle Erbe für kommende Generationen erhalten. Traditionelle Themen wie die

²⁵ Ebda., S. 316.

²⁶ Ebda., S. 314, 316; G. Wagner-Kyora, Wiederaufbaustädte der Bundesrepublik im Vergleich 1950-1990, in: G. Wagner-Kyora (Hrsg.), Wiederaufbau europäischer Städte. Rekonstruktionen, die Moderne und die lokale Identitätspolitik seit 1945, Stuttgart 2014, S. 113.

²⁷ D. Pollack, Religiöser und gesellschaftlicher Wandel in den 1960er Jahren, in: C. Lepp/H. Oelke/D. Pollack (Hrsg.), Religion und Lebensführung im Umbruch der langen 1960er Jahre, Göttingen 2016, S. 52-57; W. Faulstich, „Der Teufel und der liebe Gott“. Zur Bedeutung von Philosophie, Religion und Kirche im zeitgenössischen Wertesystem, in: W. Faulstich (Hrsg.), Die Kultur der fünfziger Jahre, München 2007, S. 26, 32; A. Schmidt-Gernig, „Futurologie“ – Zukunftsforschung und ihre Kritiker in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: H.-G. Haupt/J. Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Göttingen 2004, S. 127.

historische und kunsthistorische Bedeutung der Bauwerke, ihre ästhetische Wirkung im Stadtraum sowie religiöse und heimatliche Gefühle wurden von diesen Personen als Argumentation für den Erhalt der Kirchen herangeführt. In Bremen wurde u. a. angeregt, man könne die Ruine der Ansgariikirche zu einer Gedenkstätte für die Toten des Zweiten Weltkriegs gestalten.²⁸ All diese Themen beinhalten den Grundgedanken der Bewahrung von Werten der Vergangenheit, die als relevant für die Zukunft angesehen wurden, und standen damit in einem traditionsverpflichteten Weltverständnis. Die Auseinandersetzungen gerieten aber auch zu einem Forum der Kritik an den neugeschaffenen politischen Systemen.

So sprachen die Abrissgegner in Leipzig offen politische Missstände in der sozialistischen Diktatur an und riskierten damit, Repressalien ausgesetzt zu werden. Das Thema der fehlenden Demokratie spielte sowohl in den mehreren hundert Eingaben an sämtliche Stellen der DDR als auch in den von der SED festgehaltenen Diskussionen der Abrissgegner eine außerordentliche Rolle. Mehrfach wurde betont, der Abriss würde gegen den Willen der Mehrheit der Leipziger Bevölkerung geschehen, und gefordert, man möge doch eine Volksbefragung oder zumindest eine öffentliche Diskussion durchführen. Konkret wurden die fehlende Transparenz der Entscheidungsfindung und der fehlende Dialog mit der Bevölkerung sowie die bewusste Täuschung ebendieser beanstandet.²⁹ In den letzten Briefen und Diskussionen wurde auch offen das Vorgehen der Volkspolizei gegen die friedlichen Demonstranten kritisiert, die sich in den letzten Tagen vor der Sprengung im Mai 1968 vor der Kirche eingefunden hatten. Verweise auf den sogenannten Prager Frühling und den Wunsch nach einem „dritten Weg“ blieben, trotz Befürchtungen

28 Zu Leipzig: *StadtAL*, Stellungnahme zur Bauausstellung im Herbst 1960; anonymer Brief an die Leipziger Volkszeitung, 30.10.1960, StVuR 8824, Bl. 100f. und 115; *UAL*, Brief eines Theologiestudenten an den Rektor der KMU, 19.05.1968, R. 0191a Bl. 109; zu Bremen: „Schwerwiegendes Ereignis für Bremen“. Sechs Verbände beziehen Stellung gegen geplanten Abbruch von St. Ansgarii, in: *Weser Kurier*, 11.07.1958; *R. Stein*, Abschied von Alt-St. Ansgarii, in: *Bremisches Jahrbuch* 46 (1959), S. VII; *O. C. Carlsson*, Wir stellen zur Debatte: Ansgari-Ruine – Gedenkstätte des Friedens, in: *Bremer Volkszeitung*, 23.04.1956; *F. Prüser*, St. Ansgarii, der schönste Turm Bremens, in: *Der Wiederaufbau. Mitteilungsblatt bremischer Aufbau-Organisationen* 15 (1961), S. 14.

29 *StadtAL*, Einschätzung der Diskussion in der Bauausstellung am 04.11.1960 und den Nachmittagsstunden des 03.11.1960, StVuR 8824 Bl. 154; *SächStAL*, Protestbrief an den Oberbürgermeister Leipzigs und den Rektor der KMU, 25.05.1968, 21132 Nr. IV/B/4/14/098; *SächStAL*, Protestbrief an P. Fröhlich, 18.05.1968, 21123 Nr. IV/B/2/6/409; *SächStAL*, Aktennotiz, 06.12.1963, 21123 Nr. IV/A/2/14/423, Bl. 270; *SächStAL*, Eingabe an den Staatsrat der DDR, 13.06.1968 und Information über den Stand der Verwirklichung des Beschlusses der 15. Tagung der Stadtverordnetenversammlung, 24.05.1968, 21123 Nr. IV/B/2/6/409; *SächStAL*, Abschriften von Antworten aus Neujahrglückwünschen 1963/64, 20237 Nr. 21382 Bl. 94; *SächStAL*, Bericht zur Situation der Universitätskirche in Leipzig, 22.04.1968; Protestbrief an P. Fröhlich, 23.05.1968, 21123 Nr. IV/B/2/6/409; *StadtAL*, Korrespondenz eines LDPD-Mitglieds mit dem Sekretariat des Staatsrates und der Volkskammerabgeordneten der LDPD, Samml.Siegel Nr. 1409, Bl. 8.

der SED, die Ausnahme.³⁰ Von christlicher Seite wurde die Sprengung als politischer Akt gegen die Institution Kirche angesehen.³¹ Ein weiteres Thema der politischen Kritik bildete der Verstoß gegen geltendes DDR-Recht. Hier wurden die in der Verfassung garantierte freie Glaubensausübung, die Pflege des nationalen Kulturerbes sowie das Denkmalrecht angesprochen.³²

Die allermeisten dieser Eingaben wurden von der SED nicht beantwortet, es fand also kein Dialog mit den Kritikern statt. Eine Ausnahme bildete die Korrespondenz zwischen Paul Fröhlich und dem Kinderarzt Christoph Richter, der sich in zwei Briefen politisch äußerte und dafür mit Repressalien an seinem Arbeitsplatz bestraft wurde. Auf Richters Kritik, die sich beispielsweise auch auf die fehlende Reisefreiheit und damit auf politische Umstände bezog, deren Zusammenhang mit der Sprengung der Universitätskirche nicht auf der Hand lag, reagierte Fröhlich in seinem Antwortschreiben nicht. Stattdessen unterstellte er Richter, Teil eines aus Westdeutschland gesteuerten Netzwerkes und geistig noch nicht in der neuen Zeit angekommen zu sein.³³ Dieser Vorgang verdeutlicht, dass es sich bei der Sprengung der Universitätskirche zugunsten des Neubaus der KMU um einen politischen Modernisierungsprozess handelte.

Auch in Bremen, wo die Kritiker ohne Gefahr frei sprechen konnten und mit den Verantwortlichen im Dialog standen, wurde politische Kritik geübt. Einzelstimmen äußerten sich kritisch in Bezug auf die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums sowie auf die große Macht des Geldes, das letztlich über das Schicksal der Ansgariiruin entschied. So bezeichnete ein Akteur in einem Flugblatt das geplante Hertie-Warenhaus als „Wirtschaftswunder-Denkmal“, das für eine Zeit stünde, „in der wirtschaftliche Vorteile alle anderen Rücksichten hinwegzulegen

30 *SächStAL*, Information für Genossen P. Fröhlich zur Kanzelabkündigung am Sonntag, dem 2. Juni 1968 in den Gottesdiensten der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens innerhalb unseres Bezirkes, 07.06.1968. Eingabe an den Staatsrat der DDR, 13.06.1968. Einschätzung über das reaktionäre Verhalten bestimmter Kirchenkreise, undatiert (vermutlich Juni 1968), 21123 Nr. IV/B/2/6/409; Zu den Befürchtungen der SED: *SächStAL*, SED-Kreisleitung KMU, Protokolle von Aktivtagungen 1968, 21132 Nr. IV/B/4/14/044.

31 *SächStAL*, Protestbrief an Stadtverordnete, 22.05.1968, Protestbrief an P. Fröhlich, 18.05.1968, 21123 Nr. IV/B/2/6/409; *StadtAL*, Information über den Agitationseinsatz in der Bau-Ausstellung am 25.10.1960, StVuR Nr. 8824, Bl. 189.

32 Verweise auf das Recht der freien Religionsausübung: Einträge in das Besucherbuch der Bauausstellung 1960: *SächStAL*, 21132 Nr. IV/4/14/89; Verweise auf den Artikel 18 zur Pflege des Kulturerbes in der Verfassung von 1968 und das Denkmalrecht: *SächStAL*, Institut für Denkmalpflege an den Rektor der KMU, 03.04.1968, 21132 Nr. IV/B/4/14/098; *SächStAL*, Bericht zur Situation der Universitätskirche in Leipzig, 22.04.1968, 21123 Nr. IV/B/2/6/409.

33 *SächStAL*, C. Richter an P. Fröhlich, 09.02.1964; C. Richter an P. Fröhlich, 22.02.1964, P. Fröhlich an C. Richter, 27.02.1964, 21123 Nr. IV/A/2/06/260, Bl. 148 f., 187-195, 197-199.

fähig sind“.³⁴ Diese Äußerungen waren oftmals mit biblischen Szenen, wie der Vertreibung der Wechsler aus dem Tempel, verbunden und stellten somit eine Form konservativer Kapitalismuskritik dar.³⁵ Sie waren ausnahmslos auf das Verhalten der Kirchengemeinde bezogen, die eisern am obersten Preisgebot für ihr Innenstadtgrundstück festhielt und damit die Ansiedlung Herties verursachte. Dieser Umstand bildet gleichzeitig einen signifikanten Unterschied zu den Fällen in Leipzig, wo sich Kritiker auch über politische Missstände jenseits des Konflikts um die Kirchensprengung äußerten.

Die Beispiele zeigen, dass anhand der Konflikte um den Abriss der Kirchen Aushandlungsprozesse mit den neugeschaffenen politischen Systemen stattfanden. Die qualitativ und quantitativ jedoch große Unterschiede aufwiesen. Doch auch das jeweils andere politische System spielte in den Auseinandersetzungen eine Rolle.

5. Abgrenzungen und Bezugnahmen zwischen den beiden deutschen Staaten

In Bezug auf den Konflikt um die Sprengung der Universitätskirche war die Bundesrepublik ein omnipräsentes Thema. Wie schon gezeigt wurde, stellte der Neubau der KMU im Stadtzentrum eine klare Abgrenzung zum Städtebau im Westen dar. Wie auch in anderen DDR-Städten sollte der moderne Aufbau allerdings auch eine Signalwirkung von der Potenz des Sozialismus in den Westen senden.³⁶

Diese beabsichtigte Wirkung ist jedoch offenbar ausgeblieben. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (F.A.Z.), die besonders ausführlich über den Konflikt um die Universitätskirche berichtete und die beabsichtigte Sprengung der Kirche stark kritisierte, hieß es in Bezug auf die Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes, die DDR habe erfolgreich die „fortgeschrittene Bauweise des Westens“ übernommen. In der Bundesrepublik sei jedoch „hundertfältig“ bewiesen worden, dass man moderne mit alten Bauten harmonisch kombinieren könne, auch im Fall der Universitätskirche sei eine solche Herangehensweise möglich. Der beabsichtigte Abriss der Universitätskirche wurde in der F.A.Z. politisch begründet.³⁷

34 *StAB, B. Hildenbrock*, Kein Warenhaus an Stelle von St. Ansgarii, August 1958, 7,111-35.

35 Stimmen der Leser. Zum Problem St. Ansgarii, in: Bremer Volkszeitung, 09.01.1954; *Landeskirchliches Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche*, Protestbrief an den Präsidenten der Bremischen Evangelischen Kirche, 31.10.1953, K.332.4 Bd. 1/2. *StAB*, F. Prüser an G. Ulrich, Baurat i.R., 06.08.1958, 7,111-35.

36 *Deutsche Bauakademie*, Thesen zur 1. Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie über die sozialistische Lösung der Wohnungsfrage und den Neuaufbau der zerstörten Stadtzentren in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Deutsche Architektur (1960) Sonderbeilage, 10, S. 1, 4 f.

37 Auf dem Plan mit Deckfarbe überspritzt. Das Schicksal der Leipziger Universitätskirche bleibt ungewiß/Ost-CDU gegen eine Sprengung, in: F.A.Z., 09.03.1964; Die Leipziger Universitätskirche

Die Berichterstattung der westdeutschen Presse, die von der SED-Bezirksleitung Leipzig verfolgt wurde,³⁸ kritisierte den Abriss der Universitätskirche mit wenigen Ausnahmen ohne Bezüge auf Kirchenabriss in Westdeutschland.³⁹ Diese Beobachtung ist übertragbar auf die meisten Protestschreiben Westdeutscher gegen die Sprengung der Universitätskirche, die weitestgehend das Bild der westlichen Berichterstattung widerspiegeln. Die ostdeutschen Kritiker, denen die SED eine Verbindung zu Westdeutschland unterstellte, bedienten sich in ihrer Argumentation hauptsächlich der Abgrenzung zu den kapitalistischen Ländern. Es konnten im untersuchten Quellenmaterial jedoch auch einzelne Stimmen gefunden werden, die mit dem positiven Beispiel westlicher Städte in Bezug auf denkmalpflegerische Themen argumentierten.⁴⁰

Die Auffassung der SED, im Westen würde ohne Rücksicht auf bestehende historische Bausubstanz gebaut, führte auch zu einer Radikalisierung der Baupläne in Leipzig, da man in dieser Zeit der Systemauseinandersetzung nicht hinter den politischen Feind zurückfallen wollte.⁴¹

Besonders bemerkenswert erscheint die von der SED propagierte Rechtfertigungsstrategie, im Westen würden ebenfalls Kirchen abgerissen. Hierfür steht folgendes Zitat aus einer internen Besprechung der SED-Kreisleitung KMU: „[...] in allen Ländern, darunter nicht zuletzt in kapitalistischen Ländern, müssen im Zusammenhang mit neuen Bauten Kirchen weichen, [...]. In dem bekannten schwarzen Münster in Westdeutschland mußte eine Kirche einem Warenhaus weichen, da rührt sich keine Hand, da werden nicht große Gutachten verfaßt von Denkmalspflegern und ähnlichem [...]“⁴² Der Hinweis auf das anstelle der Kirche gebaute

scheint gerettet. Entschärfte Gegensätze zwischen Kirche und Leipziger Stadtverwaltung / Aber nach wie vor kühle Beziehungen, in: F.A.Z., 09.03.1966; C. Peters, Die Leipziger Universitätskirche in Gefahr. Leserbrief, in: F.A.Z., 26.04.1962; Fertig zum Sprengen. Universitätskirche Leipzig, in: F.A.Z., 13.01.1964, S. 16.

38 In dieser Akte aus dem Bestand der SED-Bezirksleitung Leipzig finden sich zahlreiche westdeutsche Zeitungsartikel: *SächStAL*, 21123 Nr. IV/B/2/6/409.

39 Ausnahmen in der westdeutschen Berichterstattung: D. Schmidt, Angriff auf die Geschichte. Die Sprengung der Leipziger Universitätskirche, in: *Süddeutsche Zeitung*, 01./02./03.06.1968, S. 12; *SächStAL*, Abdruck eines Kommentars im Deutschlandfunk von S. Zehler, 19.02.1964, 21123 Nr. IV/A/2/06/260.

40 Positive Bemerkungen zu Münster und Frankfurt a. M.: Protestbrief an Oberbürgermeister Kresse, 26.01.1964, abgedruckt in: C. Rosner, Die Universitätskirche zu Leipzig. Dokumente einer Zerstörung, Leipzig 1992, S. 78 f; *StadtAL*, Brief an die Leitung der Ausstellung „Wir bauen unsere Stadt“, StVuR Nr. 8824 Bl. 113. Als negatives Beispiel wird der Abriss des Braunschweiger Schlosses genannt: *StadtAL*, Protestbrief an Stadtarchitekt W. Lucas, 17.11.1960, StVuR Nr. 8824 Bl. 53.

41 *SächStAL*, SED-Bezirksleitung, Beratung zur Vorlage an das Politbüro des ZK „Über den Aufbau des Stadtzentrums Leipzig – in Verbindung mit der perspektivischen Entwicklung der Leipziger Messe“, 14.08.1963, 21123 Nr. IV/A/2/06/259.

42 *SächStAL*, SED-Kreisleitung KMU, Protokoll der Aktivtagung der Kreisparteiorganisation Karl-

Warenhaus sollte wohl veranschaulichen, dass im Westen Kulturgut zugunsten einer Einrichtung des Kommerzes zerstört werde, wohingegen die Universitätskirche für den Neubau der Universität und damit für eine Einrichtung von hoher gesellschaftlicher Relevanz abgerissen werde. Außerdem sollte hiermit die Unterstellung, beim Abriss der Universitätskirche handle es sich um einen kirchenfeindlichen Akt, entkräftet werden. Dass der Abriss der Ansgariikirche zugunsten eines Warenhauses von der SED bei dieser Rechtfertigungsstrategie nicht sozusagen als „Paradebeispiel“ genannt wurde, ist vermutlich auf die fehlende überregionale Berichterstattung in der westdeutschen Presse zurückzuführen. Beispielsweise berichtete die F.A.Z. über den Konflikt um die Ansgariikirche nur einmal in einer Randnotiz, wohingegen sich diese Zeitung zum Konflikt um die Universitätskirche in mehr als zwanzig Artikeln äußerte.⁴³

Im Bremer Konflikt, der sich ausschließlich innerhalb der bremischen Stadtgesellschaft abspielte, lassen sich nur sehr vereinzelt Bezugspunkte zur DDR finden. Aus den bildungsbürgerlichen Kreisen der Abrissgegner kann aufgrund weniger Äußerungen der Rückschluss gezogen werden, dass in Bezug auf den Abriss von historischer Bausubstanz keine Unterschiede zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil Deutschlands wahrgenommen wurden.⁴⁴ Besonders eindrücklich wird dies anhand eines Artikels der bremischen Tageszeitung *Weser Kurier*, der 1960 über gefährdete Denkmale in der DDR berichtete. Staatsarchivdirektor Friedrich Prüser, als wohl prominentester Gegner des Abrisses von St. Ansgarii, notierte sich unter diesem Artikel handschriftlich die lapidare Bemerkung: „Und St. Anshari in Bremen?“⁴⁵ Bereits Zeitgenossen nahmen also ein Ungleichgewicht der westdeutschen Berichterstattung in Bezug auf Kirchenabriss in Ost- und Westdeutschland wahr.

6. Schluss

Aus den vorangegangenen Abschnitten wurde deutlich, dass sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland historische Kirchenbauten abgerissen wurden, um Platz für Bauwerke zu schaffen, die als symbolhaft für die neuen politischen Systeme in Ost- und Westdeutschland und eine neue Zeit eingestuft werden konnten. Gleichzeitig führte die propagandistische Verbreitung des sozialistischen Wissenschaftsbildes

Marx-Universität am 20.05.1968, 21132 Nr. IV/B/4/14/044.

43 Sprengstoffanschlag auf eine Kirchenruine, in: F.A.Z., 14.09.1957, S. 18.

44 Baugesinnung und Baudenkmal, in: Der Findorffer, Oktober 1958, S. unbekannt; *StAB*, 4,111/8-1186

45 Wertvolle Bauwerke in Gefahr. Kulturrat prangert Zerstörungen in Mitteldeutschland an, in: *Weser Kurier*, 05.10.1960, S. 3, Ausschnitt mit handschriftlicher Bemerkung: *StAB*, 7,111-35.

– für das der Neubau der KMU steht – zu einer weitgehenden Entkirchlichung des ostdeutschen Raumes. Das Wohlstandsversprechen der Nachkriegszeit – für das der Bremer Hertie-Bau stand – führte in Westdeutschland ebenfalls zu einer Abkehr der Bevölkerung von der Religion, die hier jedoch nicht explizit politisch gewollt war.

Die Kritik an den Kirchenabrissen bezog sich sowohl auf die geschilderte zeitliche Dimension, indem traditionelle Werte als Argumentation zum Erhalt der Kirchen herangezogen wurden, als auch auf die politische Ebene. Hier fallen jedoch sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht Unterschiede auf. So äußerten sich in Bremen nur vereinzelt Stimmen kritisch zur Marktwirtschaft und bezogen sich in diesen Fällen ausschließlich auf das Gewinnstreben der Kirchengemeinde, die den Abriss der Ruine in Kauf nahm. In Leipzig hingegen, wo die Kritiker von der SED als politische Feinde wahrgenommen und verfolgt wurden, bezog sich politische Kritik auch auf Missstände innerhalb der DDR, deren Zusammenhang mit der Sprengung der Universitätskirche nicht offensichtlich war. Das verdeutlicht die Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit den politischen Verhältnissen, die kein Äquivalent in Westdeutschland fand.

Auch auf der Ebene der Abgrenzungen und Bezüge zwischen den beiden deutschen Staaten fällt das eklatante Missverhältnis zwischen der Auseinandersetzung in Leipzig, bei denen die Bundesrepublik auf verschiedensten Ebenen eine Rolle spielte, und dem Bremer Konflikt auf, der sich nur innerhalb der Stadtgrenzen ereignete und von der überregionalen bundesdeutschen Presse weitgehend ignoriert wurde. Dass der Abriss der Ansgariikirche von der DDR nicht als Rechtfertigung für die Sprengung der Universitätskirche herangezogen wurde, obwohl für die SED Verweise auf Kirchenabrisse in Westdeutschland (insbesondere, wenn sie für eine Einrichtung des Konsums erfolgten) eine beliebte Rechtfertigungsstrategie waren, ist vermutlich auch auf diesen Umstand zurückzuführen. Festzuhalten ist jedoch, dass sich beide deutschen Staaten gegenseitig vorwarfen, kulturelle Werte aus politischen Gründen zu vernichten. Die Konflikte um den Abriss der Kirchen können somit in die Auseinandersetzungen der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz eingeordnet werden.

Der Umstand, dass es sich bei der Leipziger Universitätskirche um einen vielbenutzten und intakten Kirchenbau, bei der Bremer Ansgariikirche jedoch um eine ungenutzte Kriegsruine handelte, blieb in diesem Beitrag im Hintergrund. Anliegen war es vielmehr, den großen Einfluss, den die Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges auf die Konflikte um den Abriss der Kirchen hatte, zu veranschaulichen. Dass die Abrisse der beiden Kirchen auch heute noch die Gemüter bewegen, zeigen die Debatten um den Wiederaufbau der Gebäude in der jüngeren Vergangenheit bzw. Gegenwart.

AUTORINNEN/AUTOREN

Iris Johanna Bauer M.A.

Bachelorstudium der Geschichte mit Nebenfächern Kulturgutsicherung und Kunstgeschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Masterstudium der Neueren Geschichte an der Universität zu Köln. Derzeit tätig in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Zu ihren Forschungsinteressen zählen die deutsch-deutsche Zeitgeschichte, die moderne Stadtgeschichte sowie die Kulturgeschichte der Nachkriegszeit.

Prof. Dr. Franz Irsigler

Studium der Geschichte und Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universität des Saarlandes in Saarbrücken; 1968 Promotion, anschließend wiss. Assistent am Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Habilitation und Rufe an die Universitäten Osnabrück und Trier, 1985 an die FU Berlin. Seit 1977 Inhaber des Lehrstuhls für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Trier, Emeritierung 2008. Seine 1984 mit Arnold Lasogga verfasste Studie „Bettler und Gaukler, Dirnen und Henker: Randgruppen und Außenseiter in Köln“ zeichnet ein wirklichkeitsnahes Bild gesellschaftlicher Randgruppen in der städtischen Kultur des späten Mittelalters und entwickelte sich zu einem vielbeachteten Bestseller.

Prof. Dr. Johann Jessen

1992-2016 Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung an der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart; Zahlreiche Beiträge zur Stadt- und Planungsforschung; Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

Dr. Leonie Köhren

Seit 2016 wiss. Mitarbeiterin im Fachbereich Inventarisierung bei der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE), Direktion Landesdenkmalpflege; dort zuständig für die Erfassung und Bewertung der Nachkriegsarchitektur in Rheinland-Pfalz; 2014-2016 Promotionsstipendium der Stipendienstiftung Rheinland-Pfalz und 2018 Promotion an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Fach Kunstgeschichte über postmoderne Architektur in Frankfurt am Main.

Dipl. Ökonom Dr. Hannes Tank

Ausbildung und Tätigkeiten im Verkehrswesen, u. a. bei Daimler-Benz. Studium der Wirtschaftswissenschaften in Marburg, Hamburg, London und Köln. Geschäftsführung einer regionalen Planungsgemeinschaft. Post-Graduate-Studium „Raumordnung“ an der Hochschule für Welthandel, jetzt Wirtschaftsuniversität Wien. Langjährige Tätigkeit im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eigenes Forschungsbüro für Stadt- und Regionalentwicklung.

Isabelle Willnauer

Akademische Mitarbeiterin am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. In ihrer Promotion setzt sie sich mit Koproduktion von nicht warenförmig handelbarem Wohnraum auseinander. Ihre Schwerpunkte in der Lehre liegen auf strategischer Stadtentwicklung und gemeinwohlorientierter Raumproduktion. Freiberufliche Tätigkeit als Beraterin in der Gestaltung von Planungsprozessen.

Hannes Tank

Überlagerung von Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen.

Ein wichtiger Baustein für die Europäische Stadt¹

Auf die Geschichte der Überbauung von Verkehrswegen möchte ich nicht weiter eingehen. Gerade in mittelalterlichen Städten mit einer gewissen Bedeutung hat es solche Lösungen öfters gegeben. Zwei Beispiele will ich allerdings nennen, die wahrscheinlich gut bekannt sind. Das eine wären die Brückenbauten über die Seine in Paris, wo sich Wohnungen, Geschäfte und allerlei Dienstleister drängten. Das andere Beispiel wäre das Lustschloss Chenonceaux über dem Fluss Cher, einem Nebenfluss der Loire, das nicht aus wirtschaftlichen Gründen so platzsparend gebaut wurde, vielmehr aus repräsentativen, ästhetischen oder spielerischen Gründen. Auf diese Unterscheidung werde ich später noch einmal zurückkommen.

Im 19. Jahrhundert gab es mit dem Eisenbahnbau und der nachfolgenden Straßenbahn eine außerordentliche räumliche Expansion der Städte, die vom vorange-

gangenen Fall der Stadtmauern und Festungsringe erleichtert wurde. Diese Expansion war noch bescheiden gegenüber dem Siegeszug des Automobils, das sich im 20. Jahrhundert sozusagen rasant durchsetzte und schließlich zu einer Massenmotorisierung führte. Die verständliche Begeisterung an dieser Form der Mobilität führte jedoch zu Exzessen, die in der ökonomischen Theorie bislang recht harmlos mit „externen Effekten“ der Wirtschaftstätigkeit bzw. der Produktion und des Konsums beschrieben wurden. Lärm, Abgase, Unfälle sowie Verletzte, Verkrüppelte und Verkehrstote machen die Übertreibungen jedoch deutlich.

In den Städten sind es weitflächige Parkplätze, Straßendurchbrüche und Verbreiterungen, Hochstraßen und Stadtautobahnen oder gar Autobahnen, die durch die Städte führen. Daraus folgen Entwertungen und Zerschneidungen von Wohnquartieren und Stadtteilen ebenso wie eine Aufblähung der Städte. Oft wird ein Drittel des Stadtgebietes für Parkplätze und Verkehrswege in Anspruch genom-

1 Aktualisierter Vortrag, gehalten am gemeinsamen Urban Land Institute (ULI) am 23.11.2011 in Frankfurt

men, während Zentren, Wohnquartiere, Industrie- und Gewerbegebiete, Sport- und Grünanlagen oder Universitäts- und Krankenhausareale sich mit den restlichen zwei Dritteln begnügen müssen. Dass bei dieser Entwicklung, die noch von einer Zersiedlung des Umlandes begleitet wird, das städtische, respektive urbane Leben stark gelitten hat oder gar zerstört worden ist, kann man leicht verstehen.

Viele Untersuchungen zeigen, dass der Raumbedarf und der Landverbrauch trotz stagnierender Bevölkerungszahlen nicht gebremst worden ist. Die Ursachen dafür sind vor allem im Strukturwandel und im Wachstum der Wirtschaft zu suchen. Positiv zu vermerken sind allerdings die erfolgreichen Bemühungen um Flächenrecycling: Gebäude oder Grundstücke von Bahn und Post, alte Industrie- und Gewerbegebiete sowie militärische Flächen und Anlagen werden neuen Nutzungen zugeführt. Zusammen mit den wieder steigenden Bevölkerungszahlen in den großen Städten könnte das zu einer echten Renaissance der Städte und des städtischen Lebens führen. Dabei bemüht man sich die zahlreichen Kriterien der Nachhaltigkeit zu beachten.

Allerdings sind die Flächen in zentralen Lagen, die im Zeitalter der tertiären Wirtschaft besonders begehrt sind, knapp und teuer. Hinzu kommt, dass fast alle europäischen Städte von historischen Stadtkernen geprägt werden. Zu nennen sind Schlösser, Alleen und Parks, Wohngebiete oder Anlagen aus den verschiedenen Epochen. Dass diese Bereiche unter Denkmalschutz bleiben müssen oder gar zu erweitern sind – zu denken wäre an

Bauten aus der Bauhauszeit und auch an Gebäude oder Ensembles aus den 1960er und 1970er Jahren –, ist inzwischen allgemeiner Konsens. Damit wird der Entwicklung im Stadtkern eine Begrenzung auferlegt, die in einer dynamischen Wirtschaft bzw. in der betreffenden Stadt- und Regionalökonomie zu einer Musealisierung des Stadtzentrums führen kann. Das gilt übrigens, wenn auch in abgewandelter Form, für die Stadtteilzentren.

Bedenkt man, dass die zuvor angesprochenen, zentral gelegenen Recyclingflächen allmählich zu Ende gehen, ist die Überlegung naheliegend, die mächtigen Verkehrsschneisen, seien es Autobahnen, Schnellstraßen, Gleisstränge oder Gleisfelder, an geeigneten Stellen einer intensivierten Nutzung zuzuführen. Viele Faktoren spielen dabei eine Rolle, die im einzelnen Fall zu prüfen sind. Von besonderer Bedeutung sind die Höhe der Grundstückspreise, die Umgebung und die Erreichbarkeit sowie die Topografie (Tieflage, Gleichlage oder Hochlage des Verkehrsstrangs). Eine wesentliche Frage ist natürlich von Anfang an, ob bzw. wie der betreffende Standort vermarktet werden kann.

Die wünschenswerte städtische Renaissance, die nur über eine Stärkung der alten und neuen Stadt- und Stadtteilzentren wirklich gelingen kann, ist auch aus einem anderen Grund erforderlich. Die nähere und weitere Umgebung der Städte leidet unter der bereits angedeuteten Wohn- und Gewerbezersiedlung, vermeidbaren Verkehrsbeziehungen mit entsprechenden Folgen oder der Verdrängung mit Hoch- und Höchstspannungs-

leitungen. Diese Erscheinungen können durch kompakte gegliederte Städte allmählich abgebaut oder zumindest eingegrenzt werden. Stichworte in diesem Zusammenhang sind: verbesserter Schienenverkehr, Nah- und Fernwärme, Kraft-Wärme-Koppelung, lokale und regionale Energieerzeugung oder Handwerks- und Gewerbehöfe sowie Technologie- und Innovationszentren.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen zur Einordnung und Bedeutung von Überbauungslösungen sollen realisierte Beispiele angesprochen werden, die auch zur Frage führen, warum bis jetzt eigentlich nur in bescheidenem, zugleich aber verschiedenem Maß von solchen Lösungen Gebrauch gemacht worden ist.

Wenden wir uns ganz kurz den US-amerikanischen Baukomplexen zu, weil sie seit den 1950er Jahren oder schon früher als Initialzündung für Überbauungen gerade von Bahnanlagen gesehen werden können. Vielleicht war es auch hier die Automobilbegeisterung, die ein Antasten der in die Städte führenden Highways und Freeways weitgehend verhindert hat. Erst Jahrzehnte später ist es zu dem eindruckvollen, aber kostspieligen System von Tunnelstraßen in Boston gekommen. Kostengünstiger sind ohne Zweifel die Verkehrsberuhigung, der Abriss von störenden Hochstraßen und die Anlage repräsentativer Boulevards auch für den Durchgangsverkehr, die dort nun diskutiert und auch schon realisiert werden. Abgesehen von dieser erfreulichen Entwicklung bleibt gerade in den USA, aber auch in Kanada, ein außergewöhnliches Potenzial für Überlagerungen der vielspu-

rigen Autobahnen bzw. Stadtautobahnen, die um die Stadtkerne zu finden sind.

Motor für diese Lösungen waren in New York zum einen die hohen Grundstückspreise sowie die lockere und geschickte Handhabung der „air rights“, also der Handel mit Überbauungsrechten. In den USA, aber auch in Kanada ist dann eine ganze Reihe von Überbauungen von Gleissträngen und Gleisfeldern entstanden. Im Übrigen hat an der dicht besiedelten Ostküste bereits der Handel mit Baurechten unter Verkehrswegen begonnen.

Auch in Europa sind im Lauf der Jahre und Jahrzehnte interessante Projekte entwickelt worden, einen richtigen „Durchbruch“ für diese Lösungen hat es jedoch bislang nicht gegeben. Das hat sicher auch und gerade an der bis vor wenigen Jahren recht bürokratischen Einstellung der Bahn- und Straßenbauverwaltungen gelegen.

Eine Ausnahme bildet Österreich, genauer gesagt: Wien. Dort ist von TU-Professor Karl Schwanzer die Überbauung des 20ha großen Gleisfeldes am Franz-Josefs-Bahnhof konzipiert worden. Nach seinem Tod ist das Projekt Zug um Zug vom Architekturbüro Hlaweniczka u. a. realisiert worden. Eine treibende Rolle bei dem Projekt hat die Hochschule für Welt-handel, die heutige Wirtschaftsuniversität, gespielt, die damals im Stadtteil Döbling förmlich aus allen Nähten platzte und einen neuen zentraleren Standort suchte. Auf der ca. 20ha großen Platte über dem Gleisfeld wurden neben der Wirtschafts-universität zahlreiche Institute der Wiener Universität, Verwaltungen von Bahn

und Post sowie das Polizeipräsidium angesiedelt.

Bemerkenswert ist nicht nur die fast reibungslose Koordination der vielen Beteiligten und die zügige Realisierung, sondern auch die Tatsache, dass dieses damals innovative und komplexe Bauwerk von der Fachwelt kaum zur Kenntnis genommen worden ist. Nun hat sich hier eine neue Entwicklung ergeben. Die Bank Austria sucht einen repräsentativen Standort und die größte Wirtschaftsuniversität Europas litt wieder unter Raumangel. Ihre Einrichtungen sind äußerst großzügig in die Nähe des Verkehrsknotens Praterstern verlagert worden. Ältere Teile der Überbauung am Franz-Josefs-Bahnhof sollen jetzt erneuert und eventuell verdichtet werden.

Eine Überlagerung von ähnlichen Dimensionen in Verbindung vor allem mit Bürohochhäusern von führenden französischen und internationalen Konzernen ist mit „La Défence“ in Paris am nördlichen Ende der Champs Elysées realisiert worden. Anders als in Wien ist dieser Baukomplex weitgehend bekannt und hat sogar Aufnahme in Französisch-Lehrbücher gefunden. Treibende Kraft bei diesem Baukomplex waren die Staatspräsidenten mit ihrem Wunsch, zumindest ein „Grand Projêt“ in ihrer Amtszeit zu verwirklichen.

Die größte Zahl von Überbauungen ist in London realisiert worden, was mit der Größe und Bedeutung der Stadt zusammenhängt. Hier hat es, historisch bedingt, viele Kopfbahnhöfe gegeben, die inzwischen alle in irgendeiner Form Nutzungsintensivierungen bzw. Überbauungen er-

fahren haben. Interessante Überlagerungslösungen sind auch in Barcelona, Stockholm oder Budapest zu finden.

Noch einmal zurück nach Wien: Dort gibt es weitere, höchst interessante Baukomplexe. Bundeskanzler Kreisky ist es seinerzeit gelungen, UNO-Organisationen nach Wien zu ziehen. Sie fanden jenseits der Donau, die ja nicht direkt durch die Kernstadt fließt, einen Standort für ein repräsentatives Gebäude. Diese „UNO-City“ war wie auch andere Bauten von der Donau durch die Donaubegleitautobahn von Tschechien in Richtung Kroatien „abgeschnitten“. Der Plan einer Weltausstellung zusammen mit Budapest sollte hier Abhilfe durch eine überlagernde Platte bringen. Die gemeinsame Weltausstellung ließ sich wegen eines gegenläufigen Volksentscheids nicht verwirklichen, aber die Bauarbeiten hatten schon begonnen. In bewundernswerter Improvisation wurde die mächtige Platte für andere Nutzungen hergerichtet, insbesondere für Bürobauten. Ermutigt von dem Gelingen wurde in südlicher Richtung eine weitere Überbauung angeschlossen, die vor allem aus Wohnbauten besteht. Die Wohnungen des Architekten Harry Seidler über der Autobahn erfreuen sich großer Beliebtheit, weil sie direkt am Wasser liegen und einen fantastischen Ausblick auf das historische Wien und den Wienerwald haben.

In Bern ist es ebenfalls gelungen, eine Autobahn zu überlagern. Die störende Trennung spielte auch hier eine Rolle. Wesentlich wichtiger waren aber ökologische Gründe, insbesondere die Eindämmung von Lärm. Auch sollte eine nahebei gelegene Großwohnsiedlung endlich ein

Versorgungszentrum erhalten. Erreicht wurden diese Ziele mit der Überlagerung der Autobahn Nr. 1 nach Zürich. Auf der 500 m langen Platte in Verlängerung eines Tunnels wurden ein Shopping Center, entworfen von Daniel Liebeskind, ferner Gastronomie, ein Hotel, eine Altersresidenz und ein Freizeitbad angesiedelt. Haus- und Wohnungsbau im Anschluss sorgen nun dafür, dass sich Brünen zu einem markanten Stadtteil von Bern entwickelt.

In Den Haag ist die „Utrechtsebaan“, eine Schnellstraße in Zentrumsnähe mit einer ganzen Reihe von Bürogebäuden überlagert worden. Die Amsterdam Arena spannt sich über eine Straße und Parkplätze.

In Luzern ist am Bahnhof ebenfalls eine Reihe von Bauten geschickt über die Gleise gelegt worden. Der Einschnitt einer S-Bahnstrecke wurde in Zürich für Wohnungsbau genutzt. Parkartige Grünbrücken über Schnellstraßen gibt es in Zürich, Wien oder Mainz. Die wenigen Beispiele zeigen, dass Lösungen für die verschiedensten Situationen möglich sind.

Zürich, inmitten des europäischen Bahnnetzes, hat verschiedene Versuche unternommen, das am Hauptbahnhof gelegene langgestreckte Gleisfeld zu überbauen. Der letzte, wirklich ausgereifte Entwurf für einen mächtigen multifunktionalen Baukomplex ist aus ganz banalen Gründen vor einigen Jahren leider gescheitert.

Die Zahl der Überbauungen im dicht besiedelten Deutschland ist eigentlich bescheiden, weil bei den großen Bauten meist besondere Umstände eine Rolle ge-

spielt haben. Im eingeschnürten West-Berlin herrschte Mangel an Bauland. Das hatte der Bauunternehmer Heinz Mosch früh erkannt und fasste den kühnen Plan, eine Stadtautobahn in Hochlage an der Schlangenbader Straße in Wilmersdorf mit terrassierten Wohnungen zu überbauen. Diese große Aufgabe musste dann später von der Berliner Bau- und Wohnungsgesellschaft DEGEWO übernommen werden. Die sogenannte, etwa 500 m lange „Schlange“, wurde anfangs kontrovers diskutiert, seit langer Zeit ist sie begrünt und umgrünt, voll in den Stadtteil integriert – und eine hohe Wohnzufriedenheit ist festzustellen.

Die Überbauung des ICE-Haltepunkts am Frankfurter Flughafen hat sich durch die Einengung in Gestalt des geschützten Stadtwaldes der Autobahn und der Autobahnknoten, aber auch aus dem Wunsch einer räumlichen Begrenzung des expandierenden Flughafens ergeben. Auf Einzelheiten zu diesem viel diskutierten Bauwerk mit seiner erheblichen Verteuerung in Folge der Verwendung nicht geeigneten Stahls kann hier verzichtet werden.

Kurz hinzuweisen wäre noch auf das „Düsseldorfer Stadttor“ über einer Schnellstraße im Norden der City, das demgegenüber kaum zu Diskussionen geführt hat. Ohne große Publizität entsteht nun auch in Köln-Braunsfeld die Überbauung einer Güterbahn mit Wohnungen.

Aber es besteht nicht nur die Möglichkeit, Schnellstraßen und Schienenstränge zu überbauen. Vorstellbar ist auch die Überlagerung von Busbahnhöfen, wie das in Siegburg bei Bonn in Gestalt eines

Multiplex-Kinos geschehen ist. Ähnliches wäre für Fahrzeugdepots, Wendeschleifen von Straßenbahnen oder die weitläufigen Parkplätze und Garagenhöfe an den Wohnsiedlungen aus den 1960er und 1970er Jahren zu sagen. Dazu gibt es in Bonn-Tannenbusch mit dem neuen Studentendorf ein schönes Beispiel.

Wir haben gesehen, dass wesentliche Effekte der Nachhaltigkeit, des Städtebaus und der Stadtentwicklung mit Überlagerungslösungen erreicht werden können. Es gibt ganz bedeutende Potenziale bzw. geeignete Standorte für diese Lösungen. Es wäre gut wenn dazu Untersuchungen erfolgen würden, die für mehr Transparenz sorgen. Dabei würde sich wohl herausstellen, dass nicht nur Standorte in Großstädten, sondern auch Orte an Fluss-, See- und Meeresufern oder an Aussichtsplätzen wie beispielsweise in Monaco oder Cannes durchaus in Frage kommen können. Werden die erhöhten Baukosten nicht durch entsprechende Grundstückspreise kompensiert, wäre an die anfängliche Unterscheidung zwischen ökonomischer und repräsentativer oder gar spielerischer Architektur zu erinnern. Warum sollte eine Konzernverwaltung statt stürzender oder in sich gedrehter Architektur nicht zusätzliche Kosten aufwenden, um mit einer Überbauung nachhaltige Effekte oder ein spektakuläres Bauwerk zu erreichen?

Abgesehen von zusätzlichen konstruktiven Aufgaben haben Überbauungen ggf. einen Nachteil. Es können ihnen „Keller“ fehlen, d. h. Untergeschosse. Bezüglich der Aktenarchive ist das heute nicht weiter von Bedeutung, wohl aber hinsichtlich der Parkplätze. Doch auch hier gibt es

eine Innovation, von der in Deutschland bislang nur wenig Gebrauch gemacht wird: die platzsparende automatisierte Tiefgarage nach dem Prinzip des Hochregallagers, die sich vorzüglich für Büro- und Verwaltungsbauten eignet.

Das Pestel Institut in Hannover und die Technische Universität Darmstadt haben zusammen mit der Bauwirtschaft gerade eine detaillierte Untersuchung unter dem Titel „Wohnraumpotenziale in urbanen Lagen. Aufstockung und Umnutzung von Nicht-Wohngebäuden“ vorgelegt, die trotz der thematischen Eingrenzung zeigt, dass bis zu 2,7 Mio. Wohnungen in Deutschland gebaut werden könnten. Ganz konkret ließe sich mit Baugeboten und der Änderung alter Baupläne umgehend beginnen.

Ein Umdenken hat jetzt vor allem bei den Lebensmittel-Discountern Aldi und Lidl mit ihren immer wieder kritisierten weitflächigen Parkplätzen und Flachbauten eingesetzt. Sie haben sich bislang als reine Handelsunternehmen verstanden. Endlich wird auch dort gesehen, welche wirtschaftlichen Potenziale und welche städtebauliche Verantwortung in diesen zentralen Standorten liegen. Weit gediehen sind mehrstöckige Projekte in Berlin, Hamburg und Frankfurt, die Einkauf und Wohnen verbinden. Vorhandene Anlagen sind dann besonders geeignet, wenn sie schon eine längere Nutzungsdauer hinter sich haben und völlig umgestaltet werden können.

Abschließend noch eine Bemerkung zu den bürokratischen Hemmnissen. Einige Bahnverwaltungen haben die Bedeutung von Überbauungen wohl erkannt, auch in

ihrem eigenen Interesse. Anders dürfte es bei den Straßenverwaltungen sein. Hier müssten über die Politik Aufklärung geleistet und Anstöße gegeben werden. Gute Beispiele von Überlagerungen könnten diesen wünschenswerten Einstellungswandel sicher beschleunigen. Vielleicht stehen wir jetzt vor diesem Wandel: Die vielbefahrene Autobahn A7 im Westen Hamburgs wird nun an verschiedenen Stellen „gedeckt“, so dass über fast 4 km an „Einhausungen“ mehr als 2.000 Wohnungen und langgestreckte Grünflächen für Spiel, Sport und Erholung entstehen können.

Für eine intensive Landnutzung könnte man auch den Blick nach unten richten. Bauten, die ohnehin auf natürliches Licht verzichten, könnten auch „im Untergrund“ angelegt werden. Dabei ist an Museen, Tagungskomplexe oder Kino- und Theatersäle zudenken. Auch hier hat die Zukunft schon begonnen. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele dafür.

Schlussfolgerungen

Die Überbauung der weitflächigen Anlagen für den fließenden und ruhenden Verkehr an geeigneten Stellen ist

eine wichtige, bisher aber vernachlässigte Möglichkeit, die Entwicklung der Europäischen Stadt mit ihrem historischen Kern sowie den älteren und neueren Stadtteilen sinnvoll weiter zu betreiben. Der derzeitige Personalmangel zumindest in den deutschen städtischen Verwaltungen darf nicht dazu führen, dass die Potenziale für attraktive gegliederte und urbane Städte in einem zersiedelten Umland verloren gehen.

Wenn entsprechende Ziele mit den beteiligten Bürgern, Unternehmen und sonstigen Institutionen erarbeitet und mit den Vorhaben der Investoren, Projektentwickler und Baugesellschaften abgestimmt werden, können die Kommunen verbindliche Vorgaben machen, so dass die erforderlichen, oft nicht einfachen Koordinations- und Kooperationsaufgaben erfolgreich zu bewältigen sind.

Rasch und leicht beginnen könnte man in den Städten mit den erwähnten Baugesboten und der Änderung nicht mehr aktueller Bebauungspläne. So wäre Zeit zu gewinnen für komplexere Abstimmungen mit vielen Beteiligten. Die Möglichkeiten der Raumerschließung für Wohn- und Bürobauten in den Städten sind in vielen Fällen fast grenzenlos.

Johann Jessen

Laudatio Otto-Borst-Preis 2019

Mit dem Otto-Borst-Preis für den wissenschaftlichen Nachwuchs möchte die Arbeitsgemeinschaft Forum Stadt e.V. junge Forscher und Forscherinnen in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Der Preis trägt den Namen des Historikers Prof. Dr. Otto Borst (1924-2001), des Gründers der Arbeitsgemeinschaft und langjährigen Herausgebers der Zeitschrift „Forum Stadt“ (früher „Die Alte Stadt“). Im Jahre 2018 wurde der Preis zum achten Mal ausgelobt. Mitglieder der Jury waren:

PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin; DR. THERESIA GÜRTLER BERGER, Stadt Luzern, Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz; PROF. DR. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart; PROF. DR. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart; PROF. DR. KLAUS-JAN PHILIPP, Institut für Architekturgeschichte, Universität Stuttgart (Vorsitz); HANS SCHULTHEISS, Chefredakteur der Zeitschrift „Forum Stadt“

Der Verfasser berichtet hier im Namen des Vorsitzenden der Jury Professor Dr. Klaus Jan Philipp, der sich auf einem längeren Forschungsaufenthalt im Ausland befindet und daher auch die Verleihung der Preise nichts selbst vornehmen konnte. Den Jury-Mitgliedern sei herzlich für ihre Tätigkeit gedankt, die mich auch bei den nun folgenden Würdigungen der Arbeiten mit ihren Bewertungen unterstützt haben. Es wurden 19 Arbeiten

eingereicht, darunter waren vier Dissertationen und 19 Studienabschlussarbeiten (Diplom, Master und Bachelor). Auffallend war die große Zahl hervorragender Master-Abschlussarbeiten, die die Auswahl auch diesmal schwer machte. Nach einer ausgiebigen Diskussion gelangte die Jury zu folgendem Ergebnis: Es wurden wie schon 2017 vier gleichgewichtige Preise (je 750,- €) für je zwei Doktorarbeiten und zwei Master-Abschlussarbeiten vergeben. Die Preise gingen an:

Lena Horst und Hannah Münzer, Berlin

Die Peter-Poelzig-Siedlung. Wohnungsbau der Nachkriegsmoderne im nördlichen Hansaviertel. Master-Thesis im Studiengang Stadt- und Regionalplanung am Fachgebiet Denkmalpflege der Technischen Universität Berlin 2018.

Am Beispiel der Peter-Poelzig-Siedlung in Berlin befasst sich die Master-Arbeit mit der Denkmalpflege von Nachkriegsarchitektur. Die beiden Autorinnen leiten das Thema sehr überzeugend aus den gegenwärtigen Debatten zur Denkmalpflege ab und betten es sorgsam in die Theorien zur Entwicklung des Städtebaus und in die Architekturgeschichte von Bauten und Großanlagen der Nachkriegszeit ein. Kern der Arbeit ist die detaillierte denkmalpflegerische Erfassung und Bewertung der bisher wenig beachteten Wohnsiedlung am Berliner Tiergarten.

Mit den praktischen Problemen wie mangelnde Quellen bzw. erschwertem Zugang zu Unterlagen gehen sie kompetent um. Da sie nicht auf das Bauaktenarchiv des Bezirks Berlin Mitte zugrückgreifen konnten, nutzten sie geschickt andere Quellen wie Planunterlagen und Luftbildaufnahmen, um die Geschichte des Ortes zu erkunden. Außerdem führten sie fragebogengestützte Interviews mit Erstbezieherinnen, die sehr aufschlussreich sind. Die Wohnsiedlung wird vornehmlich als ein städtebauliches Ensemble, als ein Zusammenspiel von Baukörpern und gestalteten Außen- und Freiräumen analysiert und so als eine städtebauliche Setzung im kriegszerstörten „tabula rasa-Gebiet“ gesehen. In unmittelbarer Nachbarschaft zum berühmten Hansaviertel, der Modellsiedlung der Interbau 1957, kann sie eine Eigenständigkeit behaupten. So liegt eine unerwartete Besonderheit etwa darin, dass hier die wenigen Altbauten des alten Hansaviertels, die den Krieg überstanden hatten, hier einbezogen wurden.

Ziel der Arbeit ist es, durch die denkmalpflegerische Analyse die Unterschutzstellung der Siedlung zu begründen und zu befördern. Hierzu setzen sie sich auch sehr differenziert, kompetent und professionell mit den einschlägigen Bestimmungen des Berliner Denkmalschutzgesetzes auseinander. Die Arbeit ist hervorragend geschrieben, klar gegliedert und sehr ansprechend aufbereitet. Die Thematik deutscher Nachkriegsarchitektur in der Denkmalpflege aus den 1960er Jahren wird von den beiden Autorinnen nicht nur in ihrer Komplexität erfasst,

sondern auch exemplarisch und weitblickend durchgearbeitet – eine sehr beeindruckende Leistung.

Philipp Kuhlenkötter, Frankfurt

Konzeptvergaben für die Entwicklung neuer Stadtquartiere. Eine Fallbeispielanalyse der Quartiere Alte Weberei – Tübingen, Am Lohsepark – Hamburg und Wohnpark Am Ebenberg – Landau. Masterarbeit an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund 2018.

Fast alle Städte stehen derzeit vor dem Problem, neue Wohnsiedlungen zu errichten, um der enormen Nachfrage gerecht zu werden. Hier bildet die Nutzung von Flächen im kommunalen Besitz oft eine zentrale Rolle. Wie können dort einerseits zügig möglichst viele Wohnungen errichtet und gleichzeitig eine hohe städtebauliche Qualität gesichert werden? In diesem Zusammenhang gilt in vielen ambitionierten Kommunen seit einigen Jahren die sogenannte „Konzeptvergabe“ statt der „Höchstpreisvergabe“ bei der Veräußerung stadteigener Grundstücke als eine Art Königsweg zu einem qualitätsvolleren Wohnungs- und Städtebau, der zudem auch neuen Bauträgerformen größere Chancen gibt. Die Arbeit ist die erste Studie, die sich empirisch mit der Praxis der Konzeptvergabe auseinandersetzt; dies ist erstaunlich, da es gerade ein brandaktuelles Thema kommunaler Stadtentwicklungspolitik ist. Das wichtigste Ergebnis der Studie: Es gibt nicht „die“ Konzeptvergabe, sondern sehr unterschiedliche Ausformungen in den Rahmenbedingungen, in den Verfahrens-

elementen, im Ablauf und nicht zuletzt in den praktischen Ergebnissen. Der Autor arbeitet diese Unterscheide entlang von drei Fallstudien in Hamburg (Am Lohsepark), Tübingen (Alte Weberei), und Landau (Am Ebenberg) sehr sorgfältig heraus, bewertet sie vergleichend und gibt abschließend Empfehlungen, die er in einer auch für die Praxis sehr nützlichen „Toolbox“ zusammengefasst.

Den drei Fallstudien ist ein sehr schlüssig aufgebauter allgemeiner Teil voran gestellt. Darin wird das Instrument der Konzeptvergabe im Rahmen von Quartiersentwicklungs- und Liegenschaftspolitik systematisch verortet, und es werden dabei auch die einschlägigen, zum Teil sehr komplizierten Bestimmungen des Kommunal- und Europarechts systematisch mitbehandelt. Es kennzeichnet die Arbeit, dass sie nicht in vorschnelle Euphorie verfällt. Sie bleibt dem Instrument gegenüber auch im abschließenden Fazit objektiv-abwägend. Danach bietet die Konzeptvergabe die Chance einer kooperativen Prozesskultur bei der Aufstellung von Programmen; sie ist auch geeignet, die städtebauliche Qualität zu steigern, kann aber nicht gänzlich von spekulativen Marktmechanismen entkoppelt werden und steht immer in Gefahr, entweder über eine Preiskomponente oder über zu hohe Konzeptanforderungen ausgrenzend beim Zugang für potenzielle Akteure zu wirken. Insgesamt handelt sich um eine hoch professionelle Arbeit, die äußerst aktuell ist und deren differenzierte, abwägende Empfehlungen von hohem praktischem Wert für die Kommunen sind.

Leonie Köhren, Wiesbaden

Ein neues Gesicht für Frankfurt. Die Bedeutung der Postmoderne für die Wiederentdeckung des Stadtraums und einer identitätsstiftenden städtischen Architektur im ausgehenden 20. Jahrhundert. Dissertation am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2017

Die Dissertation von Leonie Köhren betritt mit ihrer kulturwissenschaftlichen Arbeit zur Architekturgeschichte der Postmoderne in Deutschland Neuland. Ihr Gegenstand ist die postmoderne Architektur, die in den 1980er Jahren in der Innenstadt von Frankfurt am Main errichtet wurde. Die damals neue Architekturströmung, die nur relativ wenige Jahre Bestand hatte, wird in dieser ungemein kenntnisreichen und ambitionierten Arbeit umfassend und in neuer Weise gewürdigt. Auf der Basis aller verfügbaren Literatur- und Archivquellen (auch einiger Zeitzeugen- bzw. Architekteninterviews) verfolgt die Verfasserin das Ziel, die – aus ihrer Sicht zu Unrecht – bislang meist äußerst negativ beurteilte postmoderne Architektur neu zu bewerten und damit zugleich eine bedeutende Forschungslücke zu schließen. Dass sie sich dabei auf die Stadt Frankfurt konzentriert, wird überzeugend begründet. Von hier gingen für die deutsche Diskussion zur Postmoderne die maßgeblichen theoretischen Impulse aus und hier entstand eine – in Deutschland einzigartige – Vielzahl sehr unterschiedlicher als postmodern eingestufte Bauten von hoher Qualität.

In einem ersten Teil wird die Entwicklung der maßgeblichen Debatten und the-



Otto-Borst-Preis 2019: Dr. Matthias Lieb, Dr. Leonie Köhren und Philipp Kuhlenkötter, eingeraht zwischen den Juroren Prof. Dr. Johann Jessen (li.) und Prof. Dr. Tilman Harlander (re.).

oretischen Beiträge in der Diskussion zur Postmoderne nachvollzogen und kritisch gewürdigt. Hier gewinnt die Verfasserin einen weit gefassten Begriff postmoderner Architektur. Dieser hebt vor allem darauf ab, sowohl den städtebaulichen Kontext als auch die historische Tradition wieder anzuerkennen und Architekturen als identitätsstiftende Bedeutungsträger zu schaffen. Dann setzt sie sich detailliert mit den Frankfurter Bauten im Dom-Römer-Bereich, am Museumsufer und auf dem Messegelände auseinander. Dabei bezieht sie auch Bauten von Architekten in ihre vergleichende Betrachtung mit ein, die sich – wie etwa Richard Meier und Günter Behnisch – wohl mehr oder weniger heftig gegen die Zuschreibung als

„postmoderne“ Architekten gewehrt hätten. Die Autorin begründet dies aber in jedem Einzelfall äußerst detailreich nach zuvor klar entfalteten Kategorien und zugleich mit einer fast überbordenden Fülle an kunsthistorischen Bezügen. Besonders anzuerkennen ist dabei, dass auch die Vielzahl der kritischen Wortmeldungen zur Postmoderne aufgenommen und diskutiert werden. Diese außerordentlich fundierte wissenschaftliche Arbeit verbleibt zwar im Kosmos einer kunsthistorischen und architekturtheoretischen Sildiskussion, sie wird aber der Fachdiskussion zur Baukultur zweifellos zahlreiche Impulse geben, da sie Zusammenhänge herstellt, die so bislang noch nicht gesehen wurden.

Matthias Lieb, Darmstadt

Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt. Mainz – Wiesbaden – Freiburg i. Br. Dissertation im Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt 2018.

Die geschichtswissenschaftliche Dissertation geht der Frage nach, wie in den 1970er und 1980er Jahren Umweltpolitik in den Städten durch bürgerschaftliche Umweltbewegungen „von unten“ der Weg bereitet wurde – also zwei Jahrzehnte vor der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992, mit der damals das Nachhaltigkeitsprinzip weltweit Verbreitung fand und seither als übergreifendes Ziel der Umwelt- und Klimapolitik in den Gesetzen und Förderprogrammen verankert ist. Deutlich wird, wie außerordentlich heterogen die damaligen Bewegungen waren: Sie reichten vom konservativen Vogelschutzbund bis zu den militanten linken Aktivisten im Widerstand gegen die „Startbahn West“ des Frankfurter Flughafens. Die Arbeit widmet sich den Anfängen lokaler Umweltpolitik vor allem in den Städten Mainz und Wiesbaden sowie – ergänzend – in Freiburg i. Br. Hierzu wertet sie eine

Fülle und Vielfalt von Quellen aus: Archive, private Sammlungen, Interviews etc. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Bewegungen „von unten“, ihren Erfolgen und Misserfolgen.

In einem abschließenden größeren Kapitel schildert Matthias Lieb – ebenfalls für die drei genannten Städte – auch die allmähliche Entwicklung und Institutionalisierung kommunaler Umweltpolitik: Umweltämter werden eingerichtet, Umweltpreise ausgelobt, erste Umweltschutzmaßnahmen umgesetzt. So wird nachvollzogen, wie kommunale Umweltpolitik, die heute auf allen Ebenen rechtlich und institutionell fest verankert ist, sehr mühsam und unter Wehen entstand und welchen hohen, bisher vernachlässigten Anteil dabei die Bewegungen „von unten“ daran hatten. Deren Geschichte war, wie Matthias Lieb zu Recht betont, weitgehend ungeschrieben. Dem Autor ist das große Verdienst zuzurechnen, mit dieser sehr kenntnisreichen, differenziert und sprachlich gekonnt argumentierenden Arbeit diese Lücke zumindest für die drei behandelten Städte (darunter die selbsternannte deutsche „Ökohauptstadt“ Freiburg) produktiv geschlossen zu haben.

„Rechte Räume“ – eine Kurznotiz

Die Architekturzeitschrift ARCH+ hat in Zusammenarbeit mit dem IGmA (Institut für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen) der Universität Stuttgart ein Heft (235) „Rechte Räume – Bericht einer Europareise“ herausgebracht. Mit dem Ziel einer „Re-Politisierung“ des Architekturdiskurses wird in einer Vielzahl teils aufschlussreicher und begrüßenswerter Beiträge entlang einer Europareise auf der „Achse Rom-Berlin“ über das europaweit zu beobachtende Erstarken populistischer, rechter und neofaschistischer Räume reflektiert.

Was das Heft aber so überaus problematisch und in Teilen inakzeptabel macht, ist der Furor, mit dem in einer übergreifenden Rahmenpolemik nicht allein einzelne strittige Räume (etwa Frankfurter „Altstadt“), sondern auch Themen („Rekonstruktion“, „europäische Stadt“, „Baukultur“, „Schönheit“, „Heimat“ etc.) und – das ist neu – auch Personen (Harald Bodenschatz, Hans Stimmann, Wolfgang Voigt u. a.) und Institutionen (Deutsches Institut für Stadtbaukunst) ins reaktionäre Lager bzw. ins Zwielficht gerückt werden. Das „Deutsche Institut für Stadtbaukunst“ wird als „Hort der reaktionärsten Kräfte der deutschen Architektur- und Stadtdiskurses“ (S. 3) gebrandmarkt, „mit Begriffen wie ‚Schönheit‘ und ‚europäische Stadt‘“ würden „Rattenfänger“ lediglich „wirkungsvolle Nebelkerzen zünden“ (S. 3), überhaupt sei das „nebulöse Label der europäischen Stadt“ von Anfang an „anschlussfähig für das identitäre Programm der neuen Rechten“ (S. 3) gewesen und Männer wie Harald Bodenschatz und Hans Stimmann würden angeblich „heute das populistische und sozial neutralisierte Geschäft identitärer Stadtraumbildung betreiben“ (S. 11). Es lohnt nicht, aus der Vielzahl hanebüchener Zuschreibungen und Unterstellungen Weiteres zu zitieren. Hier werden in einer Art Kulturkampf die Grenzen jeder Fachdebatte und Streitkultur gesprengt, man spaltet, denunziert und polarisiert bewusst. Kaye Geipel (Bauwelt 14/2019) und Arnold Bartetzky (FAZ, 01.07.2019) haben sich hierzu ebenfalls klar geäußert.

Wir beziehen hier Position, weil es nicht allein um die persönliche Diskreditierung eines Mitherausgebers von „Forum Stadt“ geht, sondern auch um Themen. „Forum Stadt“ wird auch weiterhin in einer zugleich kritischen, historischen, sozialen und multidisziplinären Perspektive Themen wie Stadterneuerung, Rekonstruktion, Stadtbildpflege, Denkmalschutz, Urbanität und auch räumliche Identität behandeln.

Tilman Harlander, Johann Jessen, Jürgen Zieger

BESPRECHUNGEN

JÜRIG SULZER/MARTINA DESAX, *Stadtwerdung der Agglomeration. Die Suche nach einer neuen urbanen Qualität. Synthese des Nationalen Forschungsprogramms „Neue Urbane Qualität“*, Zürich: Scheidegger & Spiess 2015, 111 farbige, 12 sw Abb., 124 S., 40,- €.

Die Schweiz geht mit einer imponierenden Konsequenz die Probleme ihrer räumlichen Entwicklung an. Bereits 2013 wurde das revidierte Raumplanungsgesetz in einer Volksabstimmung angenommen (vgl. <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19790171/index.html>), demzufolge „die Siedlungsentwicklung nach innen zu lenken“, „kompakte Siedlungen zu schaffen“ und die Landschaft zu schonen sind. Ferner sollen „Maßnahmen getroffen werden zur besseren Nutzung der brachliegenden oder ungenügend genutzten Flächen in Bauzonen und der Möglichkeiten zur Verdichtung der Siedlungsfläche“. „Land kann neu einer Bauzone zugewiesen werden“, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, andererseits wird in wünschenswerter Klarheit festgehalten: „Überdimensionierte Bauzonen sind zu reduzieren.“

Das intellektuelle Rüstzeug zu diesen klar definierten Zielen liefert der hier anzuzeigende Band. Dieser wurde als Synthese des Nationalen Forschungsprogramms „Neue urbane Qualität“ des Schweizer Nationalfonds von Jürg Sulzer, dem Präsidenten der Leitungsgruppe des Forschungsprogramms und der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Martina Desax verfasst. Sulzer ist auch in der deutschen Planungsszene kein Unbekannter: Als Professor für Stadtumbau und Stadtforschung an der TU Dresden in den Jahren 2004-2015 und zugleich Leiter des Görlitzer Kompetenzzentrums Revitalisierender Städtebau half er (auch mit spektakulären Aktionen wie dem „Probewohnen“ in Görlitzer Gründerzeithäusern) entscheidend mit, dem seinerzeit erheblichen politischen Druck vor allem in Sachsen zu widerstehen, der auf einen massenhaften Abriss damals leer stehender Gründerzeitbau-



ten in inneren Stadtteilen hinauslief. Er setzte auf Strategien des „Überwinterns“, um zugleich die Chance der städtebaulichen Qualitätssteigerung zu nutzen. Sein Wirken ist ein gutes Beispiel für die Wellenbewegungen, denen man im Laufe eines Urbanisten-Berufslebens begegnet: Ging man bis kurz vor der Jahrtausendwende überall vom Wachstum aus, war danach plötzlich Schrumpfung das quasi unumstößliche Credo, das ein Entwicklungsszenario ebenso kritiklos extrapoliert wie nachher das andere, ohne zu bedenken, dass es vielleicht wieder ganz anders kommen könnte. Heute erleben wir in Deutschland die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: anhaltende Schrumpfung in strukturschwachen, peripheren ländlichen Räumen, während nicht nur die Metropolen aus allen Nähten platzen, sondern inzwischen auch in Mittelstädten Nachfrage nach damals beinahe preisgegebenen Wohnungen herrscht.

In der Schweiz darf man in geographisch hierfür geeigneten Räumen nahezu flächendeckend von Wachstumsdruck ausgehen, der zwar regional unterschiedlich stark ausgeprägt ist, aber nach Antworten im Sinne einer „Suche nach einer neuen urbanen Qualität“ verlangt, wie es im Untertitel der Publikation heißt. Nach einem umfangreichen Auswahlprozess – in Deutschland vergleichbar etwa dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau und den Modellvorhaben der Raumordnung im Auftrag der jeweiligen Bundesministerien – wurden fünf Projektteams ausgewählt und bearbeiteten 2010-14 ihre Forschungsvorhaben.

Das Projekt „Urbane Potenziale und Strategien in metropolitanen Territorien am Beispiel des Metropolitanraums Zürich“ (UPSMT) formuliert urbane Profile anhand von sieben Kriterien (Zentralität, Zugänglichkeit, Brauchbarkeit, Adaptierbarkeit, Aneignung, Diversität und Interaktion) und entwickelt Handlungsstrategien, wie Urbanität künftig gestaltet werden kann. Aufgrund der drei Fallstudien Limmatplatz-Wiedikon (Stadt Zürich), Oerlikon-Flughafen (Region Zürich) und Richterswil-Freienbach (Kanton Schwyz) zeichnet die Forschungsarbeit ein differenziertes Bild unterschiedlicher urbaner Qualitäten und kommt den Autoren zufolge zum Schluss: „Nicht alles muss zu einem urbanen Hot Spot verändert werden.“ (S. 29)

Die „Stadt- und Landschaftsgestaltung – Öffentliche Räume in der ‚Città Ticino‘ von Morgen“ (CITI) zeigt anhand von Bildern und Projektskizzen, wie in den Hauptsiedlungsbereichen des Kantons Tessin neue urbane Qualität im öffentlichen und privaten Raum herbeigeführt werden kann. Das Projekt bedient sich allgemein verständlicher Raum- und Stadtbild-Analysen sowie von Entwürfen von Stadt-Design für Einzelobjekte und hat laut den Verfassern ein positives Echo.

„Nachhaltige Siedlungsentwicklungsmuster“ (SUPAT) erfasst mit digitalen Methoden den baulichen Bestand und stellt am Fallbeispiel der Region Limmattal (Zürich) über eine eigens entwickelte Modellierungs- und Visualisierungsplattform Modelle für eine nachhaltige Stadt- und Agglomerationsentwicklung dar. Dabei werden u.a. Modelle für den Entwurf unterschiedlicher städtebaulicher Texturen von geschlossenen Gebäudeblöcken über halboffene bis zu Zeilenbebauungen durchdekliniert und verglichen – soweit das der noch in analogen Denkmustern sozialisierte Rezensent überhaupt einschätzen kann, liegt der Vorteil dieser Methoden insbesondere in der großen Flexibilität und Variabilität.

Der Rezensent gibt zu, dass er dem Projekt „Food Urbanism Initiative“ (FUI) mit einer gewissen Skepsis begegnet. Das Forschungsprojekt konzentriert sich auf die Frage nach der Produktion von Lebensmitteln in der Stadt und soll den Autoren zufolge „im Zentrum des strategischen Ansatzes zur Entwicklung der europäischen Städte“

stehen (S. 37). Was der Bevölkerung durch bauliche Verdichtung an Fläche weggenommen werde, solle in Form von bepflanzbarem Grünraum wieder zurückgegeben und als ganzheitlicher Beitrag zur Raum- und Stadtentwicklung verstanden werden. Abgesehen von den Fragen der Schadstoffbelastung kommt dieser Ansatz zumindest dem Rezensenten eher wie in Widerspruch in sich vor – urbane Räume sind eben Gegenstand urbaner Nutzungsdichte und wohl nur in seltenen Fällen zur Lebensmittelproduktion geeignet. „Urban gardening“ ist auch eine Modeerscheinung und erinnert – zuge-spitzt gesagt – ein wenig an den verzweifelten Versuch von Marie Antoinette, in den Zierbassins von Versailles Karpfen zu züchten. Allenfalls der Ansatz, Brachen im Wege einer Zwischennutzung der Lebensmittelproduktion zuzuführen, scheint geeignet, vorausgesetzt, der Boden ist nicht kontaminiert – oder er wird saniert, dann wäre er aber für die Lebensmittelproduktion unverhältnismäßig teuer. Sofern eine solche Stadtbrache zugleich als klimawirksame Frisch- bzw. Kaltluftschneise freigehalten werden soll, wäre allerdings eine dauerhafte Nutzung für Ernährungszwecke denkbar, insoweit wäre der Projektansatz sinnvoll.

Das Projekt „Urbane Brüche, lokale Interventionen“ (UBLI) untersucht in neun Gemeinden ein planerisch-administratives Problem, dem wir auch in Deutschland öfters begegnen: „Vor allem Umlandgemeinden und Kleinstädte verfügen nur über geringe planerische Ressourcen, weshalb sie dem Siedlungsdruck am stärksten ausgesetzt sind. [...] Um die Bildung von urbaner Qualität zu unterstützen, müssen anstelle von unübersichtlichen und linearen Prozessen transparente Entscheidungsprozesse treten, die diskursiv ausgerichtet und klar verständlich sind“, wie die Autoren das Ergebnis zusammenfassen (S. 41).

Die Querschnittsauswertung der fünf Projekte behandelt die fünf Kernfragen „Stadtumbau und neue urbane Qualität“, „Globalisierung und Stadtbaugestaltung“, „Öffentliche Räume und Akzeptanz von Verdichtung“, „Bilder und Prozesse“ sowie „Politik und Umsetzung“.

Bei der Darstellung der Quintessenz des Projekts legen Sulzer und Desax dar: „Die heutigen Agglomerationen und Stadtrandsiedlungen bieten in ihrer großen Mehrheit ein Bild gestalterischer

Zufälligkeit [...]. Ihnen fehlen übergeordnete Gestaltungsideen, die zu Schönheit und Lebensqualität von Stadt- und Ortsteilen beitragen könnten.“ (S. 59). Einen sensiblen Punkt berühren die Autoren, indem sie fragen, „ob die Ursache des nach wie vor ungebremsen Trends zum Einfamilienhaus am Stadtrand [...] nicht auch darin gesehen werden müsste, dass der seit einem knappen Jahrhundert praktizierte, anonyme Siedlungsbau der Moderne kaum Veränderungen erfahren hat. Ebenso wäre zu prüfen, ob die Zersiedlung möglicherweise auch Ergebnis eines fehlenden raumbildenden Städtebaus ist. Und es gilt zu bedenken, dass aufgrund des Platzmangels in den historischen Innenstädten oft gar keine andere Möglichkeit besteht, als den Wohnort an den Stadtrand zu verlegen. [...] In den wachstumsorientierten Städten werden Höchstpreise für innenstadtnahe Miet- und Eigentumswohnungen, vor allem in den dicht und kompakt bebauten Gründerzeitquartieren bezahlt. Es ist offensichtlich, dass die Nachfrage nach Wohnungen in urbanen Stadtensembles mit einer hohen baulichen und nutzungsmäßigen Dichte, besonders in den Innenstädten, nach wie vor ungebrochen hoch ist. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wird sich allerdings unter den derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen kaum eine Wohnung in den Innenstädten leisten können.“ (S. 61)

Mit den Stichworten „raumbildender Städtebau“ (S. 61), „Raumgeborgenheit“ und „Körperlichkeit des Stadtquartiers“ (S. 64) ist auch ein Programm umschrieben, das teils explizit in Form von Verweisen die verheerenden Wirkungen von Bauhaus und CIAM im Städtebau darlegt. Die von wenigen Ausnahmen – wie etwa im Hamburg Fritz Schumachers – abgesehen manifeste Unfähigkeit des „Neuen Bauens“ und seiner Nachkriegsadaptierten zur städtebaulichen Raumbildung dürfte in der Tat eine der Ursachen der gegenwärtigen Probleme sein. Salopp formuliert: Le Corbusier und Gropius sind out, Sitte und Stübben sind in – und das ist keine Banalität, sondern eine sich immer wieder und hartnäckig im aktuellen Baugeschehen bestätigende Erfahrung, nicht zuletzt als Erkenntnis des hier rezensierten Bandes. „Parzellenbildung und Parzellenbebauung, Wiedereinführung von Baufluchten, Baulinien, Adressbildung an der Straße und die Lage der Häuser, die den Stadtraum ideen-

reich fassen, bieten in ihrer Gesamtheit eine Fülle inspirierender Gestaltungskriterien zur Stadtwerdung und zur raumbildenden Körperlichkeit der Stadt in ihrer baugeschichtlichen Tradition“ (S. 80), wie Sulzer und Desax es als einen der Lösungsansätze formulieren.

Da in den Innenstädten nicht Platz für alle sein kann, wird folgerichtig von den Autoren empfohlen, die urbanen Qualitäten der Innenstadtquartiere auf die Agglomerationssiedlungen zu übertragen, sie zu urbanen Stadtensembles zu verdichten. Konkretisiert wird das anhand von sogenannten „Fernbildern 2080“, die laut Verfassern anhand von konkreten Orten in der Agglomeration Zürich gewählt wurden, aber dem nicht ortskundigen Rezensenten – und vermutlich auch anderen Leserinnen und Lesern – mangels Identifizierbarkeit das Verständnis doch etwas erschweren. Dies sei als leise Kritik am ansonsten vorzüglichen Band gestattet. Besonders einprägsam ist das Fernbild II, „Stadtwerdung vom Vorort zum urbanen Stadtteil“ überschrieben (S. 92 ff.), mit der fast idealtypischen Kreuzung einer Straßenachse mit strenger städtebaulicher Fassung und eines Grünzuges entlang eines Bachlaufs, der aber nicht minder klar baulich gefasst ist, in den Raumkanten allerdings dem sich leicht schlängelnden Bach folgend.

Zum Schluss noch ein Hinweis auf ein Desiderat der Forschung: nach dem Eindruck des Rezensenten findet (noch) keine intensive Auseinandersetzung mit den möglichen Folgen der zunehmenden Digitalisierung für die Raumstruktur und den Verkehr statt. Allerdings kann man implizit den Eindruck gewinnen, dass das Bedürfnis nach Raumgeborgenheit, nach Schönheit des gebauten und natürlichen Raumes auch bei diesem epochalen Prozess nicht nachlassen wird. Im Cyberraum können menschliche Wesen physisch nicht existieren, so sehr sie sich ansonsten auch dort aufhalten – auch diese Einsicht ist nur scheinbar banal und wird gewiss auch die Wirkungen des Prozesses der Digitalisierung auf den Städtebau beeinflussen.

János Brenner, Berlin

KERSTIN RENZ, *Testfall der Moderne. Diskurs und Transfer im Schulbau der 1950er Jahre*, Berlin: Ernst Wasmuth Verlag 2016, 412 S., 48,-€.

Die aktuelle Debatte über zukunftsfähigen Schulbau führt zu einer Frage: Ist der Neuerfindungsdrang stärker als der Wunsch der Fortschreibung und Identifikation mit der eigenen Geschichte? In einem bislang unterbewerteten Bereich legt die Autorin ein umfassendes Werk der Diskurs- und Transferentwicklungen des Schulbaus um die 1950er Jahre vor. Jene in diesem Bereich einflussreichen aber bisher unbekannteren Akteure, initiierende Institutionen und Ereignisse werden in den Zusammenhang der baulichen Entwicklungstendenzen gestellt. Die Aufarbeitung erfolgte durch die Architekturhistorikerin Kerstin Renz im Rahmen ihrer Habilitationsschrift.

„Es geht darum, einer Bauaufgabe gerecht zu werden, die als Ur-Ort des öffentlichen und bürgerschaftlichen Bauens seit dem 19. Jahrhundert interdisziplinär betrieben und international diskutiert wird.“ (S. 30). Umschrieben als die Aufarbeitung des blinden Flecks der Bauaufgabe Schule in den Architekturwissenschaften, ist dies eine bemerkenswerte Überlegung in Zeiten des erneuten Umbruchs im Schulbau, über Interdisziplinarität, Transparenz und Wertschätzung. Aus der ursprünglichen Idee einer werkmonographischen Arbeit zu Günter Wilhelm, einem der Schlüsselakteure im Schulbau der Nachkriegsjahre, entstanden, zeigt das vorliegende Werk die Vernetzung der Diskurs- und Transferphänomene der länderübergreifenden Schulbauthematik.

Der Diskurs beginnt mit der Grundsatzfrage der Schule als Pavillonbau, seiner künftigen Rolle in der Stadt und als identifikationsstiftendes Gebäude in der Gesellschaft. Der Unterricht der griechischen Antike entfaltet sich, begünstigt durch das milde mediterrane Klima, unter freiem Himmel, auf öffentlichen Plätzen, in Säulenhallen, kurz, an baulich wenig definierten Orten. Durch Vitruv gelangt die seltene Bauaufgabe eines städtischen Schulbaus in den Bereich der öffentlichen Bauten. In reichen idealisierten Stadtanlagen des 16. und 17. Jahrhunderts werden Kirche und Schulbau als zentrale Repräsentationsbauten abgebil-



det. Das Schulgebäude des 18. und 19. Jahrhunderts zeichnet den Hochpunkt der gebauten Machtdemonstration, militärischer Drill, Kontrolle und Unterdrückung; das Lernen im Gleichschritt prägen den Unterricht. An bedeutenden Verkehrsachsen, entstehen, hoch aufragend, repräsentative Schulpaläste. Die „Allgemeine Vorschrift für die räumliche Gestaltung der Schulgebäude“ 1868 in Preußen, bringt die Hygienebewegung gegen Enge und Dunkelheit in den Schulbau. Hygieniker setzen auf „zerstreute Bauweise“ nach dem Vorbild des Pavillonkrankenhauses, mit einer medizinisch-hygienischen Dezentralisierung. Der Pavillonotyp hält Einzug in die europäische Stadt. Mit steigenden Schülerzahlen beginnt die Ökonomisierung des öffentlichen Schulbauwesens hin zu vorgefertigten Schulpavillons aus Holz – zerlegbar, transportabel, hygienisch. Aus der Freiluftschulbewegung geht Schulraum für an Tuberkulose erkrankten Kinder hervor, der sich auf den öffentlichen Schulbau überträgt – aus dichter Innenstadtlage zu besonnten, durchlüfteten Lernräumen im Grünen, die sogenannte Waldschule. Sie wird bauliches Vorbild für Reformschulen bis in die USA, als Alternative zur etablierten Monumentalschule. Theodor Fischer und Fritz Schuhmacher sind zwei der Protagonisten, die diesen Diskurs kontrastieren. In engem Dialog mit Reformpädagogen entstehen auch weiterhin aufragende Massivbauten an städtebaulich bedeutsamen Orten der Stadt, jedoch aus dem Maßstab des Kindes gedacht. In Frankfurt am Main hingegen entwickeln Ernst May (Leiter Stadtplanungsamt) und Martin Elsaesser (Baudirektor Hochbauamt) den Pavillonotyp für die Reformsiedlungen des „Neuen Frankfurts“ weiter. In Versuchspavillons erfolgen

wissenschaftliche Lichtmessungen und die Erprobung der Serienfertigung. Die Frankfurter Schulbaurichtlinie 1931 schreibt die Anwendung des Pavillontyps für Schulbauten unter 16 Klassen als einzige deutsche Großstadt fest. Obwohl nur zwei Schulen dieses Idealtyps in Frankfurt entstanden sind, ist ihr Einfluss international weitreichend. Aus eingeschossigen Pavillons werden Zeilen zu einer Kammstruktur mit Verbindungsgang geformt. Bodentiefe und mehrseitige Belichtung, Terrassen für Freiluftunterricht, quadratische Klassenräume, vollständig zu öffnende Fassaden bilden pädagogischen Neuerungen baulich ab. Die neue Standortwahl des Schulbaus am Siedlungsrand überführt die Prinzipien der Freiluftschule in ein städtebauliches Prinzip und prägt den Begriff der „Freiflächenschule“.

„Im übrigen dürfen Sparsamkeit bei keiner anderen Aufgabe der öffentlichen Verwaltung weniger am Platze sein als gerade hier, wo es darum geht, die stärksten Waffen eines Volkes zu schmieden“, entgegnete Ernst May steigenden Baukosten des neuen Schulbautyps. Die Verwissenschaftlichung der Architektur treibt Hannes Meyer am Bauhaus Dessau voran. Im Rahmen dieses Gegenmodells zur herkömmlichen Architekturausbildung etabliert Meyer einen bis heute bestehenden Darstellungsmodus im Schulbau. Die Wettbewerbsbeiträge mit Hans Wittwers zur Petersschule und zur Bundesschule ADGB Bernau legen eine Planung auf umfangreicher bauphysikalischen und arbeitsphysiologischen Voruntersuchungen, unter Anwendung amerikanischer Nachweisverfahren vor.

Julius Vischers Publikation von 1931 bildet die letzte Gesamtschau auf den deutschen Schulbau ab, bevor die deutsche Fachpresse verstummt. Durch die Züricher Ausstellung „der neue schulbau“ 1932 erhebt die CIAM-Gruppe den Diskurs in die Internationalität und der transatlantische Transfer setzt ein.

Das MOMA New York trägt den amerikanisch-europäischen Transfer mit Ausstellungen und Publikationen des Neuen Bauens ohne Deutschland weiter. Durch die NS-Regierung löst sich die föderale Zuständigkeit der Länder auf. Der International Style der Frankfurter Schule wird auf einen Regionalismus zurückgeführt, als Geschossbau

mit lokaler Bautradition. Turn- und Festhallen als obligatorischer Bestandteil und aufwendige Sportvorrichtungen ergänzen das Raumprogramm. Der Schulbau kehrt zur Monumentalität zurück, etwa in Berlin-Zehlendorf.

Die Relevanz der dargestellten Protagonisten der Moderne wird außerordentlich deutlich. Nichtparteiikonforme Architekten der Hochbauämter – Ideenträger der Schulbaureform – verschwinden aus dem ohnehin abflachenden Diskurs. Tätigkeiten in Mexiko und der Sowjetunion erschweren zudem die aktive Rückkehr in die Schulbaudebatte nach dem Krieg. Die Erneuerung des Architekturdiskurses nach dem Zweiten Weltkrieg läutet in Westdeutschland 1951 das internationale Forum „Das Darmstädter Gespräch“ ein. Die Philosophen Martin Heidegger und José Ortega y Gasset ringen gemeinsam mit zahlreichen Architekten, darunter Max Taut, Hans Scharoun, Otto Ernst, Rudolf Schwarz und Hans Schwippert, darum, wie sich die Architektur entwickeln solle. Als einer dieser „Meisterarchitekten“ tritt allein Max Taut mit dem Bau eines Gymnasiums auf. Doch im Schulbaudiskurs selbst ist er nur noch eine Randfigur. Keiner der vorhin aufgeführten Akteure erscheint zu den Schulbautagungen der ersten Nachkriegsjahre, keiner spielt im Schulbau eine tragende Rolle mehr, die baugeschichtliche Aufarbeitung der nahezu Nicht-Positionierung der Protagonisten bleibt ein Forschungsdesiderat.

Die Beschlüsse von Potsdam bringen Neuerung durch die Alliierten, doch die Besetzung der Hochbauämter bleibt nahezu unverändert. Ein Anknüpfen an die Errungenschaften der Moderne wird zur Herkulesaufgabe. Das Cultural Exchange Programm der US-Amerikaner und die Öffentlichkeitsarbeit des MOMA bringen den Schulbaudiskurs zurück nach Deutschland. Stipendiaten reisen ins Ausland, Amerikaner nach Europa und bemühen sich um Austausch. Ausstellungen und Publikationen um Alfred Roth bringen den Schweizer Diskurs nach Deutschland. Nach „Jahren des Abgeschlossenenseins und des Sichabschließenmüssens“ (S. 136) ist der Bedarf an internationalem Austausch in ausgewählten Reihen groß. Berichte von Stipendiaten des Cultural Exchange Programm bilden den Umbruch des amerikanischen Schulbaus der Zeit ab,

einer reflektiert begrenzten Vorbildfähigkeit für Nachkriegsdeutschland.

Alfred Roth positioniert sich als zentrale Transfer-Figur im Schulbau der Nachkriegsjahre. „Ein Teil humanitärer Hilfe, Roth als Entwicklungshelfer der Schularchitektur im zerstörten Nachkriegseuropa“ (S. 159). Als Kurator, Publizist und Juror steht er für Schulbau als Projekt der Völkerverständigung. In der Fachpublikation „The New School“ mit aktuellen Architekturbeispielen aus der Schweiz, England und den USA, definiert er die Nationen mit Vorbildrolle. Roths Anspruch auf Deutungshoheit provoziert weite Teile der deutschen Architektenschaft (mit „Moderne Schulen“ antworten Brödner und Krokerer mit Vorbildern aus internationalem und westdeutschen Kontext). Geladene Akteurskreise und die angespannte politische Situation spiegeln die Heterogenität der Planerszene wider. Neben Roth und Krajweski transportiert Günter Wilhelm Schulbauwissen aus den USA und Skandinavien nach Westdeutschland. Erfahrungen mit interdisziplinären Planungsteams, partizipative Planungsprozesse, School Boards als Bauherren, ein differenziertes Raumangebot, und eine zentrale Dokumentationsstelle wie am Beispiel des MOMA werden als positiv bewertet. Studierende und Kollegen um Wilhelm widmen sich inspiriert der Schulbauaufgabe der nächsten Jahre.

Von den Modernisten werden reflektierte Ansätze aus dem Ausland übernommen. Traditionalisten hingegen lehnen den Austausch ab und verzeihen den Umerziehungsversuch der Amerikaner nicht. In ihrer Skepsis, genährt durch den Stolz auf die langjährige Schulbautradition in Deutschland, wenden sie sich der Schweiz zu. Unter dem Motto „Schule als Heimat“ propagiert der Schweizer Schulbau die „Humanisierung des Bauens“, gezeigt in einer Wanderausstellung. Der Lehrer gibt den väterlichen Berater einer friedliebenden Generation im Einklang mit der Natur: Ein gesucht und gefundener Hoffnungsträger für das kriegszerstörte Westdeutschland im Sinne der Traditionalisten.

Währenddessen verläuft die Entwicklung der DDR zielgerichtet im Einflussbereich der Sowjetunion, den Westen stets beobachtend. Bis zur Staatsgründung überwiegen die Einflüsse der Bau-

haus-Leitbilder – bis die Pavillonschule als Werk des westlichen Kapitalismus, ohne angebliche architektonische und bauphysikalische Vorteile, degradiert wird. „Schule ist nicht mehr Ausdrucksträger nationaler Selbstdarstellung, sondern wird zusammen mit dem Wohnungsbau zum Leistungsnachweis für eine auf Effizienz und Produktionssteigerung ausgerichtete sozialistische Bauwirtschaft“ (S. 315). An der Bauakademie Berlin wird unter Heinz Präßler die Typenschule entwickelt und hundertfach gebaut: Schlichte, kompakte Geschossbauten, Winkel- und Versetzgrundrisse mit Satteldach, mit Rückkehr der axialen Erschließung in L- und U-Form genormter Klassenräume. Die akribische Aufarbeitung der Parallelentwicklungen der BRD und DDR durch die Autorin verdeutlicht die unterschiedlichen Einflüsse und Stellenwerte des Schulbaus in den beiden deutschen Staaten.

Der Blick nach England wiederum zeigt vielmehr den Mangel an Austausch und Diskurs in den 1950er Jahren als die Einflussnahme der Moderne auf die Entwicklungen des englischen Schulbaus – ein Bereich, dessen Relevanz sich für die 1950er Jahre nicht eindeutig erkennen lässt. Er gibt jedoch Ausblick auf die Entwicklungen der 1970er und 80er Jahre im Fokus der Vorfertigung im deutschen Schulbau, öffentlich thematisiert auf der Tagung „Erfahrungen aus der Vorfabrikation von Schul- und Sozialbauten in GB“ (Bremen 1966), die Hoffnung auf eine Fortsetzung der Folgejahre macht.

Das Werk von Kerstin Renz ist ein umfassend recherchiertes Analysebeitrag der historischen Aufarbeitung des Schulbaus in den 1950er Jahren. Die „Erzählung“ führt von den Anfängen der Moderne hinein in die Weiterentwicklung der west- und ostdeutschen Nachkriegsjahre unter internationalem Einfluss mit seiner Prägung durch die Leitbilder der Moderne. Tendenzen werden fundiert dargestellt durch Wettbewerbsbeiträge, gebaute Beispiele, Publikationen und Ausstellungen verdeutlichen die Hintergründe der Diskursentwicklungen. Die Vielzahl der bereits untersuchten Teilaspekte der Schulbaugeschichte sind grundlegend recherchiert und in einen Zusammenhang gestellt. Allein, die häufigen zeitlichen Sprünge, bedingt durch die Darstellung von

Grundlagen und Transferaspekten, erschweren es, diesen Zusammenhang mit einem Blick zu erfassen. Diesen Nachteil wiegt jedoch der tiefe Gewinn an Wissen und Verständnis für die Hintergründe der komplexen Thematik völlig auf. Zu diesem Thema gibt es in der Architekturwissenschaft kein vergleichbares Werk mit vergleichbarer Aufarbeitungstiefe und Darstellung. Denn das Buch ist leicht verständlich geschrieben und verfügt über ein handliches Format mit ansprechender Gestaltung von der Typografie bis zur Bebilderung.

„Ein halbes Jahrhundert nach Beginn der Diskussion um die Neue Schule für die Gesellschaft von morgen hatten sich die Themen nicht wesentlich geändert. Der Testfall der Moderne dauert an. Bis heute.“ (S. 359). Die Beleuchtung des blinden Flecks jener zeitlichen Epoche hat das Potenzial, ein Grundlagenwerk für alle im Schulbau tätigen Planer(innen), Wissenschaftler(innen) und Interessierten zu werden. Es bildet die Entwicklung unserer Schulbaugeschichte in diesem Fokusbereich ab und hilft zu verstehen, zu reflektieren und weiter zu denken. Denn die behandelten Themen haben nichts von ihrer Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft eingebüßt: „Die Suche nach der besten Schule ist immer aktuell und geht alle an.“ (S. 10).

Martina Hilligardt, Stuttgart

ERNST SPYCHER, *Bauten für die Bildung. Basler Schulhausbauten von 1845 bis 2015 im schweizerischen und internationalen Kontext*, Basel: Schwabe Verlag 2019, 68,- €

Ernst Spycher (geb. 1945) ist selbständiger Architekt in Basel und hat selbst Schulbauten realisiert, z. B. in Deutschland das Kepler-Gymnasium in Freiburg (1994-97), aber auch Sanierung und Umnutzung von Schulgebäuden betrieben. Er kuratierte die Ausstellung „Schulhausbauten in Basel von 1845 bis 2015“, die 2016 im Schweizerischen Architekturmuseum in Basel gezeigt wurde. Sie mündete in das hier besprochene, 2019 erschie-

nene Buch „Bauten für die Bildung. Basler Schulhausbauten von 1845 bis 2015 im schweizerischen und internationalen Kontext“, das auf Recherchen basiert, die Spycher im Zuge seiner Doktorarbeit (2017 an der Bauhaus-Universität Weimar) durchführte.

Anlass für die Rückschau auf die Historie des Basler Schulhausbaus gab u. a. das schweizerische interkantonale Konkordat „HarmoS“ (Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule), dem der Kanton Basel-Stadt 2010 beigetreten ist. „HarmoS“ zielt auf eine Harmonisierung der Schullandschaft in der Schweiz ab. U. a. sieht es durch Einführung einer Vorschule eine Verlängerung der Schulpflicht auf elf Jahre vor und führt verbindliche Bildungsstandards ein, die den Schwerpunkt auf den Erwerb von Kompetenzen (Lernmethoden und Recherchefertigkeiten statt Faktenwissen) setzen. In Basel-Stadt gliedert sich die Schullaufbahn seither einheitlich in eine zweijährige Vorschule, eine sechsjährige Primarschule und eine dreijährige Sekundarschule (mit drei Leistungszügen), an die sich Gymnasium oder Berufsausbildung anschließen. Die neuen Raumstandards der HarmoS-Reform, die insbesondere auch den Ausbau zum Ganztags vorgibt, hat in Basel eine umfassende Schulraumoffensive ausgelöst.

Spycher beschäftigt sich in seinem Buch schwerpunktmäßig mit Grundrissformen von Schulen und ihrer Evolution. So lässt sich anhand von Beispielen in Basel nachvollziehen, wie sich – internationalen Trends folgend – die stark schematischen Grundrisse des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu freieren Grundrissformen und aufgelockerten Anlagen wandelten. Dem Buch liegt eine umfassende Archivarbeit und akribische, auch zeichnerische, Dokumentation zugrunde.

Es gliedert sich in neun Kapitel und einen Anhang, in dem eine Zeittafel, Gesetzesgrundlagen und Quellen aufgeführt sind. Dem Buch liegen außerdem drei Poster bei, auf dem die Grundrisse der von Spycher identifizierten Schulhaustypologien, die im Buch verteilt auftauchen, noch einmal in der Übersicht gesammelt schematisch-funktional dargestellt sind – eine sehr verdienstvolle und erhellende zeichnerische Analyse! Das Buch ist toll aufgemacht, mit einem anregenden Layout,

farbigen Illustrationen und viel Quellenmaterial, Fotos und Grundrissen. Besonders originell sind die chronologisch im Buch verteilten historischen Klassenfotos, die den Kapiteln vorangestellt sind und die den Geist der einzelnen historischen Epochen eindrucksvoll widerspiegeln.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema (Kapitel 1) wird im zweiten Kapitel die Entstehung der Volksschulen in Basel beschrieben, die durch Einführung der allgemeinen Schulpflicht zur öffentlichen Aufgabe wurden. Kapitel 3 zeichnet die Entwicklung der Volksschulen in Basel von 1845 bis heute anhand der Vorgaben der jeweiligen Schulgesetze zu Schulformen, -abschlüssen und -strukturen nach. Ein erster Expansionsschub für den Schulbau wurde durch die Industrialisierung ausgelöst. Zwischen 1845 und Erstem Weltkrieg entstanden in Basel-Stadt 24 neue Schulhäuser, vorwiegend im erweiterten Stadtgebiet jenseits des mittelalterlichen Kerns. Unterrichtet wurde getrennt nach Geschlechtern in Klassengrößen von 30 bis 52 Schülern, dabei dauerten Primar- und Sekundarschule jeweils vier Jahre, an die sich ggf. noch vier Jahre Realschule oder Gymnasium anschlossen. Reformiert wurde dieses System 1929. In der Primarstufe wurden Mädchen und Jungen nun gemeinsam unterrichtet. Durch die Reduzierung der Klassengrößen auf 30 bis 40 Schüler, die Einführung von Kindergarten, Förder- und Berufsschulen und wachsende Schülerzahlen entstand bei den bestehenden Schulen ein größerer Raumbedarf. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden bis in die 1970er Jahre hinein etwa 20 neue Schulgebäude; bestehende wurden erweitert. 1994 führte eine Reform die Aufteilung der weiterführenden Schulen in zwei Abschnitte ein: eine von allen Kindern gemeinsam besuchte Orientierungsschule (Klasse 5-7) und eine in zwei Leistungsstufen aufgeteilte Weiterbildungsschule (Klasse 8-10) für diejenigen Kinder, die nicht das Gymnasium besuchten. 2014 wurde diese Einteilung zurückgenommen und die altbewährte Einteilung Primarstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II wieder eingeführt. Aus der Anpassung der Lehrpläne entstanden neue Raumprogramme, die zu Erweiterungen und Neubauten führten. „HarmoS“ schließlich macht nun erneut erhebliche Anpassungsleistun-



gen nötig; die bestehenden Primarschulen müssen von vier auf sechs Jahre (Klasse 1-6) ausgebaut, die Sekundarschule von fünf auf drei Jahre reduziert (Klasse 7-9), Ganztagsbetreuung integriert, Gymnasien von fünf auf vier Jahre reduziert werden (Klasse 10-13) und Kindergärten als obligatorischer Teil der Schulpflicht ausgebaut werden.

Im vierten Kapitel wird die historische Entwicklung der Bauaufgabe „städtisches Schulhaus“ nachvollzogen, maßgebliche Normen und Vorgaben betrachtet. Dabei teilt der Autor die Entwicklung des Schulhausbaus in sechs Zeitabschnitte ein (1845-1900, 1901-1925, 1926-1950, 1951-1975, 1976-2000, 2001-2015) und stellt für jeden Abschnitt Stadt- und Bevölkerungsentwicklung, Bautätigkeit, Gestaltungsprinzipien, sowie maßgebliche Einzelgebäude steckbriefartig vor. Es lässt sich so gut für das 19. Jahrhundert die Evolution von zunächst (aufgrund der Geschlechtertrennung) axialsymmetrische zweiflügeligen Schulen („Doppelschulhaus“), die auf schematischen Musterpläne aufbauten, die den Schülern und Schülerinnen je gerade einmal einen Quadratmeter Klassenraum zubilligten, hin zu größeren und vielfältiger gegliederten Ensembles nachvollziehen.

Das 20. Jahrhundert brachte eine Abkehr vom Monumentalstil und eine Hinwendung zum Neuen Bauen mit Zeilen- und Pavillonstrukturen und Einbeziehung des Außenraums mit sich. Stahlbeton ermöglichte seit den 1950er Jahren Flachdächer und versetzte Baukörpergliederungen. Die 1990er Jahre waren durch Umbauten und Erweiterungsbauten geprägt; Neubauten der reformbedingten Einteilung in Orientierungs- und Weiterbildungsschulen geschuldet, die nach HarmoS heute teilweise wieder rückgängig gemacht

werden muss. Im Zuge der neusten Reform stehen in Basel heute drei Schulneubauten, zwei Erweiterungsbauten und fünf Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an.

Im fünften Kapitel wird ein kurzes Zwischenfazit gezogen und die Basler Schulgebäude in den zeitgeschichtlichen und internationalen Kontext gesetzt. Das sechste Kapitel beschäftigt sich mit der Evolution von Grundrissformen von Schulen. Chronologisch nach Epochen werden prototypische Schulgrundrisse und Erschließungsprinzipien aus Basel und aus verschiedenen Ländern in vergleichbarem Maßstab abgebildet und erläutert sowie episodische Einblicke in die Planungsgeschichte gegeben.

Im siebten Kapitel wird nun versucht, diesen Reigen an Schulbauten systematisch nach Grundrisstypologie zu kategorisieren. Dafür schlägt Spycher sieben grundlegende Organisationsformen von Grundrissen vor: Einbündiger Grundriss, zweibündiger Grundriss, dreibündiger Grundriss, hallenartiger Grundriss, hofartiger Grundriss, pavillonartiger Grundriss und mehrbündige Anlagen. Diese Einteilung wird noch nach Größe (klein, mittel, groß) und Subkategorien (winkel förmig, linear, netzartig, rektangulär, radial, kammartig) verfeinert. Jeder Typologie werden nun die nach Nutzungen zonierte Grundrisse der in Kapitel sechs vorgestellten Schulen zugeordnet, übersichtlich im selben Maßstab dargestellt, sodass man gut vergleichen kann und die Organisationsprinzipien auf einen Blick erkennt.

Das achte Kapitel fasst die historische Entwicklung der Schulbaumorphologie zusammen. Spycher schlussfolgert, dass sich trotz unterschiedlicher Schulsysteme und -formen, die Ausbildung einer beschränkten Anzahl von Grundrisstypologien im Wesentlichen länderübergreifend analog vollzog. Er sieht die heute vorhandene Vielfalt an Schulgebäuden insgesamt als leistungs- und anpassungsfähig an und äußert leise Bedenken an den in immer kürzeren Abständen ausgerufenen Schulreformen, deren Protagonisten sich häufig auf die Forderung beschränkten, „immer neue und differenzierter ausgestattete Schulräume zu bauen“ (S. 281). Das neunte Kapitel stellt einen Katalog der Basler Schulhausbauten dar. Jede Schule im Kanton Basel-Stadt ist akribisch in einem zweiseitigen

Steckbrief dokumentiert und auf einer Übersichtskarte verzeichnet; dabei wurden auch inzwischen abgerissene Schulbauten berücksichtigt.

Bei dem Buch handelt es sich dem Charakter nach mehr um einen Ausstellungskatalog als um eine wissenschaftliche Abhandlung, die vertieft eine gezielte Fragestellung beantwortet. Weniger stark sind daher die einordnenden Kapitel des Buches, die häufig eher kurz und dem Beschreiben bzw. Zusammenfassen verhaftet bleiben (Kapitel 5, 8). Möglicherweise wäre es einem Gastautor gelungen, aus einer anderen Perspektive heraus kommentierend und vergleichend herauszudestillieren, was besonders typisch für den Schulhausbau in Basel ist, wo die Entwicklung konform mit der europäischen und gesamtschweizerischen lief und wo lokale Eigenheiten eine eigene, unverwechselbare Prägung hervorbrachten. Wie kommt es etwa, dass in Basel die Klassenzimmergröße über alle Epochen hinweg recht konstant bei 60 qm verblieb und wie beurteilte die jeweilige Lehrerschaft diesen Sachverhalt?

Spycher arbeitet in seinem Buch klar heraus, dass jede historische Epoche aus ihren eigenen Anforderungen heraus unterschiedliche Typologien geprägt hat. Weiterführend wäre eine systematisierte funktionale Bewertung der einzelnen Typologien hinsichtlich heutiger und zukünftiger Anforderungen an Schule spannend: Was sind die Vor- und Nachteile des jeweiligen Grundrisslayouts hinsichtlich Belichtung, Belüftung, Orientierung und Ausbildung von Begegnungszonen, aber auch wie eignet es sich für eine mögliche Erweiterung, energetische oder brandschutzmäßige Ertüchtigung oder für die jeweiligen pädagogischen Konzepte des lehrer- und schülerzentrierten Lernens? Auch lassen sich Schulhäuser heute kaum noch als Einzelobjekte betrachten, sie sind vielmehr häufig ein Baustein auf campusähnlichen Anlagen mit Fach- und Erweiterungsbauten, Sporthalle etc. Die Qualität einer Schule bestimmt sich auch im städtebaulichen Zusammenspiel dieser Elemente. Es gibt also jede Menge Fragestellungen für eine weiterführende Forschungsarbeit, die auf dieser Arbeit aufsetzen könnte – vielleicht hört man in ein paar Jahren wieder aus Basel?

Stuttgart, Karoline Brombach

FABIAN VÖGTLE (Hrsg.), *Bunker und Bomben. Jena und das Gedenken an den Luftkrieg. Halle (Saale): mdv Mitteldeutscher Verlag 2017, sw-Abb., 192 S., 24,95 €.*

Die Geschichtsschreibung zur Geschichte des alliierten Bombenkrieges gegen das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg hat sich vor allem in den letzten beiden Dekaden weg von der Faktenebene hin zur Diskussion von „Großnarrativen“, „Erfahrungsräumen“ und „Erinnerungspolitiken“ entwickelt. Anders als der Titel vermuten ließe, geht es bei vorliegendem Buch dann also auch weniger um „Bunker“ und „Bomben“ als um „Diskurse“ und „Erzählungen“, die unter „Gedenken an den Luftkrieg“ in Jena subsummiert werden. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland kam in der DDR Wiederaufbaupropaganda auch in ihrer Nationalhymne zum Ausdruck: „Wiederaufstanden aus Ruinen ...“. Thema des Buches ist nun der Umgang mit den realen Ruinen, den Bunkern und den geistigen Hinterlassenschaften, wie sie sich u. a. auch in den angestrebten „Deutungshoheiten“ der ehemaligen Machthaber in der DDR widerspiegeln. In dem Band werden drei verschiedene Studien vorgestellt. Fabian Vögtle behandelt unter dem Titel „Mahnende Erinnerung“ das „Bombenkriegsgedenken in Jena“ unter der Frage „individuell gestiftet oder öffentlich geschaffen?“ Vögtle schildert lokale „Erinnerungspolitik“ anhand der Diskussionen um Aufstellung und Beschriftung von Denkmälern und Gedenksteinen etc. Volker Land beschreibt hauptsächlich anhand von Unterlagen der Branddirektion der Stadt den Bau von neun Hochbunkern in Jena vor dem Hintergrund der allgemeinen deutschen Luftschutzmaßnahmen vor und im Zweiten Weltkrieg und verortet diese in der nationalsozialistischen Ideologie. Die Alliierten in West wie Ost waren sich einig, dass die Luftschutzbauten wie andere fortifikatorische Bauten nach dem Krieg zu schleifen seien, was Land ausgiebig schildert. Im Westen bedauerte man dies wohl aber schon bald nach Beginn des Kalten Krieges und des damit erneut notwendigen Zivilschutzes. Inwieweit mag dies in der DDR auch aktenkundig geworden sein? Der Hinweis auf das Projekt einer „Großgarage – bombensicheres Luftschutzhaus“ aus den 1930er Jahren



ist insofern auch interessant, weil hier das anstehende, städtebauliche Problem des ruhenden Verkehrs mit der Bedrohung aus der Luft kombiniert wurde. Die in Ost wie West gerne von Städteplanern genutzte Gelegenheit, Luftkriegszerstörungen als Begründung dafür zu nehmen, ganze mehr oder weniger beschädigte Altstadtviertel vollends abzuräumen, wird gestreift. Ihrer Herkunft als akademische, historische Abschlussarbeiten mag die stellenweise etwas abstrakte – vulgo gestelzte – Sprache in den Darstellungen von Land und Vögtle geschuldet sein. Der dritte vergleichsweise knappe Beitrag von Manfred Fritsch, einem ehemaligen Ingenieur, beschreibt nun konkrete Verhältnisse, d. h. er gibt Fakten zur Chronologie, Intention, Schäden, soweit ermittelbar, der alliierten Luftangriffe auf Jena. Sein eigentliches Thema ist aber Bomben auf die Industriebetriebe von Zeiss und Schott. Als Standort dieser Firmen war Jena im Sinne des strategischen alliierten Bombenkrieges ein lohnendes, ein kriegswichtiges Ziel, da hier optisches Gerät für die deutschen Waffen hergestellt wurde. Fritsch gibt für die beiden anderen Darstellungen das historische Gerüst. Jena kam wie vergleichbare Mittelstädte in Deutschland bis 1945 relativ leidlich durch den Bombenkrieg des Zweiten Weltkrieges. Schwere vernichtende Angriffe erfolgten erst am 9. Februar, 17. März und schließlich am 19. März 1945. Der letzte Angriff verursachte die weitgehende Zerstörung der Altstadt. Unklar bleibt, ob es sich bei diesem Angriff um einen Zielfehler gehandelt hat, oder ob es den alliierten Zielfanern eher um ein Fanal der Vernichtung ging, als tatsächlich um die Zerschlagung von wirtschaftlich oder gar militärisch wichtigen Zielen.

Eine interessante fotografiegeschichtliche Frage wird in dem Buch auch aufgeworfen. Der schwere Luftangriff vom 19. März 1945 wurde fotografisch dokumentiert. Dies gibt Anlass für Überlegungen, inwieweit dies als Erinnerungsverstärker zu verstehen sei, da dieser Angriff im Vergleich zu den anderen Angriffen eine zentrale Bedeutung im lokalen Gedenken Jenas habe. Vögteles Beitrag lasse sich auch als vergleichende Darstellung des Umgangs mit der Erinnerung an den Luftkrieg in Ost und West lesen. Er hebt besonders auf die Übernahme nationalsozialistischer Propagandabegriffe im DDR-Sprachgebrauch wie „Luftgangster“, „Terrorangriff“ oder „Bombenterror“ ab. Deutlich werden hier zwei Motive in den Ausführungen von Vögtele. Einerseits betont er die doppelte, nämlich die semantische wie tatsächliche Distanzierung von den „Narrativen“ zweier deutscher Unrechtsregime, andererseits entwickelt er eine zeitgemäße Erzählung, indem er besonders auf die „doppelte“ Opferrolle von Verfolgten des NS-Regimes hinweist. Diese hatten nämlich nicht nur unter den nationalsozialistischen Verbrechen zu leiden, sondern auch noch unter den alliierten Bombenangriffen. Darin manifestiert sich selbstverständlich auch eine latente Angst vor dem Beifall von der falschen Seite, wenn man etwa auf deutsche Verluste verweist, zumal revisionistische Autoren das

verheerende Schicksal Dresdens im Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges für sich ideologisch zu instrumentalisieren suchen. Jedenfalls konstatiert Vögtele für Jena anders als für Dresden eine sachgerechte, lokale „Aufarbeitung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Es ist eigentümlich, dass bei den ganzen Ausführungen zum Thema „Erinnerung“ in dem Buch die Schilderungen von Manfred Fritsch einzig dastehen, da er die Motivation für seine historischen Forschungen quasi aus seiner Zeitzugehörigkeit her erklärt. Fritsch, Jahrgang 1941, zählt das Erlebnis eines Flugzeugabschlusses zu seinen nachhaltigsten Kindheitserinnerungen. Dies ist eine eindrückliche und wie ganz nebenbei mitgelieferte Illustration dafür, dass Erinnerungskultur eben etwas ganz anderes ist, als persönliche Erinnerung und wie beides zusammen fruchtbare historische Forschungen motiviert. Individuelles Erinnern bedeutet aber auch zu wissen, wo die mehreren hundert Luftkriegstoten Jenas beerdigt sind. Über diesen Bereich der lokalen wie persönlichen Erinnerungskultur wäre vielleicht mehr zu sagen gewesen. Eine nützliche Dokumentenauswahl beschließt das Buch.

Winfried Mönch, Stuttgart